

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



SCHLUSS MIT DEM KRIEG

INHALT

<i>Faschismus</i>	
Der aufhaltsame Aufstieg der AfD, Helmut Born und Thies Gleiss	3
Faschismus bekämpfen, Grundrechte verteidigen, Widerstand organisieren, H. Neuhaus	6
Zu den Ursachen der Rechtsentwicklung, Jakob Schäfer	8
<i>Rüstung</i>	
Die Spirale der Hochrüstung und Militarisierung, Wolfgang Feikert	12
<i>Klasse</i>	
Wie steht es um die Arbeiter:innenklasse? Sandra Cormier	15
Klasse und Klassenbewusstsein, Antoine Larrache und Raphael Greggan	18
<i>Arbeitsrecht</i>	
Das faschistische Arbeitsunrecht wirkt fort, Heinrich Neuhaus	22
<i>Anthropologie</i>	
„Eine Arbeiterin. Leben, Alter und Sterben“, Friedrich Voßkühler	26
<i>Iran</i>	
Keine Lösungen im Angebot, Yassamine Mather	33
<i>Dossier</i>	
Gazakrieg: Ein Dossier mit 6 Beiträgen	36
Recht haben und Recht bekommen ... Katherine Hearst, Imran Mullah	37
Tribut der Rachsucht, Orly Noy	38
Israels wahrer Grund für die Ermordung von Hamas- und Hisbollah-Führern, Abdaljawad Omar	40
Wenn Kindermord zur Banalität wird, Gilbert Achcar	43
Israels Wirtschaft vor dem Ruin, Shir Hever	45
Neue Repression gegen Palästina-Solidarität, J. H. Wassermann	47
<i>Großbritannien</i>	
Nach dem Erdbeben: Widerstand und Neuausrichtung, Anti*Capitalist Resistance	48
<i>Frankreich</i>	
Ein Überraschungssieg und eine kurze Verschnaufpause, Léon Crémieux	52
Nach den Parlamentswahlen in Frankreich, NPA-Révolutionnaires	56
<i>Kenia</i>	
Wenn die Jugend die Macht herausfordert, Paul Martial	60
<i>Zentralafrikanische Republik</i>	
Zur Belohnung darf geplündert werden, Paul Martial	63

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO,
iso@intersoz.org,
<https://intersoz.org/>
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at,
<https://soal.at/>
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

DER AUFHALTSAME AUFSTIEG DER AfD

Dank des antifaschistischen Widerstands wurde der Höhenflug der AfD gestoppt, aber sie liegt immer noch in den Umfragen sehr hoch.

■ **Helmut Born und Thies Gleiss**

■ In einzelnen Bundesländern im Osten sind es über 30 %, hier ist die AfD stärkste Kraft in den Umfragen. Bei allen Wahlen in der letzten Zeit hat am ehesten die AfD ihre Umfragewerte bei den abgegebenen Stimmen auch tatsächlich erreicht.

Mitte Januar berichtete die Investigativ-Organisation Correctiv von einem Geheimgespräch mit Mitgliedern der AfD, extrem Rechten aus CDU und dem Spektrum unabhängiger extrem-rechter bürgerlicher Kräfte in einem Potsdamer Luxushotel mit Martin Sellner, dem Sprecher der Identitären Bewegung Österreich (IBÖ), über einen Plan zur „Remigration“, also der Vertreibung von Millionen Migrant:innen und politisch unliebsamer Menschen aus Deutschland.

Dieser Bericht löste eine massenhafte Protestwelle aus, die innerhalb weniger Wochen fast vier Millionen Menschen im ganzen Land mobilisiert hat. Fast 2000 Demonstrationen fanden selbst in politisch bisher nicht aufgefallenen Klein- und Mittelstädten statt, auch in den ostdeutschen Bundesländern. Solch eine Massenbewegung hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Diese Bewegung umfasste breite Teile der Bevölkerung bis in konservative Kreise hinein. Oft waren es linke Strukturen, die die Initiative für solche Mobilisierungen ergriffen, die aber vielfach von bis weit in die bürgerliche Mitte reichenden Kreisen aus Kirchen, bürgerlichen

Parteien und Amtsträger:innen, Gewerkschaften und selbst Kapitalgruppierungen aufgegriffen und von ihnen dominiert wurden.

Es war also eine Einheitsfront bis weit ins bürgerliche Lager hinein, gegen die politischen Vorstellungen, aber vor allem gegen die rassistischen Zuspitzungen der AfD. Ausschlaggebend für diese Bewegung waren zwei Hauptgründe: Immer noch ist es die Erfahrung mit dem Hitler-Faschismus, die in Deutschland eine Rolle spielt und Ängste hervorbringt, dass Ähnliches wieder passieren könnte. Zum anderen lebt auch gerade die deutsche Wirtschaft vom Export und große Teile des Bürgertums geben sich heute weltoffen und sind für eine diverse, offene Gesellschaft.

Aber es geht eben auch um die politische Macht im Land. Für CDU/SPD/FDP/Grüne ist die AfD eine Bedrohung ihrer Regierungsfähigkeit. Der massenhafte moralische Protest auf der Straße, an denen sie teilweise selbst teilnehmen, hält weder CDU noch die regierende Ampel-Koalition davon ab, Positionen der AfD schon heute in reale Politik umzusetzen. Bundeskanzler Scholz und die SPD sprechen von massiven Abschiebungen und davon, die „illegale Migration“ hart zu bekämpfen. Das von den Grünen angeführte Außenministerium ist maßgebliche Kraft bei der Ein- und Umsetzung der „gemeinsamen Einwanderungspolitik“ der Europäischen Union. CDU, AfD

und das neugegründete rechtssozialdemokratische Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) wollen, dass Asylanträge möglichst in Staaten außerhalb der EU (Albanien, Nordafrika) oder im subsaharischen Afrika (Ruanda) gestellt werden, wie es Dänemark, Ungarn, Italien und (außerhalb der EU) Britannien bereits machen oder beginnen wollen.

Die Regierungsparteien überbieten sich gegenseitig und denken, sie können damit der parlamentarisch oppositionellen AfD das Wasser abgraben. Dies ist auch ein Erkennungszeichen der Abspaltung von der Partei DIE LINKE, dem BSW, das sich in der Migrationsfrage kaum noch von der AfD unterscheidet. Lediglich die Partei DIE LINKE versucht, sich dieser Rechtsentwicklung entgegen zu stellen, betont das Recht auf Asyl und die humanitären Verpflichtungen, die sich daraus ergeben, und mobilisiert gegen den grassierenden Rassismus im Land.

Die Wahlen zum EU-Parlament

In diesem politischen Rahmen fanden am 9. Juni die Wahlen zum EU-Parlament statt. Bei dieser Wahl wurde die CDU mit 30 % zur stärksten Partei, aber die AfD mit knapp 16 % zur zweitstärksten. Auch wenn dies hinter den Umfragewerten von Anfang des Jahres ein Stück entfernt war, so ist es doch erschreckend, wie hoch die Zustimmung nach wie vor ist. Das Ergebnis der Partei DIE LINKE, 2,7 %, ist mehr als enttäuschend und führt dazu, dass in der Partei eine heftige Auseinandersetzung über den zukünftigen Kurs stattfindet. Es ist ein finaler Existenzkampf der LINKEN als nennenswerte parlamentarische Kraft, aber er wird bisher leider stark von Kräften bestimmt, die für ein „Weiter so“ eintreten. Ein Wunsch, der garantiert nicht Wirklichkeit wird und werden kann.

Vor allem in den ostdeutschen Bundesländern ist die AfD sehr stark, wenn nicht sogar die stärkste Partei geworden. In diesen Ländern hat die AfD auch schon dauerhafte Strukturen und Netzwerke aufgebaut, die typisch für eine faschistische Partei sind, während sie in den anderen Bundesländern noch eine überwiegend auf Wahlkämpfe orientierte Partei ist. Diese Verhältnisse lassen Schlimmes für die Landtagswahlen befürchten, die im September in Thüringen, Sachsen und Brandenburg stattfinden.

Eine breite Bewegung gegen die AfD

Weder die großen (aber nur moralisch appellierenden) Demonstrationen vom Frühjahr 2024 noch die Skandale, die sich die AfD und ihr Personal im Wahlkampf zum EU-Parlament leisteten, und auch nicht das mit diesem Ziel gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht haben zu ei-

nem nennenswerten Rückgang des Zuspruchs für die AfD geführt. Es gab einen großen Aufschrei gegen rechts, aber bleibende und nachhaltig mobilisierungsfähige Strukturen müssen weiter aufgebaut werden.

Die politisch bewussteren Kerne der Bewegung gegen die AfD ließen sich von diesem Wahlergebnis allerdings nicht entmutigen. Ganz im Gegenteil. Während im Land an vielen Orten weiterhin, wenn auch kleinere, Demonstrationen und andere Aktionen gegen die AfD und für eine offene Gesellschaft stattfanden, entstand in der Ruhrmetropole Essen ein breites Aktionsbündnis, das Proteste gegen den Parteitag der AfD, der am letzten Juni-Wochenende in der Gruga-Messehalle stattfinden sollte, organisieren wollte. Unter dem Namen „Gemeinsam Laut“ sammelten sich viele Initiativen, Gewerkschaftsgliederungen, Personen und Parteien, die die Aktionen vorbereiteten.

Unter diesem Dach gab es aber durchaus unterschiedliche Auffassungen, wie der Protest durchgeführt werden sollte. Es formierte sich die Initiative mit dem Namen „Gesicht zeigen“, die eine direkte Konfrontation mit Polizei und der AfD ablehnte. Darin waren die christlichen Kirchen, die sozialen Initiativen der Stadt, aber auch örtliche Gewerkschaften und Vertreter:innen der staatstragenden Parteien vertreten. Nicht zu vergessen Thomas Kufen, der Oberbürgermeister von Essen, der der CDU angehört und der mit dafür sorgte, dass die Stadt der AfD die Genehmigung für die Veranstaltungshalle entzog, was allerdings vom Verwaltungsgericht wieder aufgehoben wurde.

Auf der anderen Seite gründete sich die Gruppe „Widersetzen“, die dazu aufrief, den Parteitag der AfD zu blockieren und dafür auch bundesweit mobilisierte. Diese Initiative wurde von großen Teilen der Antifa-Strukturen und vielen linken Organisationen und Parteien unterstützt. Aus dieser Initiative heraus bildete sich auch eine „Gewerkschaftliche Unterstützungsgruppe“, die sich an den Blockadeaktionen beteiligen wollte. Es war ziemlich neu, dass Gewerkschafter:innen sich an den Aktionen des zivilen Ungehorsams aktiv beteiligen. Die offiziellen Strukturen von ver.di, des DGB und der GEW riefen zur Gesamtheit der Aktionen auf. Die IG Metall machte dies zumindest indirekt und etwas verschämt, in erster Linie, weil sie kein Geld in die Aktionen stecken wollte. [...]

Die üblichen Polizei-Schikanen

Parallel dazu bereitete sich das Innenministerium von NRW unter dem Law-and-Order-Minister Herbert Reul (CDU) auf diese Tage vor. In der Presse, vor allem in den Zeitungen der Funke Mediengruppe (darunter die

im Ruhrgebiet stark verbreitete *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*), wurde vor gewalttätigen Auseinandersetzungen gewarnt und eine entsprechende Stimmung erzeugt. [...] Nur die liberale Presse stellte heraus, dass sich auch „Widersetzen“ auf absolute Gewaltfreiheit geeinigt hatte und betonte, es gehe um zivilen Widerstand.

[...]

Der Samstag, 29. Juni, begann für viele Aktivist:innen schon morgens sehr früh, da „Widersetzen“ dazu aufgerufen hatte, sich um 6 Uhr zu treffen, um möglichst frühzeitig Zugänge zu den Messehallen zu blockieren. Wir beteiligten uns an den Aktionen der gewerkschaftlichen Widersetzen-Gruppe und waren frühmorgens um 6 an dem Haupteingang der Essener Uni-Klinik. Dort trafen wir viele aktive und kämpferische Kolleg:innen wieder, die wir oft in anderen Zusammenhängen gesehen haben. Aber auch ein Mitglied der Landesleitung von ver.di NRW und manche andere Hauptamtliche waren dabei. Besonders erfreulich war die Teilnahme der Vorsitzenden der LINKEN, Janine Wissler, die auch Bundestagsabgeordnete ist und als parlamentarische Beobachterin vor Ort sein wollte.

[...]

Zum Hauptbahnhof strömten die Massen in Scharen, so dass diese Demo riesige Ausmaße annahm. Auch wenn die erste Meldung der Presse, dass 100.000 Menschen teilnehmen, etwas übertrieben war, war es eine sehr große und kämpferische Demonstration. Wir hatten auch kaum Probleme, unser für diese Aktionen produziertes Flugblatt zu verteilen. Das Spektrum der Teilnehmenden reichte von den vielen örtlichen und regionalen Antifa-Gruppen über linke Organisationen und Initiativen und den drei im Bundestag vertretenen Parteien SPD, Grüne und DIE LINKE und Gewerkschaften bis hin zu bürgerlichen Kräften aus Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. Von dem neugegründeten BSW war weit und breit nichts zu sehen, was aufgrund seiner Positionen auch kein Wunder war.

Es gab immer wieder Zwischenfälle, die meist durch ein Eingreifen der Polizeikräfte hervorgerufen wurden. So wurde häufig das Tragen von Gesichtsschutz zum Vorwand genommen, um mit den bekannt rücksichtslosen Festnahmeeinheiten in Demonstrationsblöcke reinzugehen und Leute herauszuzerren. An den Blockadeorten wurde rigide gegen die Blockierenden vorgegangen, die mit brutaler Gewalt durch den Einsatz von Pfefferspray und Knüppeln vertrieben wurden. Deutsche Polizei verhilft den Faschisten einmal mehr bei ihren politischen

Auftritten – mit Schutz des Versammlungs- und Meinungsfreiheitsrechtes ist dies nicht zu begründen.

[...]

Gegen rechts hilft nur links

Die Proteste gegen den Parteitag der AfD Ende Juni haben noch einmal deutlich gemacht, dass die Stimmung im Land anhält, dass es darauf ankommt, gegen die politischen Vorstellungen der AfD Widerstand zu leisten. Auch wenn die Durchführung dieses Parteitags nicht verhindert werden konnte, bleiben die Mobilisierungen und Aktionen ein Erfolg. Es kam ein wenig und mutmachend zum Ausdruck, dass gegen Rechts nur Links mit eigenen Inhalten, Räumen und Strukturen wirkt. Die Organisator:innen und auch die Polizei waren sich bei der Zahl der Teilnehmer:innen ziemlich einig: 70.000.

Es zeigt sich aber auch, dass diese Mobilisierungen nur ein Teil des bundesweiten Widerstandes sein können. Überall im Land entstehen neue Initiativen gegen die extreme Rechte und für eine offene Gesellschaft. Dass dabei oft vergessen wird, auf die Politik der Bundesregierung zu schauen, ist leider zu häufig der Fall. Es ist die Aufgabe der sozialistischen Kräfte, hier für ein Gegengewicht zu sorgen. Was nützt es, gegen die Politik der AfD zu sein, wenn die Bundesregierung oder die Länderregierungen mit oder ohne die CDU vermehrt Abschiebungen durchführen, zu deren Begründung massiv den Rassismus schüren und an der Festung Europa kräftig mitbauen?

2. August 2024



FASCHISMUS BEKÄMPFEN GRUNDRECHTE VERTEIDIGEN WIDERSTAND ORGANISIEREN

Mehr als 4 Millionen Teilnehmende haben in den letzten Monaten gegen die AfD und Faschismus demonstriert (Quelle: www.demokrateam.org vom 14. Juni 2024). Das ist großartig. Aber reicht das gegen den Rechtsruck aus?

■ H. Neuhaus

Nicht erst seit dem Potsdamer Nazi-Treffen gibt es eine niederträchtige Hetzkampagne. Mit Parolen wie „Flüchtlingsflut“ oder „Islamisierung“ machen vor allem AfD & Co. Stimmung. Sie organisieren Hass und Terror, planen millionenfache Vertreibung von Migrant:innen und ihnen unbequemen Menschen und nennen es „Remigration“. Ihre besonderen Hassobjekte sind die ohnehin schon Schwächsten und am meisten Unterdrückten. Menschen, die vor Krieg, Unterdrückung, Ausbeutung, Armut und Perspektivlosigkeit fliehen.

Laut UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR ist Ende Juni 2023 mit 110 Millionen Menschen auf der Flucht ein neuer Höchstwert erreicht worden. Die Zahl der Geflüchteten ist innerhalb der letzten sieben Jahre vor diesem Zeitpunkt um fast 70 % gestiegen. Die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist jedoch offiziellen Angaben zufolge von 745 545 (im Jahr 2016) auf 351 595 (im Jahr 2023) zurückgegangen. Das ist eine Verringerung um 52,8 %!

Rassismus und Sexismus als Spaltpilze

Vordergründig geht es bei rassistischer, sexistischer und faschistischer Hetze um Wahlerfolge. Strategisch geht es um die Beseitigung der demokratischen und sozialen Grund- und Menschenrechte.

Rassismus baut Sündenböcke auf und vertieft die Spaltung der arbeitenden Klasse (deutsche gegen ausländische

Arbeiter:innen). Er lenkt damit von der hemmungslosen Bereicherung an der Spitze der Gesellschaft ab.

Das ist ganz im Sinne des neoliberalen Kapitalismus, der alle Hindernisse der Profitmaximierung abräumen will. Mit „Digitalisierung“ und „Flexibilisierung“ streben Kapital & Politik eine grundlegende „Transformation“ der Arbeitswelt an. Durch die beschleunigte Prekarisierung, Verlagerung und Zerstückelung von Arbeit soll das Kräfteverhältnis noch mehr zu Gunsten des Kapitals verschoben werden.

Vor dem Hintergrund eines zunehmend brutaleren globalen Wirtschaftskrieges soll die immer wildere Jagd nach Wachstum der Profite noch weiter verstärkt werden. Nennen wir das Problem beim Namen: Es heißt Kapitalismus, und die Ablenkung davon heißt Rassismus.

Vor über 30 Jahren erschütterten zahlreiche faschistische Anschläge und Morde die Bundesrepublik. Der Deutsche Bundestag reagierte 1993 darauf mit einer breiten Mehrheit für die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl (Artikel 16 Abs. 2 GG). Jetzt erleben wir wieder eine Politik, die immer weitere Zugeständnisse an rassistische Vorurteile macht.

Statt sich den zunehmenden Angriffen auf Geflüchtete entgegenzustellen, übernehmen die Ampelparteien, die CDU/CSU, die Freien Wähler und das BSW, die Abspaltung von der Linkspartei, faktisch „Argumente“ der AfD. Mit ihrer Migrations-Politik kommen sie den rechten Menschenfeinden sehr weit entgegen und verschaffen Rassismus und rechter Hetze zusätzlichen Auftrieb.

Das belegen auch die schändlichen Nazi-Gesänge auf Sylt und anderswo sowie die Wahlerfolge der AfD und anderer Faschisten bei den Europa- und den Kommunalwahlen am 9. Juni.

Grund- und Menschenrechte verteidigen!

Die EU, gestützt von der Bundesregierung, setzt auf Abschottung. Grenzen werden dichtgemacht. Schutzsu-

chende werden in Lager gesperrt. Menschenrechte werden missachtet und Grundrechte systematisch ausgehöhlt oder umgangen.

In Deutschland und der EU wurden und werden durch die neoliberale Politik der Umverteilung von unten nach oben enorme Mittel für gesellschaftliche Solidarität gekürzt. Statt Armut und Klimazerstörung ernsthaft zu bekämpfen, steckt die herrschende Politik trotz „Schuldenbremse“ immer mehr Steuergelder in die „Kriegstüchtigkeit“.

Die herrschende Politik dient vor allem den Interessen von Konzernen und Superreichen mit Milliarden von Euro. Nicht einmal die seit 1997 ausgesetzte Vermögenssteuer wird reaktiviert oder der Steuerhinterziehung von großen Konzernen oder extrem Reichen ein Riegel vorgeschoben.

Es ist an der Zeit, gemeinsam aktiv zu werden und sich einzumischen – am Arbeits- oder Ausbildungsplatz, in Schulen, Hochschulen, Unis, Stadtteilen, Gewerkschaften und Vereinen!

- Organisieren und unterstützen wir überall Proteste gegen das öffentliche Auftreten von AfD & Co.!
- Keinen Fußbreit dem Faschismus!
- Für Streiks gegen Faschismus!
- Für eine solidarische Front gegen Faschismus, Rassismus und Profitgier!
- Internationale Solidarität statt völkischer Nationalismus!



Faschismusanalysen bei ISP



Enzo Traverso

Die neuen Gesichter des Faschismus

Postfaschismus, Identitätspolitik, Antisemitismus und Islamophobie

136 Seiten, 14,80 Euro
2019

ISBN 978-3-89900-153-2



Enzo Traverso

Nach Auschwitz

Die Linke und die Aufarbeitung des NS-Völkermords

220 Seiten, 15,00 Euro
2000

ISBN 978-3-929008-22-7



Wolfgang Alles

Für Einheitsfront gegen Faschismus

Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930

Wissenschaft & Forschung 1
erweiterte und aktualisierte
Neuausgabe

305 Seiten, 29,80 Euro
2022

ISBN 978-3-89900-001-6

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

ZU DEN URSACHEN DER RECHTSENTWICKLUNG

Für die Ausarbeitung einer tauglichen Strategie gegen den Rechtstrend (nicht nur in Deutschland) ist eine belastbare Analyse der Ursachen dieser Entwicklung unabdingbar.

■ Jakob Schäfer

Es gibt mindestens drei Grundmuster der Ursachenanalyse und der daraus abgeleiteten Strategie, mit der auf den Aufstieg der Rechten zu reagieren ist. Unabhängig von den diversen Schattierungen und gleitenden Übergängen lassen sie sich folgendermaßen zusammenfassen:

A Die bürgerlichen Parteien und die großen Medien versuchen, die Rechtspopulisten und Rechtsextremen als unfähig und schädlich für das Land (sprich: den Wirtschaftsstandort) darzustellen. So hat in Deutschland heute die große Mehrheit des Kapitals eher Angst vor einer AfD-Regierung, weil diese das Anwerben ausländischer Fachkräfte erschweren würde und insgesamt für die Exportwirtschaft nicht gerade förderlich wäre. In anderen Ländern ist diese ökonomisch begründete Sorge des Kapitals weniger stark bis gar nicht vorhanden. (In Frankreich kommt hinzu, dass die Krise des Systems noch zugespitzter ist, sodass ein Teil der Bourgeoisie auf eine Regierung des *Rassemblement National* setzt.)

Die Strategie der „Alt-Parteien“ (von CDU/CSU bis SPD und Grünen) in ihrer Auseinandersetzung mit der AfD besteht im Kern darin, die AfD als überflüssig erscheinen zu lassen, indem man in der Schlüsselfrage Migration in großen Teilen die AfD-Position übernimmt. Dies ist deshalb nicht sehr schwierig, weil auch CDU/CSU, SPD und FDP rassistische Positionen vertreten und ebenfalls mit der „Ausländerfrage“ von den eigentlichen

Problemen ablenken. Dass die „Alt-Parteien“ eher einen „milderen“ Rassismus vertreten, ist zwar nicht unerheblich, im Kern aber nur ein gradueller Unterschied.

B Die Strategie von Bürgerrechtsgruppen und reformistischen Kräften lässt sich am besten mit der inzwischen verbreiteten Losung „Nie wieder« ist jetzt“ zusammenfassen. Hier wird der Schwerpunkt auf die Gefahren einer faschistischen Machtergreifung gelegt, u. a. mit dem Hinweis auf die zunehmenden Aktivitäten gewaltbereiter rassistischer und faschistischer Kräfte. Diese grundsätzliche Position weist aber in den meisten Fällen zwei Schwächen auf: Erstens macht sie keine ausreichende Unterscheidung zwischen rechtspopulistischen Parteien und faschistischen Organisationen. Dies ist aber deswegen von großer Bedeutung, weil das Kapital bei weitem nicht in einer vergleichbaren Lage wie in den 1930er Jahren ist, als es durch eine große Arbeiterbewegung herausgefordert wurde und aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf eine faschistische Massenbasis baute, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Eine faschistische oder neofaschistische Regierung liegt nicht im Interesse der entscheidenden Teile der bürgerlichen Klasse in Deutschland. Zweitens unterschätzen reformistische Kräfte häufig die fortschreitende Übernahme autoritärer und offen migrationsfeindlicher Positionen durch die anderen bürgerlichen Parteien.

C Der revolutionäre Marxismus erklärt die Rechtsentwicklung vor dem Hintergrund der Systemkrise. Diese

verschärft sich seit dem Auslaufen der profitfördernden Wirkungen neoliberaler Politik. Deren Potential ist weitgehend erschöpft, was natürlich nicht heißt, dass die bürgerliche Klasse die neoliberalen „Reformen“ zurückdrehen möchte (dies würde die Krise nur verschärfen), aber der Fall der Profitraten kann mit den neoliberalen Rezepten nicht umgedreht werden.

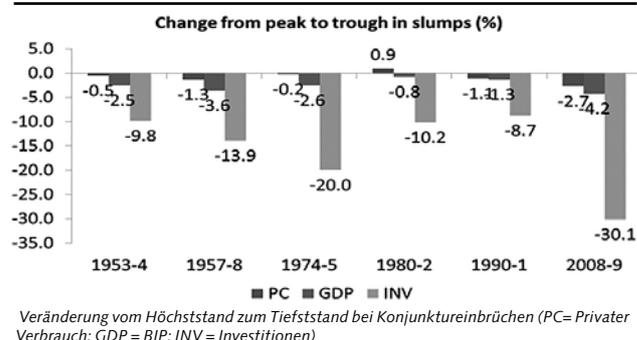
Systemkrise

Die Systemkrise (als Folge des Rückgangs der Profitraten) konnte in der Zeit vom Ende der 1970er Jahre bis zur Jahrtausendwende mit der zunehmenden Aufkündigung sozialpartnerschaftlicher Zugeständnisse gemildert werden. Gleichzeitig wurden die staatlich organisierten sozialen Sicherungssysteme beschnitten, was die Angst vor Entlassungen steigerte und somit die betriebliche Gegenwehr erschwerte (dies ist die klassenpolitisch wichtigste Funktion von Hartz IV/Bürgergeld). Hinzu kommt: Infolge der Krise wird seit mehreren Jahrzehnten deutlich weniger in die Infrastruktur investiert, sodass heute in vielen Bereichen von der Substanz gezehrt wird. Am offensichtlichsten sind die Folgen heute bei der Bahn¹ zu sehen, aber auch bei den Schulen, den Brücken usw.

Die negativen Auswirkungen werden von der herrschenden Klasse seit Jahren konstatiert, aber sie sehen keine Möglichkeit, den Hebel umzulegen. So schrieb die Unternehmensberatung McKinsey bereits 2016: „Weltweit werden rund 2,3 Billionen Euro pro Jahr in Transportnetze, Energie, Wasser und Telekommunikation investiert – dies sind 3,5 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Diese Summe reicht jedoch nicht aus, um Verkehrschaos und Stromausfälle zu verhindern. Um mit dem erwarteten Wirtschaftswachstum bis 2030 Schritt zu halten, müssten jährlich knapp 3 Billionen Euro (das wären 3,8 Prozent des BIP) für Infrastruktur aufgewendet werden. Bis 2030 beträgt die erwartete weltweite Investitionslücke 4,7 Billionen Euro. Im Vergleich der G20-Staaten investiert Deutschland prozentual am wenigsten: Zwischen 2008 und 2013 waren es durchschnittlich nur 2,0 Prozent des BIP. Um den Bedarf bis 2030 zu decken, müsste Deutschland jährlich zusätzlich 0,4 Prozent des BIP (kumuliert bis 2030 160 Milliarden Euro) in Infrastruktur investieren.“² So zehrt nicht nur – aber ganz besonders – die deutsche Wirtschaft seit Jahren von der Substanz und kann dies auf absehbare Zeit nicht ändern.

Dass der forcierte Aufrüstungskurs in den nächsten Jahren diese Zwangslage noch verschärfen wird, versteht sich von selbst. All dies vollzieht sich vor der weltweiten Über-

GRAFIK



akkumulationskrise, auf die zunehmend mit dem Ausbau autoritärer Herrschaftsformen reagiert wird.

Schlüsselemente für die anhaltende Systemkrise

Die *Profitabilität* des Kapitals sinkt seit etwa 20 Jahren deutlich. Dies kann durch Steuersenkungen für Unternehmen (oder Steuernachlässe für eingewanderte Fachkräfte) nicht umgekehrt werden. Eine Folge dieser Entwicklung ist der Rückgang der Investitionen, wobei wir festzuhalten haben: Der Rückgang der Investitionen (wegen zu geringer Profiterwartungen) war stets der ausschlaggebende Faktor für die Einbrüche des BIP. In den Krisen der vergangenen Jahrzehnte spielte der Konsum nie die entscheidende Rolle für das Entstehen oder den Fortgang der Krise. Die reformistische Strategie der Nachfragebelebung zur Krisenlösung hält einer empirischen Überprüfung nicht stand. Siehe dazu die Grafik von Michael Roberts³:

Der *Produktivitätsfortschritt* sinkt in den imperialistischen Ländern seit Jahrzehnten und liegt heute im Schnitt bei einem Prozent.⁴

Die *Verschuldung* der öffentlichen Haushalte nimmt wieder Fahrt auf und schränkt den Handlungsspielraum des Staates ein.

Zu den o.g. seit über 20 Jahren angehäuften Problemen gesellt sich seit gut zehn Jahren die Schwierigkeit, wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel umzusetzen, ohne damit im Konkurrenzkampf Positionen aufzugeben. Gleichzeitig wirkt sich dies auf das Bewusstsein aus: „Die Zuspitzung der sozialökologischen Krise überlagert und dynamisiert diese Verunsicherung [der Menschen mit Abstiegsängsten] und führt zu Transformationskonflikten. [...] Damit verstärkt die ökologische Krise auch die Verlustängste und die tatsächlichen oder wahrgenommenen Erfahrungen sozialer Missach-

tung, die in der Krise des (neoliberalen) Kapitalismus gründen.“⁵

Bis zum Beginn dieses Jahrhunderts hatten wir es noch vornehmlich mit einer „nur“ objektiven Krise des Systems zu tun, die noch keine weitreichenden politischen Auswirkungen hatte. Doch inzwischen ist die Krise zu einer tiefgreifenden und langanhaltenden *politischen Krise* geworden. Dies hatte sich spätestens seit der Wirtschaftskrise 2007/2008 angebahnt. Einschätzungen, die damals noch von einer wachsenden Infragestellung des Kapitalismus sprachen, lagen vollkommen falsch, denn sie erfassten nur oberflächlich vorhandene Momentaufnahmen bei Meinungsumfragen. So ließen sich viele von den bürgerlichen Wahlanalysen beeinflussen.⁶ Auch Vertreter der Partei DIE LINKE fabulierten auf dieser Grundlage von einem sozialen und ökologischen Politikwechsel, ohne die dafür erforderliche Klassenbasis, nämlich eine gesteigerte Selbstaktivität der Arbeiterklasse als Grundvoraussetzung nennen zu können.⁷ Der seinerzeitige – konjunkturelle und oberflächliche – Stimmungsumschwung wurde von den meisten Linken gar nicht in den Kontext klassenpolitischer Kräfteverhältnisse gesetzt. Die Meinungsumfragen Mitte bis Ende der 2000er Jahre gaben nur Stimmungen wieder und keine politisch gefestigten Positionen, die mit eigenem systemkritischem Verhalten verbunden waren, also über eine Wahlentscheidung (damals für die LINKE) hinausgingen.

Entscheidend ist: Wenn die „Systemkritik“ nicht mit einer gesteigerten Klassenaktivität und darauf aufbauend mit zukunftsweisenden Perspektiven in Verbindung steht, kann so eine Stimmung recht problemlos kippen. Dies tritt immer dann ein, wenn sich die materielle Lage und die Zukunftsaussichten über Jahre hinweg verschlechtern und Rechtspopulisten – aufgrund nicht sichtbarer fortschrittlicher Perspektiven – „einfache“ Lösungen propagieren.

Seit etwa zehn Jahren ist die politische Krise so gravierend, dass ein großer Teil der Gesellschaft vom rassistischen Diskurs der extremen Rechten erfasst und beeinflusst wird. Für diese tiefe Orientierungskrise sind folgende Gründe maßgeblich: Erstens die Häufung der objektiven Gründe für die Unzufriedenheit vieler Menschen und zweitens das Fehlen einer gesellschaftlich wirksamen Kraft, die eine fortschrittliche Perspektive vertritt und in der Lage ist, breit zu mobilisieren und darüber wenigstens Teilsiege zu erringen.

Gravierende Elemente der gegenwärtigen Krise

Die Krisenmomente haben in ihrer Zusammenballung in den letzten zehn Jahren eine neue Qualität erreicht. Nicht

jeder Mensch ist von diesen Faktoren in der gleichen Weise betroffen, große Teile der Bevölkerung sind kaum oder gar nicht betroffen, dennoch lässt sich eine *Rangfolge* in der Bedeutung dieser verschiedenen Momente feststellen.

■ An erster Stelle steht die zunehmende Abstiegsangst großer Teile der Bevölkerung. Mehr denn je sind viele Menschen heute der Überzeugung, dass die eigenen Kinder oder Kindeskinde es nicht besser haben werden als man selbst. Eingesetzt hat diese Entwicklung mit den Auswirkungen der Agenda-Politik in den späten 2000er Jahren.

■ Seit Jahren wird das Wohnen dramatisch teurer, für viele Menschen gibt es keine Wohnung, die sie bezahlen können.

■ Auch die sonstigen Lebenshaltungskosten sind gerade in den letzten Jahren stark gestiegen (Energie, Lebensmittel).

■ Parallel zum Anstieg der Energiepreise stellen die Menschen fest, dass die angekündigte Ausgleichszahlung (das Klimageld) nicht kommt. Stattdessen wird an verschiedenen Stellen gekürzt, nur nicht beim Militär. (2023 wurden 66,8 Mrd. Euro für das Militär ausgegeben, das sind 16 % mehr als im Vorjahr)⁸.

■ Die Infrastruktur ist an vielen Stellen marode (am deutlichsten bei der Bahn).

So bekommen viele Menschen immer direkter zu spüren, was Ulrich Beck das „Leben in der Risikogesellschaft“ nennt (Tschernobyl, Corona, Klimawandel), im Unterschied zur früheren Aufstiegs- und Teilhabegesellschaft. Je weniger das „Beschleunigungs- und Resonanzkonzept“ (Hartmut Rosa) als von oben vorgegebene Leitidee der Herrschenden für die Menschen zu einer Bewältigung der eigenen Lebenslage beiträgt, umso mehr muss dies zu Frust und Enttäuschung führen. Die neoliberale Vereinzelung der Individuen verstärkt diese Entwicklung. Man muss auch feststellen, dass aufgrund der tiefgreifenden Orientierungskrise viele Menschen mit der Migration einen Kontrollverlust ihrer Lebenslage zu verspüren meinen (was allerdings in keiner Weise der Realität entspricht).

Weiter angeheizt wird die Stimmung im Land durch die schlechte Verwaltung seitens staatlicher Stellen, wobei die Ampelregierung diese Schwäche auf die Spitze treibt (Beispiel Heizungsgesetz).

Kennzeichen der heutigen politischen Krise

In der Vergangenheit zeichneten sich politische Krisen eher dadurch aus, dass eine abgewirtschaftete Regierung

durch eine – wie auch immer geartete – fortschrittliche Bewegung bzw. durch gewerkschaftliche Kämpfe herausgefordert wurde. Heute erleben wir das Gegenteil, nämlich eine reaktionäre Herausforderung. Das geht so weit, dass ein bedeutender Teil der jüngeren Menschen völlig desorientiert ist und rechten Losungen (Wahlslogans) anhängt, was es seit dem II. Weltkrieg nicht mehr gab. Der Anteil der AfD-WählerInnen unter jungen Menschen ist heute so groß wie in der Gesamtgesellschaft, die Kluft zwischen Anhängern rechten Gedankenguts einerseits und fortschrittlich Denkenden andererseits ist heute in dieser Generation so groß wie seit vielen Jahrzehnten nicht.

Es handelt sich um eine umfassende und tiefe Vertrauenskrise. Zwei Drittel der Bevölkerung misstrauen der EU-Politik.⁹ Manche Kritikpunkte der Menschen treffen durchaus tatsächliche Mängel des Systems, aber insgesamt ist der Zusammenhang ihrer Erklärung häufig eher rechts. Bedeutende Teile der Bevölkerung rücken nach rechts und das rassistische Gegröle auf Sylt zeigt beispielhaft:¹⁰ Es sind sozial besser gestellte Menschen ebenso in diesen rassistischen Sog gezogen worden wie viele gewerkschaftlich organisierte Kolleg:innen in den Betrieben.

Welche Strategie gegen den Aufstieg der Rechten?

In dieser Konstellation der langanhaltenden Systemkrise und der manifest gewordenen politischen Krise bewirkt ganz offensichtlich die Erklärung, was am Faschismus so gefährlich ist, so gut wie überhaupt nichts. Damit sind diese Menschen nicht von ihrem rechten Kurs abzubringen. Sie sind großenteils dermaßen erbost, dass sie unbedingt der einzigen Systemopposition ihre Unterstützung gewähren. Dass die AfD in Wirklichkeit keine Systemopposition ist, muss an dieser Stelle nicht erläutert werden. Aber: „Die »Systemfrage« wurde in den letzten Jahrzehnten insbesondere von rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften gestellt.“¹¹ In diesem Manko der Linken liegt unser Problem.

Es gehört zur Logik dieser Entwicklung, dass die Unterstützung der AfD nicht bei einer Stimmabgabe für diese Partei stehenbleibt. Diese Menschen übernehmen auch inhaltlich die Positionen, vertreten sie am Stammtisch, am Arbeitsplatz usw. Und: So manche schreiten auch selbst zu ausländergefeindlichen Taten. Die jüngsten rassistischen Unruhen in England sind ein aktuelles Beispiel dafür. Auf jeden Fall wird das faschistische Aktivenpotenzial ermuntert und gestärkt.

Deshalb haben Demos gegen die AfD – so richtig sie natürlich weiterhin bleiben – keine große Wirkung. Worauf sollten wir uns also konzentrieren:

- a** die Systemkrise und die politische Krise erklären;
- b** die Ursachen der Migration als logische Folge des Systems erklären;
- c** die Funktion der Ablenkung von den Mängeln des Systems deutlich machen;
- d** gewerkschaftliche und fortschrittliche Kämpfe unterstützen und zusammenführen.

Letzteres wird in der Zukunft eine entscheidende Rolle spielen. Eine besser organisierte Aufklärungsarbeit in Betrieb und Gewerkschaft ist ein Schlüsselement in einer erfolgversprechenden Gesamtstrategie.

1 Im Mai 2024 waren nur 63,1 % der Fernzüge pünktlich (eine Verspätung von 6 Minuten gilt noch als pünktlich). In diesen Zahlen sind die Züge nicht enthalten, die ganz ausfallen, was sogar zunehmend häufig der Fall ist.

2 <https://www.mckinsey.com/de/news/presse/deutschland-investiert-zu-wenig-in-infrastruktur>

3 <https://thenextrecession.wordpress.com/2024/07/13/after-2024-value-profit-and-output/>; vom 13. Juli 2024

4 Die Bundesbank macht deutlich, dass dieser Trend sowohl die Arbeitsproduktivität als auch das reale Bruttoinlandsprodukt betrifft. Bundesbank: *Zur Entwicklung der Produktivität in Deutschland*: <https://www.bundesbank.de/resource/blob/692064/c3ad7338aa83d5fe594f222399051bfb/mL/2002-09-entwicklung-deutschland-data.pdf> und speziell zum Euroraum: <https://www.bundesbank.de/resource/blob/856550/f234ade56aa09647f48131e16f90590a/mL/2021-01-produktivitaetswachstum-data.pdf>

5 Ulrich Brand / Markus Wissen: „Kapitalismus am Limit“, München (oekom) 2024, S. 171

6 Beispielhaft sei genannt: <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-ts-720.html> (vom 8. 2.2008)

7 »Deutschland rückt nach links«!?, <https://www.rosalux.de/dokumentation/id/13804/deutschland-rueckt-nach-links/> (Artikel aus *Freitag* vom 9. 11. 2007)

8 Statista Research Department: Deutschland – Militärausgaben bis 2023. In Statista vom 22.4.2024; [starista.com/statistik/daten/studie/183064/umfrage/militaerausgaben-von-deutschland](https://www.starista.com/statistik/daten/studie/183064/umfrage/militaerausgaben-von-deutschland) (23.5.2024)

9 www.zeit.de/gesellschaft/2023-07/studie-realitaetsflucht-misstrauen-politik-deutschland (7.3.2024)

10 <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/sylt-gaestegroelen-rechtsextreme-parolen-in-pony-bar-video-sorgt-fuer-entsetzen-a-7fae4f21-68e7-4aa9-b597-4c7d7c509a17>

11 Brand / Wissen, a. a. O., S. 169

DIE SPIRALE DER HOCHRÜSTUNG UND MILITARISIERUNG

In diesem Sommer gab es eine geradezu atemberaubende Beschleunigung der Hochrüstung und Militarisierung in der BRD durch die Ampel-Regierung.

■ **Wolfgang Feikert**

Hintergrund ist die geänderte, d.h. *erweiterte* und somit *doppelte* Aufgabenstellung für die Bundeswehr: Die Bundeswehr war nach der Auflösung des Ostblocks vorwiegend eine intervenierende Armee in Auslandseinsätzen, und zwar im Wesentlichen gestützt auf Berufssoldaten. Der „Landesverteidigung“ wurde nur eine geringe Bedeutung beigemessen, da das Bedrohungsszenario nicht mehr aktuell schien. Jetzt, da die geopolitische Dimension des Machtkampfs zwischen den neuen imperialen Mächten Russland und China einerseits, den USA, der EU und der NATO andererseits wieder auf der Tagesordnung steht, bedürfe es zusätzlicher enormer Anstrengungen, um der angeblich drohenden akuten Gefahr durch Russland für das NATO-Gebiet durch Stärkung der „Landesverteidigung“ zu begegnen.

1. 91 Milliarden für das Militär

Die Ausgaben für 2024 erreichen eine neue Rekordhöhe: Die NATO schätzt die deutschen Militärausgaben 2024 inzwischen auf 90,58 Mrd. Euro (2,12% des BIP). Die Summe setzt sich zusammen aus 51,95 Mrd. Euro (regulärer) Verteidigungshaushalt, hinzu kommen 19,8 Mrd. aus dem „Sondervermögen“ und 18,83 Mrd. Euro nach NATO-Kriterien.¹ Besonders pikant ist dabei, dass der sogenannte „ARD-Faktenfinder“ Sahra Wagenknecht, die auch diese Summe kommuniziert hatte, der Unwahr-

heit bezichtigte, indem er die Ausgaben nach NATO-Kriterien, z.B. Waffenlieferungen an die Ukraine, einfach wegließ.

Allein im Sommer wurden Rüstungsgüter im Wert von 35 Milliarden € geordert². (Siehe Tabelle 1)

Nicht alle diese Ausgaben sind durch das „Sondervermögen“ abgedeckt, ein Teil, wie die Leopard-Panzer, wurde „auf Pump“ gekauft, wie IMI berichtete.³

2. Rüstungsexporte auf Rekordhöhe

Die deutschen Rüstungsexporte sind im ersten Halbjahr 2024 deutlich gestiegen. Von Januar bis Juni wurde die Aus-

TABELLE

Art der Rüstungsgüter	Hersteller	Kosten in Milliarden €
6 500 Militär-LKW	Rheinmetall	3,5
2 Fregatten	Blohm&Voss u.a.	3,0
Artilleriemunition	Rheinmetall	8,5
Artilleriemunition	Diehl und Raufoss	15,0
105 Leopard-Panzer	KNDS	3,0
2 Telekommunikationssatelliten	Airbus	2,2
Summe		35,2

fuhr militärischer Güter für 7,6 Mrd. Euro genehmigt. (Im Gesamtjahr 2023 waren es 12,2 Mrd.). Die 7,6 Milliarden Euro sind eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (5,22 Milliarden Euro) von gut 45 Prozent. Dabei handelt es sich um Kriegswaffen im Wert von 5,5 Milliarden Euro und „sonstige Rüstungsgüter“ (2,1 Mrd. Euro).

Der Großteil ging in die Ukraine. Zu den fünf wichtigsten Empfängerländern zählt seit geraumer Zeit wieder Saudi-Arabien, das Kriegspartei im Jemen ist.⁴

3. Die staatliche Förderung eines starken „militärisch-industriellen Komplexes“

Das Engagement der Bundesregierung geht weit über die Vergabe von lukrativen Rüstungsausgaben hinaus: Die – im Vergleich zu anderen imperialistischen Mächten – bisher eher zweitrangige deutsche Rüstungsindustrie soll mit staatlicher Förderung und direkter Staatsbeteiligung zu einem starken „militärisch-industriellen Komplex“ ausgebaut werden. Im internationalen Ranking der hundert umsatzstärksten Rüstungskonzerne weltweit steht der größte deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall gerade mal auf Platz 19⁵. Das soll sich ändern, auch mit Hilfe direkter Beteiligungen des Bundes: Am börsennotierten Rüstungskonzern Hensoldt ist der Bund bereits mit 21,8 % beteiligt.

Diese Bestrebungen werden skandalöserweise auch von der IG Metall unterstützt, die ein Positionspapier zusammen mit dem Wirtschaftsrat der SPD und dem Dachverband der Rüstungsindustrie veröffentlicht hat.⁶

4. Der „neue Wehrdienst“: keine Abkehr von der Berufsarmee

Der im Juni vorgestellte „neue Wehrdienst“ sieht die systematische Erfassung der wehrfähigen jungen Männer und Frauen mit einem Online-Fragebogen vor, den Männer beantworten müssen. Diese Form ist angelehnt an das schwedische Modell, das Verteidigungsminister Pistorius im Frühjahr vor Ort begutachtete. „Wir wollen nur die Besten“ wurde er im Reisebericht auf der Bundeswehr-Webseite zitiert. Es sollen aus der Menge der Interessierten pro Jahr 5 000 herausgefiltert und ausgebildet werden, mehr kann die Bundeswehr aktuell nicht leisten, fehlen ihr doch 20 000 Soldat:innen zur Sollstärke. Die Dauer des Wehrdienstes beträgt mindestens 7 Monate, kann jedoch auf 23 Monate aufgestockt werden.⁷ Da die Bundeswehr auch dringend Personal für den Aufbau einer Brigade von 4 800 Soldat:innen in Litauen an der Ostflanke der NATO braucht, wird sie eher

diejenigen nehmen, die sich länger als ein Jahr verpflichten, weil Auslandseinsätze das voraussetzen.

Jedoch wird allein schon durch die massenhafte Propaganda der Bundeswehr gegenüber jungen Leuten die Militarisierung der Gesellschaft weiter angeheizt. Mit einer Wiederinkraftsetzung der *allgemeinen* Wehrpflicht hat dieses Modell rein gar nichts zu tun⁸, ungeachtet der Wünsche von Pistorius und den weitergehenden Vorstellungen der CDU/CSU. Auf dem letzten Parteitag der Union wurde auf Antrag der Jungen Union folgender Antrag mit großer Mehrheit angenommen: „Wir werden die Aussetzung der Wehrpflicht schrittweise zurücknehmen und die Wehrpflicht in ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr überführen⁹. Bis zu dieser Umsetzung fordern wir zur Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr die Einführung einer Kontingent-Wehrpflicht.“¹⁰ Letzteres ist – mit anderer Wortwahl – nicht wesentlich anders als die beschlossene selektive Rekrutierung à la Pistorius.

Zwischenfazit: „Als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet“, so könnte man den jetzigen Stand der Bemühungen um eine Wiederinkraftsetzung der allgemeinen Wehrpflicht charakterisieren. Mehr geht wegen der fehlenden Infrastruktur (die komplett abgebaut wurde) und ungelöster rechtlicher Probleme (Stichworte: Wehrgerechtigkeit, Wehrdienst für Frauen) eben nicht.

Entscheidender ist jedoch folgende Frage: Braucht eine hochtechnisierte Armee wie die Bundeswehr nicht eher gut ausgebildete und somit längerfristig an sie gebundene Fachkräfte? Was könnte sie heutzutage überhaupt mit Wehrpflichtigen anfangen? Die Antwort ist klar: Die Bundeswehr wird eine Armee von Berufssoldaten¹¹ bleiben, eine Rückkehr zu einer Bundeswehr der 1970/80er Jahre (siehe hierzu Fußnote 8) wird es nicht geben.

5. Die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland ab 2026

Am Rande der Feierlichkeiten zum 75-jährigen Bestehen der NATO wurde von Kanzler Scholz und Pistorius Folgendes (als bilaterales Abkommen) verkündet: Ab 2026 werden in Deutschland Mittelstreckenwaffen stationiert, die bis nach Russland reichen.¹² Überrascht davon waren die anderen Ampel-Koalitionäre, die Regierungspartei SPD und die anderen NATO-Partner. Vorgesehen sind: Marschflugkörper, Mittelstreckenraketen und neu entwickelte Hyperschallwaffen als „Antwort“ auf die in der russischen Enklave Kaliningrad vermuteten Marschflugkör-

per mit großer Reichweite.¹³ Scholz und Pistorius sprachen davon, dass damit eine „Fähigkeitslücke“ geschlossen werde. Wieder einmal soll suggeriert werden, die NATO sei gegenüber Russland in ein militärisches Hintertreffen geraten und müsse „nachrüsten“, wie es damals beim NATO-Doppelbeschluss hieß. Wie damals wird das „Gleichgewicht des Schreckens“, die „Abschreckung“, als „Garant des Friedens“ bezeichnet. Gegen diese ideologischen Nebelkerzen und die Stationierung sind in der BRD damals Hunderttausende auf die Straße gegangen.

Mit der Stationierung soll eine Erstschlagfähigkeit der NATO hergestellt werden, wie die Beraterin der Bundesregierung, Claudia Major von der Stiftung Wissenschaft und Politik, offen zugab: „Die Tomahawks sollen bis zu 2500 Kilometer weit fliegen können, könnten also Ziele in Russland treffen. Und ja, genau darum geht es. [...] So hart es klingt. Im Ernstfall müssen NATO-Staaten auch selbst angreifen können, zum Beispiel, um russische Raketenfähigkeiten zu vernichten, bevor diese NATO-Gebiet angreifen können, und um russische Militärziele zu zerstören, wie Kommandozentralen.“¹⁴

Die Stationierung und die Einrichtung einer Kommandozentrale in Wiesbaden wurden von den USA bereits insgeheim seit 2021 vorbereitet.¹⁵

Außerdem haben Polen, Deutschland, Frankreich und Italien am Rande des NATO-Gipfels 2024 in Washington eine Absichtserklärung zur Entwicklung bodengestützter Marschflugkörper mit einer Reichweite von mehr als 500 Kilometern unterzeichnet. Frankreich hat dabei die Entwicklung einer fahrzeuggebundenen Ausführung des MdCN-Marinemarschflugkörpers vorgeschlagen.¹⁶

6. Die neue Rolle der BRD in der NATO

In der Summe bedeuten oben genannten Punkte eine deutlich stärkere Integration Deutschlands in das Atlantische Bündnis, bezogen auf Europa soll es gar eine Führungsrolle sein, die die Bundesregierung ausfüllen will. Vor dem Hintergrund, dass andere wichtige NATO-Staaten gerade stark mit sich selbst beschäftigt sind¹⁷, sieht die Bundesregierung aktuell eine gute Chance, ihre Rolle aufzuwerten, auch wenn Scholz scheinheilig leugnet, dass die BRD einen (europäischen) Führungsanspruch in der NATO anstrebt. Pistorius jedenfalls setzt alles daran, noch mehr Finanzmittel zu bekommen und setzt sich auch entsprechend in Szene. Dies geht sogar so weit, dass er zwei Kriegsschiffe in den Indopazifik schickt. Vergessen wir nicht: Die NATO soll mehr denn je die (militärischen) Interessen der westlichen imperialistischen Mächte bündeln, nicht zuletzt aufgrund der allgemeinen Änderung der geopolitischen Lage (Aufstieg Chinas).

Beschleunigt wurde die Stärkung des europäischen Teils der NATO durch die Befürchtung, Donald Trump könnte die nächsten US-Präsidentschaftswahlen gewinnen. So oder so soll endlich Schluss sein mit der Schwäche der uneinigen EU. Ganz nebenbei könnte ein „stärkeres Europa“ Macron zumindest ein wenig helfen, seine innenpolitische Schwäche nach der Wahlniederlage zu überwinden.

13.08.2024

1 IMI-Standpunkt 2024/12, 19. Juni 2024, „Militärausgaben 2024: Deutschland knackt 90 Mrd.!“.

2 Zusammengestellt vom Autor; Quellen: tagesschau.de und IMI e.V.

3 IMI-Aktuell 2024/414, 21. Juni 2024, „Panzer auf pump“.

4 „Bericht zur Rüstungsexportpolitik“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimapolitik, 5.07.2024.

5 Factsheet Rüstung, IMI e.V.

6 https://www.igmetall.de/download/20240130_Positionspapier_Sicherheits_und_Verteidigungsindustrie.pdf

7 <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/minister-pistorius-stellt-neuen-wehrdienst-vor-5791920>

8 In den Hochzeiten der 1979/80er Jahre hatte die Bundeswehr über 400 000 Soldaten, zusätzlich gab es bis zu 1,4 Millionen wehrpflichtige Reservisten.

9 Die Union fordert bereits ein verpflichtendes Soziales Jahr für junge Leute ab 18. Das „Gesellschaftsjahr“ ließe die Wahl zwischen sozialer Betätigung und Wehrdienst.

10 <https://www.cdu-parteitag.de/artikel/wehrpflicht-kommt-zurueck>.

11 „Berufssoldaten“ verpflichten sich laut Bundeswehr lebenslang bis zu ihrem Ausscheiden, im Unterschied zu Zeitsoldaten. Im Artikel verwende ich den Begriff „Berufssoldat“ jedoch für alle, die die militärische Tätigkeit bei der Bundeswehr als ihren Beruf ausüben.

12 <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/97522-6/2298418/3505cf65bba4144bfb2c076c953b2d05/2024-07-10-gemeinsame-erklaerung-usa-ger-nato-gipfel-data.pdf?download=1>

13 Ob die in Kaliningrad stationierten Waffen diese behauptete Reichweite haben, ist umstritten. Die Möglichkeit einer Überprüfung, wie es sie mit dem INF-Vertrag einmal gab, ist nicht mehr vorhanden.

14 Zit. nach: IMI-Analyse 2024/33 (Update: 23.7.2024): Jürgen Wagner, „Das ist lange her, dass es das gab.“ Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland mit Reichweite bis Russland beschlossen.

15 Ebenda.

16 <https://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag>.

17 <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/scholz-nato-gipfel-100.html>

WIE STEHT ES UM DIE ARBEITER:INNENKLASSE?

Ökonomen, Soziologen, Politiker und die bürgerlichen Medien spielen uns regelmäßig ihr Lied vom „Verschwinden der Arbeiter:innenklasse“ vor. Die Arbeiter:innenklasse sei in einer riesigen Mittelschicht mit sehr verschwommenen Konturen untergegangen. Dabei war sie international gesehen noch nie so zahlreich wie heute, vor allem weil in den sogenannten „Schwellenländern“ die Zahl der Lohnabhängigen explosionsartig angestiegen ist.

■ Sandra Cormier

Die Arbeiter:innenklasse hat sich in Wirklichkeit globalisiert. In den sogenannten entwickelten Ländern stellt sie immer noch einen großen Teil der Lohnabhängigen, aber sie hat ein neues Gesicht, das durch die sukzessiven Veränderungen des Kapitalismus geprägt wurde.

Eine neu gewandete Arbeiter:innenklasse

Der Wandel der kapitalistischen Wirtschaft hat die Struktur der Gesellschaft und de facto auch die Arbeiter:innenklasse tiefgreifend verändert. Das Proletariat ist nicht mehr das Proletariat aus der Zeit von Marx oder der 1970er Jahre. Seine Veränderungen sind nicht nur das Ergebnis von technischen Entwicklungen oder Veränderungen im Produktionssystem, sondern auch von politischen Entscheidungen, die die Bourgeoisie getroffen hat, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten.

In den 1970er Jahren vollzog sie eine regelrechte neoliberale Wende und ergriff die Offensive, um die Arbeiter:innenklasse zu spalten und sie unfähig zu machen, sich zu organisieren. In erster Linie sorgte sie dafür, die treibenden Kräfte der Arbeiter:innenklasse wie die Stahlarbeiter, die Bergleute oder später die Automobilarbeiter – etwa mit der spektakulären Zerschlagung des Renault-Werks Billancourt – zu brechen. Heute stehen

wir vor dem Ergebnis dieser Veränderungen, nämlich eine starke wirtschaftliche Zersplitterung mit dem verstärkten Einsatz von Subunternehmen, einer enormen Differenzierung des arbeitsrechtlichen Status der Beschäftigten und ihrer „Uberisierung“ und Prekarisierung.

Aber es gibt auch eine geografische Aufsplitterung mit der Umgestaltung des Produktionsapparats (Auslagerungen, Verlagerungen, Verkleinerung der Standorte) oder auch die Umgestaltung des Produktionsprozesses mittels Digitalisierung. Diese Realität spiegelt wider, was Marx und Engels im *Manifest* formulierten, nämlich dass „die Bourgeoisie nicht existieren kann, ohne die Produktionsinstrumente, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren“.

Infolgedessen ist das, was die Arbeiter:innenklasse symbolisierte, der Industriearbeiter, ein Mann, der in einer Fabrik mit mehreren tausend Arbeitern unbefristet beschäftigt ist, in der Tat numerisch geschrumpft. Allerdings ist diese restriktive und auch bloß eingebil-dete Sicht der Arbeiter:innenklasse nicht unsere und auch nicht die der Mehrheit der Strömungen in der heutigen Arbeiterbewegung. Das meinen wir, wenn wir in unseren Gründungsprinzipien von der „Klasse der Arbeiter:innen“ sprechen: „Die große Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Arbeiter:innen, ob Hand- oder Kopfarbeiter:innen. Denjenigen, die nur ihre Arbeitskraft einzusetzen haben, meist gegen Lohn, unabhängig davon, ob sie einen Arbeitsplatz haben oder nicht, ob sie berufstätig sind oder sich im Ruhestand befinden. Die überwältigende Mehrheit der jungen Menschen in der Ausbildung ist dazu bestimmt, Bestandteil dieser Arbeiter:innenklasse zu werden“.

Dieses weitgefaste Verständnis der Arbeiter:innenklasse, die also einen großen Teil der Lohnabhängigen umfasst, widerspricht dem künstlichen und hohlen Konzept einer immer größeren „Mittelklasse“, von der man uns die Ohren volljammert und die das Proletariat zum großen Teil aufgesogen hätte. Sie ist in Wirklichkeit eine Nicht-Klasse oder eine Anti-Klasse, da sie sich gegen nichts und niemanden stellt und in der relativ subjektiven

Kategorie von Reichtum und Armut und nicht im gesellschaftlichen Verhältnis zum Kapital definiert ist.

Die Industriearbeiter:innen sind übrigens nicht verschwunden. Statistisch (INSEE) machen sie immer noch 18,9% der erwerbstätigen Bevölkerung aus. Vor allem aber sind große Teile der Arbeiter:innen infolge der explosiven Zunahme des Dienstleistungssektors Angestellte. Diese Arbeiter:innen sind nicht in der verarbeitenden Industrie tätig, nehmen aber ebenfalls an der Produktion teil. Die Logistik ist indirekt an der Produktion von Mehrwert im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung beteiligt.

Aber auch diese neue Klasse von Dienstleistungsarbeiter:innen teilt oft die gleichen Arbeitsbedingungen, sei es die Akkordarbeit, die Arbeitsbelastung oder die repetitiven Arbeitsschritte. Und wie die Industriearbeiter:innen entscheiden auch diese Dienstleistungsarbeiter:innen so gut wie gar nichts und haben keine wirkliche Kontrolle über das, was sie tun und wie sie es tun. Ein weiterer Aspekt ist, dass die meisten Dienstleistungsarbeiter:innen Frauen sind. Diesen Arbeiterinnen ein Gesicht zu geben, ermöglicht es, aus dem Männlichkeitswahn und den Geschlechterstereotypen auszubrechen, auf denen das Bild des Proletariats basiert.

Taugt sie noch als revolutionäres Subjekt?

Diese vom neoliberalen Kapitalismus umgeformte Arbeiter:innenklasse hat Probleme, wahrgenommen zu werden und sich zusammenzuschließen. Zwar war das Proletariat numerisch noch nie so stark, doch sozial und politisch war es noch nie so schwach. Das ist ein Phänomen, das man sowohl in Frankreich als auch in England, Deutschland und den USA beobachten kann. Es gibt objektive Faktoren, die mit der Zersplitterung des Produktionsapparats zusammenhängen. Heute arbeitet mehr als die Hälfte der Arbeiter in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten, die oft in ländlichen Gebieten liegen.

Die Auslagerung bestimmter Tätigkeiten durch den verstärkten Einsatz von Subunternehmen, insbesondere in der Logistik- oder Transportbranche, die ein Viertel der Beschäftigten ausmachen, ist Teil dieser Zersplitterung, die nicht nur geografisch, sondern auch durch die Differenzierung des Status und der Löhne bedingt ist.

Auch die „Uberisierung“ der Arbeiterschaft, die uns an den Manchesterkapitalismus des 19. Jahrhunderts erinnert, ist Teil einer Zersplitterung und noch mehr einer Individualisierung der Arbeiterschaft, die im Rahmen des Neoliberalismus bewusst betrieben wird. Doch auch wenn all dies schwer wiegt, reicht es nicht aus, um den Rück-

gang des Bewusstseins oder die Schwierigkeit unseres sozialen Lagers, sich zusammenzuschließen, zu erklären. Die Arbeiter:innenklasse des 19. Jahrhunderts war auch extrem prekariert, heterogen und die Zahl der Beschäftigten war nicht so hoch wie heute. Dennoch wurden in diesem schwierigen Umfeld Gewerkschaften aufgebaut, die Hunderttausende von Arbeiter:innen vereinten, und die Arbeiterbewegung wurde organisiert.

In diesem Zusammenhang kann man die sogenannte „Wirtschaftswunderzeit“ als eine bloße Parenthese in der Geschichte des Proletariats und sogar des Kapitalismus begreifen. Die Probleme der Arbeiter:innenklasse, sich als revolutionäres Subjekt zu begreifen, sind daher in erster Linie auf den Niedergang der Arbeiterbewegung und insbesondere auf die Häufung ihrer Niederlagen in den letzten Jahrzehnten zurückzuführen. Das Hindernis ist also in erster Linie politisch und kann nicht auf soziologische Elemente reduziert werden, da uns dies grundsätzlich keine Perspektive und kein Mittel zum Handeln lässt.

Im Übrigen waren es die prekarierten und meist unsichtbaren Sektoren, die die tiefen Spaltungen infolge der Neuorganisation der Arbeit überwinden konnten. In jüngster Zeit haben vorbildliche Kämpfe wie der der Zimmermädchen bei Ibis in Batignolles, die sich nach 135 Tagen Streik durchgesetzt haben, oder die Streiks bei den Lieferdiensten Uber Eats, Deliveroo etc., die überall in Europa und in den USA entstanden sind, zur Entstehung dieser neuen Arbeiter:innenklasse beigetragen.

Das macht Marx' Formulierung „Die Arbeiter:innenklasse ist revolutionär oder sie ist nichts“ immer aktueller. Sie bedeutet, dass die Arbeiter:innenklasse nur dann existiert, wenn sie sich als soziale Kraft konstituiert und sich politisch mit dem Kapitalismus auseinandersetzt. Die größte Schwierigkeit besteht also darin, die Arbeiter:innenklasse als Subjekt zu konstituieren, d. h. von der „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich“ überzugehen. Und dieser Übergang erfolgt notwendigerweise vorwiegend durch Kämpfe.

Intervention von außen

Die wichtigste Frage bleibt also, wie Antikapitalist:innen am effizientesten vorgehen können, um diese riesige soziale Kraft, die so zersplittert und sich ihrer Stärke nicht bewusst ist, politisch zu einen. Zunächst einmal sollten sie sich aktiv an den Kämpfen beteiligen. Ob defensiv oder offensiv, Kämpfe ermöglichen es nicht nur, Errungenschaften Stück für Stück zu erkämpfen, sondern auch, ein höheres Klassenbewusstsein zu schaffen. Dies gilt umso

mehr, als sie komplexe Formen annehmen können, die uns in Zeiten zurückversetzen, in denen die Mobilisierungen sehr heterogen waren, wie etwa im 19. Jahrhundert. Konflikte sind vorhanden, aber sie nehmen manchmal neue Formen an, erobern neue Räume und das Proletariat ist auch dort in Bewegung, wo man es nicht erwartet.

Deshalb müssen wir parat stehen und in diese Bewegungen, die manchmal von Konfusion geprägt sind, eingreifen, indem wir Forderungen stellen, die das Klassenverhältnis verdeutlichen. Aber auch, um den Reaktionären und Faschisten die Führung in diesen Bewegungen streitig zu machen und dazu beizutragen, das für einen Sieg erforderliche Kräfteverhältnis aufzubauen. Das haben wir in der Bewegung der Roten Mützen in der Bretagne mit dem Aufbau des „Arbeiterpols“ getan oder auch durch unser Eingreifen in die Gelbwesten-Bewegung.

Unsere politische Strömung ist seit jeher in der Arbeiter:innenklasse aktiv, aber angesichts des fortschrittenen Zerfalls der Arbeiterbewegung mit unzähligen gewerkschaftsfreien Sektoren, isolierten oder abtrünnigen Aktivisten ist es heute besonders wichtig, eine proaktive Politik in dieser Richtung zu betreiben.

Dafür müssen die Organisationen der Arbeiter:innenklasse und insbesondere der Gewerkschaften wieder aufgebaut werden, aber auch Arbeiter:innen rekrutiert werden. In der Arbeiter:innenklasse Fuß zu fassen bedeutet, regelmäßig in ihr zu intervenieren und kämpferische Strukturen zu schaffen, die auf die Betriebe ausgerichtet sind. Aber es bedeutet auch, ein Engagement in den Lebenszusammenhängen, den Stadtvierteln und den Bildungsstätten, insbesondere der Jugend, zu erbringen.

Eine Intervention in diesen Zusammenhängen erleichtert auch das Zusammengehen. Sie ergänzt die Intervention in den Betrieben, ersetzt sie aber nicht, denn wir müssen auch Sorge tragen, dass Streiks als strategisches Mittel begriffen und eingesetzt werden, was bei der jüngsten Bewegung gegen die Rentenreform schmerzlich gefehlt hat. Der Streik bleibt die wirksamste Waffe, um die Wirtschaft zu blockieren und der Bourgeoisie die Macht streitig zu machen, aber er spielt auch eine wichtige Rolle bei der Emanzipation des Proletariats.

Unsere Intervention zielt auch notwendigerweise auf die politische Vereinigung der Arbeiter:innenklasse ab, um ihre Aktionen überhaupt koordinieren zu können. Wenn das Proletariat, wie wir bereits betont haben, als organisierte Kraft zersplittert ist, ist es auch von Spaltungen durchzogen, die vorrangig Folge der Unterdrückung auf verschiedenen Ebenen sind. Insofern sind die Kämp-

fe gegen diese Unterdrückung letztlich Kämpfe für die Vereinigung des Proletariats, das durch die kapitalistische Ausbeutung segmentiert und gespalten wird. Der Wiederaufbau eines antirassistischen, feministischen und gegen LGBT-Phobie gerichteten Bewusstseins steht in keiner Weise im Gegensatz zur Entstehung eines neuen Klassenbewusstseins, sondern ist im Gegenteil ein wesentlicher Bestandteil davon.

Die Einheit der Arbeiter:innenklasse kann daher nur unter Berücksichtigung all ihrer Parameter erreicht werden. Eines ist sicher: Ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung bildet das Proletariat und wird daher in der Konfrontation mit der Bourgeoisie eine wesentliche Rolle spielen. Die Arbeiter:innenklasse, das Proletariat in seiner Komplexität und Vielfalt, muss seine Fähigkeit wiedererlangen, wieder zum historischen Subjekt der Revolution zu werden. In dieser Eigenschaft bleibt es der Dreh- und Angelpunkt unserer gesamten Politik.

aus: *l'Anticapitaliste* Nr 156

Übersetzung: MiWe



KLASSE UND KLASSEN- BEWUSSTSEIN

„Aber worauf warten wir noch, um das Feuer zu entfachen?“, fragte sich eine französische Hip-Hop-Band 1996. Fast dreißig Jahre später sind sehr wohl viele Feuer gezündet worden, aber kein Funke ist übergesprungen, obwohl die kapitalistische Ausbeutung noch nie so massiv war und inzwischen sogar das Leben auf dem Planeten bedroht. Wie soll man da verstehen, dass die Mobilisierungen der Arbeiter:innenklasse viel zu zurückhaltend sind, um dem Kapitalismus den entscheidenden Schlag zu versetzen?

■ Antoine Larrache und Raphael Greggan

Was hindert uns? Das herrschende System setzt alles daran, um durch Werbung, Medien etc. die Fundamente und Mechanismen des Gesellschaftssystems zu legitimieren. In der Schule lernen die jungen Menschen grundsätzlich, die ihnen von anderen auferlegte Position widerspruchslos hinzunehmen. Der Vorarbeiter im Betrieb zwingt dazu, den Akkord zu erhöhen. Nach dem Fall der Berliner Mauer hatten Philosophen¹ das „Ende der Geschichte“ heraufbeschworen, den absoluten und endgültigen Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus im Klassenkampf. Dennoch berichtet Oxfam Frankreich², dass „der Unterschied zwischen dem SMIC (Mindestlohn) und dem durchschnittlichen Gehalt der Vorstandsvorsitzenden des CAC 40³ in Frankreich im Jahr 1979 etwa 1 zu 40 betrug. Heute beträgt der Abstand zu den Vorstandsvorsitzenden der 100 größten multinationalen Unternehmen in Frankreich das 259-fache und zu denen des CAC 40 gar das 423-fache“. In den letzten dreißig Jahren hat es weltweit und insbesondere in Frankreich zahlreiche Kämpfe gegeben, auf nationaler oder lokaler Ebene, die manchmal siegreich waren. Das unerhörte Maß an Repression, das

die Regierung inzwischen betreibt, zeigt deutlich, wie angespannt sie ist und dass die Kapitalisten offensichtlich ihre Zukunft nicht gerade rosig sehen.

Marx und Engels⁴ erinnern uns daran, dass „die Gedanken der herrschenden Klasse in jeder Epoche die herrschenden Gedanken [sind], d. h. die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende *geistige* Macht.“ Folglich ist sich die Arbeiter:innenklasse nicht spontan ihrer objektiven Interessen bewusst. Marx⁵ präzisiert: „Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein bestimmt, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt.“ Das heißt, unser tägliches Leben, unsere soziale Stellung (die Arbeit, der Ort, an dem wir leben etc.) prägt und zwingt uns zu dem, was wir denken, zu unserer politischen Positionierung. Dies gilt umso mehr, als das „Ende der Geschichte“ nach wie vor die linksliberale Szene beeinflusst, die uns davon überzeugen will, den Weg eines Kapitalismus mit menschlichem Antlitz einzuschlagen, der mit ein paar ökologischen und feministischen Einsprengseln garniert wird.

Dieser Weg ist eine Sackgasse. Die Widersprüche zwischen den Besitzenden und den arbeitenden Klassen sind sehr real und konkret, vor allem in Krisenzeiten, und in diesem Kampf werden sich die Besitzenden niemals bloßstellen lassen und mit allen Mitteln verhindern, dass der Kapitalismus auch nur schrittweise verändert wird, um zu einer Gesellschaft zu gelangen, die frei von Klassen und Unterdrückung ist und in der jeder nach seinen Möglichkeiten beiträgt und nach seinen Bedürfnissen verfügt.

Das Bewusstsein entwickelt sich im Handeln

Solange der Kapitalismus normal funktioniert, gibt es unterschiedliche Bewusstseinsniveaus, die zum großen Teil durch das Leben jedes Einzelnen bestimmt werden. Dies spiegelt sich in den verschiedenen Arten von Organisationen wider: themenbezogene Verbände und Kollektive, gewerkschaftliche Organisationen und politische Parteien. In den ersteren finden sich Menschen zusammen, die sich eines bestimmten Problems bewusst sind (spe-

zifische Unterdrückung, Umweltschutz, Kampf für die Rechte von Flüchtlingen etc.). Gewerkschaften haben das Ziel, Lohnabhängige (oder Arbeitslose) auf der Grundlage ökonomischer Kämpfe gegen die Unternehmer zu organisieren. Politische Parteien organisieren Menschen auf der Grundlage einer globalen politischen Aktion, um auf das System einzuwirken (oder es zu stürzen, wie wir meinen). Natürlich ist nicht alles so schematisch: Manche Verbände können auch gewerkschaftliche Themen aufgreifen; Gewerkschaften beschäftigen sich auch mit spezifischen Themen usw. Davon abgesehen agiert jeder auf seinem spezifischen Gebiet und hat Vorbehalte, sich in andere einzumischen. Innerhalb dieser Organisationen – oder auch außerhalb – sind Bewusstseinsentwicklungen in Richtung eines antikapitalistischen Bewusstseins möglich, aber das ist zahlenmäßig sehr begrenzt.

Während einer Mobilisierung kommt es zu großen Veränderungen im Bewusstsein der Kämpfenden. Der Kollege oder die Kollegin, der/die gestern noch Überstunden ohne zu murren hingenommen hat, kann sich während des Streiks bei den Streikposten wiederfinden; man trifft die Nachbarin oder den Vorarbeiter an vorderster Front, die sich der Polizei entgegenstellen etc. Wie Mandel erklärt⁶: „Aber je mehr die Stabilität der bestehenden Gesellschaft in Frage gestellt wird, je mehr der Klassenkampf sich verschärft, je mehr die Klassenherrschaft in der Praxis ins Wanken gerät, desto deutlicher befreien sich Teile der unterdrückten Klasse von den Ideen der Herrschenden.“

Auf der Massenebene entwickelt sich das Bewusstsein in der Aktion. Die Mobilisierungen zwingen jeden dazu, sich die Frage nach seinen persönlichen Interessen im Verhältnis zu den kollektiven Interessen und nach seiner individuellen Position in der kollektiven Dynamik zu stellen. Die durch den Streik verursachten Lohneinbußen werden diskutiert und reflektiert, wenn man sich den Angriffen (z. B. der Erhöhung des Renteneintrittsalters) gegenüberstellt. Ohne dass man es sich erklären kann, wenn der Damm der herrschenden Ideologie bricht, ergießt sich eine unkontrollierbare Flut, die von der Klasse an sich (ihrer objektiven Position in den Produktionsverhältnissen) zur Klasse für sich (einem Bewusstsein für diese Position und die damit verbundenen kollektiven Interessen) übergeht.

Abgesehen davon wird sich diese Bewusstseinsbildung im Kampf und durch ihn unterschiedlich äußern, je nachdem, ob man organisiert ist (und welchen Platz man in der Organisation hat) oder nicht. So können die na-

tionalen Leitungen der Gewerkschaftsorganisationen in einem Kampf „spät in Fahrt“ kommen, entweder weil sie aus früheren Mobilisierungen gelernt haben (gebranntes Kind scheut das Feuer) oder weil sie ihre Existenz nicht gefährden wollen, indem sie beispielsweise ein Verbot riskieren (das ist die „Dialektik der partiellen Errungenschaften“). Sie können auch versuchen, einen Kampf um jeden Preis zu kontrollieren, wie bei der letzten Mobilisierung gegen die Rentenreform, und sich daher weigern, der kämpfenden Basis die Führung zu überlassen (Streikversammlungen, Mobilisierungsrhythmen, Losungen).

Umgekehrt kann es zu unorganisierten Massenmobilisierungen kommen, die sich keine Hemmungen auferlegen, wie bei der Ermordung Nahels [der bei einer Verkehrskontrolle von der Polizei ermordet wurde, AdÜ] im Juni 2023, aber nicht unbedingt die Fähigkeit besitzen, eine erfolgsorientierte Strategie umzusetzen. Die im System integrierten Politiker reagieren zur Unzeit und schlagen vor, die Reform, die die Revolte ausgelöst hat, rückgängig zu machen (so wie heute in Kanaky), während das Feuer schon viel höher lodert und ein Aufstand droht.

In den Kämpfen können unterschiedliche Interessen auftreten. Zum Beispiel die Interessen der Bauern, die der Agrarunternehmen und die der Umweltschützer. Schließlich können die Ziele des Kampfes je nach politischer Partei unterschiedlich sein, zwischen denen, die eine institutionelle Lösung anstreben und deren Partikularinteressen an die Aufrechterhaltung des Systems geknüpft sind, und denen, die weiter gehen wollen. Um es anders auszudrücken: Eine breite Mobilisierung macht die verschiedenen sozialen Schichten und Lager sichtbar, die es gibt, sie lüftet den ideologischen Schleier und bringt das Räderwerk des Klassenkampfes zum Vorschein.

Kampflosungen

Auch wenn der Bezug zur Arbeiter:innenklasse unser zentrales politisches Anliegen ist, darf man nicht davon ausgehen, dass die massenhafte Mobilisierung der Bevölkerung ausschließlich über ökonomische Fragen erfolgt. Sicherlich zeigen die Proteste gegen die Rentenreform oder die der Gelbwesten, dass diese Fragen weiterhin zentral sind. Aber die feministischen Mobilisierungen zeigen, dass auch sie Vektoren für eine massive Radikalisierung sind. An der Pride-Parade nehmen jedes Jahr zwischen 500 000 und einer Million Menschen teil! Diese Mobilisierungen stellen das kapitalistische System

potentiell infrage, da es uns alle unserer Lebensentscheidungen beraubt. Die Mobilisierungen der Umweltbewegung oder der internationalen Solidarität ihrerseits stellen strukturelle Aspekte des kapitalistischen Systems, seine Produktionsweise und die Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten in Frage.

Die Bedeutung, die diese Mobilisierungen im Vergleich zu den ökonomisch begründeten Protesten inzwischen haben, hängt bei einigen auch mit dem Rückgang des Klassenbewusstseins zusammen, also des Gefühls, Teil eines Kollektiv zu sein, das über uns hinausreicht, uns aber zugleich vertritt. Denn auch wenn sich Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zulasten der Lohnabhängigen ändert, können Angehörige der Arbeiter:innenklasse ihre Situation als Unterdrückte außerhalb der direkten Konfrontation zwischen Kapital und Arbeit wahrnehmen. So führt die Bewusstwerdung der eigenen individuellen Unterdrückung – als Teil einer kollektiven und systemischen Unterdrückung – zu einem Bewusstsein der eigenen Stellung im kapitalistischen System und lässt dessen Funktionsweise durchschauen.

Der Auslöser für die Proteste im Mai 1968 in Frankreich war der Wunsch der Studierenden nach gemischten Studentenwohnheimen in Nanterre, woraus schnell der Wille entstand, die Funktionsweise der Gesellschaft grundlegend zu ändern. Das soll nicht bedeuten, dass politische Kämpfe und Forderungen vom Klassenkampf und den Entwicklungen der Produktionsverhältnisse abgekoppelt sind, sondern dass sie das direkte Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit übergehen können. In diesem Sinne ist Lenins Aussage⁷ zu verstehen, dass „das politische Klassenbewusstsein dem Arbeiter *nur von außen* gebracht werden [kann], das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern.“

Außerdem darf nicht übersehen werden, welche Deformationen gerade durch das stalinistische Theorem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden sind, das Proletariat auf die Arbeiter der Großindustrie zu reduzieren. Die „spezifischen“ Fragen wurden jahrzehntelang vom Großteil der organisierten Arbeiterbewegung (große Parteien und Gewerkschaften) ignoriert und als spalterisch dargestellt. Internationale Fragen wurden den Lagerinteressen der UdSSR untergeordnet. Die grundlegenden Veränderungen des Proletariats zwingen heute dazu, aus dieser Sackgasse herauszukommen. Darin besteht unsere spezifische Arbeit innerhalb der Arbeiterbewegung,

nämlich in der Praxis und in der Theorie diejenigen zusammenzubringen, die ein Ende des Kapitalismus und die Machtergreifung des Proletariats, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung wollen.

Abgesehen davon gibt es keine offensichtliche Forderung, die die breiten Massen sofort in Bewegung setzen würde. Die Änderung des Wahlrechts in Kanaky löste im Mai 2024 einen Aufstand aus, während die Reform der Arbeitslosenversicherung keine breite Empörung hervorrief. Die revolutionäre Organisation muss die Situation aufmerksam beobachten und dabei antizipieren, was „die Steppe in Brand setzen“ könnte, auch wenn sie sich dabei manchmal irrt. Dennoch lassen sich drei Haupttypen von Forderungen ausmachen: minimale, unmittelbare Forderungen, die erreichbar sind, ohne das System als Ganzes in Frage zu stellen; maximale Forderungen, die auf eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft abzielen, z. B. mit der Abschaffung des Privateigentums oder dem Ende des Patriarchats; und schließlich Übergangsforderungen, die erreichbar erscheinen, aber grundsätzlich die Frage nach Eigentum und Staat, der Verteilung des Reichtums und der derzeitigen gesellschaftlichen Funktionsweise aufwerfen. Dazu gehören die gleitende Lohnskala oder die Lohngleichheit, aber diese Schlagworte hängen von verschiedenen Aspekten in den Klassenverhältnissen ab. Wir versuchen daher, diese drei Ebenen von Forderungen miteinander zu verbinden. Auch hier gilt, dass zwischen richtigen Forderungen und Massenmobilisierung kein mechanischer Zusammenhang besteht und dieser von der konkreten Analyse der konkreten Situation abhängt.

Partei und Bewusstsein

Unsere Strömung greift Lenins Formel⁸ „Wir müssen als Theoretiker, Propagandisten, Agitatoren und Organisatoren in alle Klassen der Bevölkerung gehen“ auf. Unsere Rolle ist nicht die von „roten Professoren“, die die richtige Theorie oder die richtigen Argumente oder den Willen zum Handeln haben, sondern wir wollen konkret bei der Organisation von Mobilisierungen und Aufständen helfen. Dabei hoffen wir, an der Seite der Massen ein breites Vertrauen in unsere Politik und unsere Aktionen zu gewinnen. Bei den Mobilisierungen um wirtschaftliche Fragen versuchen wir, wo immer möglich, den Kampf gegen die Regierung und das System zu schärfen. In Kämpfen zu gesellschaftlichen oder nationalen Fragen (in Solidarität mit Palästina oder der Ukraine) bauen

wir uneigennützig breite Bewegungen auf; wir gehen von den Anliegen derjenigen aus, die kämpfen. Dabei betonen wir jedoch stets, dass das Schlüsselproblem der Klassenkampf ist.

Der Klassenkampf ist nicht einfach nur eine Ansammlung von Kämpfen, von denen jede/r Teilnehmer/in eine unvergängliche Erfahrung für den nächsten Kampf mitnimmt. Im Gegenteil, wenn die Arbeiterbewegung besiegt ist, zieht jede/r Bilanz und kann an der Möglichkeit eines (auch nur teilweisen) Sieges verzweifeln. Die Kollegin, die in eine Präfektur eingedrungen war, kann uns bezeugen, dass sie „nie mehr wiederkommen wird“. Und hier zeigt sich die Unentbehrlichkeit der Partei, um sich gegenüber der Klasse abzugrenzen, wie Bensaïd⁹ präzisiert: „Es ist gerade die Form der Partei, die es ermöglicht, auf dem politischen Feld zu intervenieren, auf das Mögliche einzuwirken, nicht passiv die Ebbe und Flut des Klassenkampfes zu erleiden.“ Die Partei bewahrt die Erinnerung an die Kämpfe, zieht daraus eine kollektive Bilanz und bereitet die nächste Schlacht vor.

Lenin kommt zu dem Schluss¹⁰: „Zur Revolution genügt es nicht, dass sich die ausgebeuteten und unterdrückten Massen der Unmöglichkeit, in der alten Weise weiterzuleben, bewusst werden und eine Änderung fordern; zur Revolution ist es notwendig, dass die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können. Erst dann, wenn die ‚Unterschichten‘ das Alte nicht mehr wollen und die ‚Oberschichten‘ in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen.“ Alain Krivine pflegte hinzuzufügen, dass die vorrevolutionäre Krise eintritt, wenn zusätzlich auch noch die in der Mitte kippen. Das ist es, was wir suchen: aus dem Gewöhnlichen, Alltäglichen herauszutreten, um das politische Ereignis oder die politischen Ereignisse zu finden, die eine nationale Krise bilden, einen allgemeinen Kampf zwischen dem Proletariat und den Ausbeutern, in dem der Staat den Unternehmern zur Hand geht, was zu einer Regierungskrise führt, die sich bis zum Ende fortsetzt, d. h. zum revolutionären Umsturz der Gesellschaft.

aus *l'Anticapitaliste, la revue*, Mai 2024

Übersetzung: MiWe

1 F. Fukuyama, *Das Ende der Geschichte*, 1992

2 Oxfam Frankreich, „Die 100 größten Unternehmen: Die Lohnungleichheit zwischen Vorstandsvorsitzenden und Lohnabhängigen hat sich in den letzten zehn Jahren vergrößert“, 27. April 2023.

3 entspricht in Deutschland dem DAX

4 Marx, Engels, *Die deutsche Ideologie*, MEW Band 3

5 Karl Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, MEW Band 13

6 Ernest Mandel, *Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewusstseins*, 1970

7 W.I. Lenin, *Was tun?*, 1902

8 *ibid*

9 D. Bensaïd, *Lénine ou la politique du temps brisé. Critique communiste n°150*, Herbst 1997.

10 W.I. Lenin, *Der ‚Linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit des Kommunismus*, 1920



DAS FASCHISTISCHE ARBEITSUNRECHT WIRKT FORT

„Nie wieder ist jetzt!“ – unter diesem Motto haben sich seit dem 12. Januar 2024 im ganzen Land bisher weit über 4 Millionen an mehr als 2200 Protestaktionen gegen den Faschismus beteiligt. Das hatte niemand erwartet. Aber es reicht nicht gegen den bedrohlichen Rechtsruck aus.

■ **Heinrich Neuhaus**

Für die Arbeitswelt etwa hat die Parole „Nie wieder ist jetzt!“ eine ganz besondere Bedeutung. Zur Erklärung, warum das so ist, müssen wir einen Blick zurückwerfen.

1933 konnten die Faschisten die stärkste und am besten organisierte (teilweise sogar bewaffnete) Arbeiterbewegung der damaligen Welt zerschlagen. Aktive wurden verhaftet, in die schnell errichteten Konzentrationslager geschleppt, gefoltert und oft ermordet.

Das konnte deshalb geschehen, weil sich die Führungen von KPD und SPD in ihrer politischen Blindheit geweigert hatten, eine Einheitsfront gegen die tödliche braune Gefahr zu bilden.¹

Die Gewerkschaftsspitzen ihrerseits duckten sich nicht nur weg. Sie biederten sich den neuen Machthabern bis zum 1. Mai 1933 in der irrsinnigen Hoffnung an, vom Nazi-Terror verschont zu bleiben.²

Am 2. Mai 1933 stürmten die Faschisten die Gewerkschaftshäuser. Die Gewerkschaften wurden verboten.³

Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften heute

Und heute? Heute werden Betriebsräte und die gewerkschaftliche Organisation bekämpft. Frei nach dem Motto: Legal, illegal, ganz egal.

Vom Kleinbetrieb des Autohändlers Kohlhoff in Mannheim bis zur Grünheider Tesla-„Gigafactory“ des ultrarechten Milliardärs Musk wird das, was die AfD anstrebt, schon heute umgesetzt.

Die besondere Spitze des Eisbergs stellt in diesem Zusammenhang die Zerschlagung des demokratisch gewählten und in der IG Metall organisierten Betriebsrats bei ProMinent Heidelberg dar.⁴

ProMinent ist nicht irgendeine Firma. Miteigentümer ist Rainer Dulger. Er ist Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und damit der oberste „Sozialpartner“ im Land.

Dort wie anderswo fand und findet brutales Betriebsrat-Mobbing statt.

Mit Hilfe einer wachsenden Branche von sehr teuren „Anwaltskanzleien“ wurden und werden Vorwände zur Kündigung tausender in Betriebsräten aktiver Kolleginnen und Kollegen konstruiert. Völlig hemmungslos werben diese *furchtbaren* und geldgierigen Juristen mit ihren Dienstleistungen für die „Kündigung von Unkündbaren“.

Ein gezielter Blick ins Netz genügt, und schon sind die entsprechende Kontaktadressen zu finden. Um nur ein zufällig ausgewähltes Beispiel zu nennen: „So gelingt die Kündigung eines Betriebsrats“ schreibt eine Kanzlei Has-

selbach und bezieht sich dabei nicht zuletzt auf „Verdachtskündigungen“.

Mit Verdachtskündigungen können völlig legal die Existenzen von Betriebsratsmitgliedern vernichtet werden. Unter dem Vorwand eines angeblichen und in der Regel frei erfundenen oder provozierten Fehlverhaltens ist es damit möglich, Betriebsräte aus dem Betrieb zu werfen.

Die Opfer werden zu Tätern gemacht. Sie müssen vor dem Arbeitsgericht ihre „Unschuld“ beweisen. Das ist eine zynische Umkehr der ansonsten im Rechtswesen geltenden Unschuldsvermutung.

Warum ist dieses kriminelle Vorgehen rechtlich möglich? Das liegt am skandalösen Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts bis heute.

Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften ab 1933

Das Reichsarbeitsgericht der Weimarer Republik hatte „Verdachtskündigungen“ 1931 und 1932 noch für unwirksam erklärt.

Nach 1933 nahmen die faschistischen Herrscher jedoch eine radikale Änderung des Arbeitsrechts vor. Ihr Ziel war die „völlige Atomisierung der deutschen Arbeiterklasse“, wie Franz L. Neumann in Behemoth, seiner berühmten Analyse des Nazi-Regimes, schrieb.⁵

Bereits in dem „Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk“ vom 1. Februar 1933 ist das ideologische Ziel der faschistischen Führung formuliert: „die endgültige Überwindung des Klassenwahnsinns und Klassenkampfes ... durch Bildung einer alles umfassenden Volksgemeinschaft“.⁶

Mit dem „Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen“ vom 4. April 1933 konnten dann Betriebsratswahlen ausgesetzt und die Entlassungen „staats- und wirtschaftsfeindlicher“ Betriebsratsmitglieder angeordnet werden.⁷

Das grundlegende „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ (AOG) wurde am 20. Januar 1934 von der Nazi-Führung erlassen. Die Kapitalseite begrüßte das AOG begeistert.

Das ist kein Wunder, denn im § 1 AOG heißt es: „Im Betriebe arbeiten die Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gemeinschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.“ Und in § 2 AOG ist festgelegt: „(1) Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegen-

heiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden. (2) Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten.“⁸

Die Juristen Hans Carl Nipperdey und Alfred Hueck waren sowohl Verfasser *als auch* Hauptkommentatoren dieses Machwerks.

Die im AOG festgeschriebene Verpflichtung der „Betriebsgefolgschaft“ zur „Treue“ dem „Betriebsführer“ gegenüber hatte massive Folgen. Angebliche Verstöße gegen diese Treuepflicht konnten seitdem „legal“ mit den mittlerweile zulässigen Verdachtskündigungen geahndet werden.

Nazi-„Arbeitsrechtler“ in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik Deutschland wurde diese „arbeitsrechtliche“ Linie durch das Bundesarbeitsgericht (BAG) unter maßgeblicher Beteiligung seines ersten Präsidenten Hans Carl Nipperdey fortgesetzt.

Als Präsident des BAG gelang es ihm, seine im Faschismus voll verwirklichte Umdeutung der kapitalistischen Arbeits- und Ausbeutungsbeziehungen zu einem „personenrechtlichen Gemeinschaftsverhältnis“ weiterwirken zu lassen. Zudem setzte er diese „Erbschaft“ des blutigen Terrorregimes des „Dritten Reichs“ sogar als „herrschende Meinung“ im Arbeitsrecht der Bundesrepublik durch.

Nipperdey und Konsorten aus der Nazi-Zeit wie Hueck haben durch ihre „Rechtsprechung“ und ihr juristisches Wirken in der BRD entscheidend auch zum Erhalt der Verdachtskündigungen sowie anderer Elemente des faschistischen Arbeitsunrechts beigetragen – und damit zu massiven, gegen das Grundgesetz und das internationale Recht verstößenden Einschränkungen des Streikrechts und anderer demokratischer Rechte von Gewerkschaften und abhängig Beschäftigten.⁹

Wie unter anderem der 2023 leider viel zu früh verstorbene Rechtsanwalt Rolf Geffken nachgewiesen hat, finden sich deshalb einige unübersehbare weitere Spuren des Faschismus im deutschen Arbeitsrecht: die „Treuepflicht“, das Verbot politischer Betätigung im Betrieb, die „Betriebsgemeinschaft“, die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“, die „Friedenspflicht“ und eben die „Verdachtskündigungen“.¹⁰

Auf der 10. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“ am 14. Oktober 2023 in Mannheim erregte Rechtsanwalt Klaus-Dieter Freund großes Aufsehen, als er über die Geschichte und das Wirken von „Verdachtskündigungen“ bis heute referierte.

Freund erläuterte, dass das Bundesarbeitsgericht (BAG) bis heute nicht nur an dieser faschistischen „Tradition“ festhält. Es hat sogar seine Rechtsprechung durch die Möglichkeit einer grundlosen fristlosen Verdachtskündigung verschärft.¹¹

Im Frühjahr 2024 wurde in einem Interview die Präsidentin des BAG, Inken Gallner, nach der Rolle „des Arbeitsrecht[s] ... für die Demokratie“ gefragt. Ihre Antwort: „Ich bin überzeugt davon, dass es wichtig für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Nehmen Sie das Arbeitskämpfrecht, das gewährleistet, Vereinigungen zu bilden, um die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu wahren [!] und zu fördern. Es geht dabei um Sozialpartnerschaft [!] ...“¹²

Auf die anschließende Frage wie sich der Einfluss von Nazi-Juristen auf die Arbeitsgerichtsbarkeit in der BRD „bemerkbar“ gemacht hat, sagte sie: „Das kann ich noch nicht beantworten. Das Bundesarbeitsgericht ist derzeit Gegenstand eines NS-Aufarbeitungsprojekts ... Für das Projekt stellt sich neben der historischen Aufarbeitung der Biografien die Frage, ob die NS-Ideologie in die Rechtsprechung des BAG Eingang gefunden hat.“¹³

Diese „Antwort“ ist ein starkes Stück. Sie lässt in tiefe Abgründe blicken und dort eine große Leere erkennen. Immerhin ist auch der BAG-Präsidentin bekannt, dass bei fünfzehn Bundesarbeitsrichtern eine frühere NSDAP-Mitgliedschaft nachgewiesen werden konnte. Und zumindest sollte sie den Namen des führenden Nazi-Juristen Hans Carl Nipperdey und späteren ersten Präsidenten des BAG (im Amt von 1954 bis 1963) wenigstens schon einmal gehört haben.

Widerstand als Pflicht

Das Fortwirken wichtiger Elemente des faschistischen Arbeitsunrechts muss beendet werden. Insbesondere sind in Zusammenhang mit dem Mobbing von Betriebsräten die bis heute hemmungslos durchgeführten Verdachtskündigungen abzuschaffen, die von der deutschen Arbeitsgerichtsbarkeit in der Regel umstandslos hingenommen werden.

Die Verdachtskündigung stellt einen Verstoß gegen das Grundgesetz dar. Konkret gegen Artikel 1 Abs. 1 („Die Würde des Menschen ist unantastbar.“), gegen Artikel 12 Abs. 1 (Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes) und Artikel 20 Abs. 3 (Bindung der Rechtsprechung an Gesetz und Recht).¹⁴

Der gewerkschaftliche Dachverband DGB und Einzelgewerkschaften wie die IG Metall müssen endlich den

Kampf für das gesetzliche Verbot der Verdachtskündigung aufnehmen und ihrer eigenen Beschlusslage gerecht werden.¹⁵

Sie sind dazu aus drei weiteren Gründen verpflichtet. Erstens, weil das skandalöse Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts nicht akzeptabel ist. Zweitens, weil die Verdachtskündigung ausschließlich durch den „Arbeitgeber“ ohne eine tatsächliche Rechtsgrundlage ausgesprochen werden kann. Und Drittens, weil die Übertragung des Grundsatzes „im Zweifel für den Angeklagten“ auf das Arbeitsrecht unter Bezugnahme auf Artikel 6 Abs. 2 (Recht auf ein faires Verfahren) der Europäischen Menschenrechtskonvention erforderlich ist. Dort heißt es: „Jede Person, die einer Straftat angeklagt ist, gilt bis zum gesetzlichen Beweis ihrer Schuld als unschuldig.“¹⁶

Die Zeiten werden noch rauer. Vor allem wegen der anhaltenden Offensive des Kapitals und des damit einhergehenden politischen Rechtsrucks, auf den die Gewerkschaften und die politische Linke immer noch keine überzeugenden Antworten vorweisen können.

Es ist auch deshalb höchste Zeit, das skandalöse Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts in Deutschland zu beenden. Das wird nicht durch Worte, sondern nur durch eine aktive gewerkschaftliche Gegenmacht erreicht werden.

„Nie wieder ist jetzt!“ gilt in diesem Sinne insbesondere für die Arbeitswelt. Denn gerade dort, wo faschistisches Unrecht nach wie vor „Recht“ ist, wird Widerstand zur Pflicht!

1 Vgl. hierzu z. B. Wolfgang Alles, *Für Einheitsfront gegen Faschismus*, Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930, Köln 2022, S. 58 f

2 Vgl. hierzu Georg Jungclas, „1. Mai 1933, Die Kapitulation der Gewerkschaft vor dem faschistischen Regime“, Theoriebeilage zu *Avanti*² von Mai 2023, unter <https://iso-4-rhein-neckar.de/1-mai-1933/> im Netz

3 ebda.

4 Vgl. hierzu z. B. <https://gegen-br-mobbing.de/firmen/prominent/299-betriebsratsmobbing-bei-prominent-das-berichten-beschaefigte> und <https://de.labournet.tv/betriebsratsmobbing-bei-prominent>

5 Zitiert nach Rüdiger Hachtmann, „Atomisierung, Entmündigung, Zwangsorganisation. Arbeitsrecht und Arbeitsverfassung im Dritten Reich“, in: Justizministerium des Landes NRW (Hg.), *Weichenstellungen im Arbeits- und Sozialrecht der Bundesrepublik*, Diktatorische Vergangenheit und demokratische Prägung, Düsseldorf 2013, S. 64

6 Zitiert nach Wolfgang Spohn, „Zur ‚Betriebsverfassung‘ im nationalsozialistischen Deutschland“, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Nr. 9/1984, S. 545

7 Vgl. Florian Strübig, „Nationalsozialistische Gesetzgebung auf dem Gebiet des Arbeitsrechts“, in: *Annali della Facoltà Giuridica dell'Università di Camerino*, Vol. XII (nuova serie), Camerino 2023, S. 487

8 Zitiert nach Spohn, a. a. O., S. 547

9 Vgl. hierzu Joost Beerwerth, „Die faschistischen Wurzeln des Arbeitsrechts“, in: *FORUM RECHT*, 03/2019, S. 93 und Roderich Wahsner, „Das Arbeitsrechtskartell – Die Restauration des kapitalistischen Arbeitsrechts in Westdeutschland nach 1945“, in: *Kritische Justiz*, 7/1974, S. 372

10 Vgl. z. B. Rolf Geffken „Faschismus im Arbeitsrecht“, Video Nr. 40 vom 5. April 2021, https://www.youtube.com/watch?v=XXAOIRcyc_M

11 Vgl. <https://gegen-br-mobbing.de/konferenz-br-im-visier/307-vortrag-verdachtskuendigungen-als-fortwirken-der-bestandteil-des-faschistischen-arbeitsunrechtes>

12 nd vom 26.04.2024, im Netz: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1181791.70-jahre-bundesarbeitsgericht-wir-muessen-die-liberale-demokratie-verteidigen.html>

13 ebda.

14 Vgl. <https://gegen-br-mobbing.de/konferenz-br-im-visier/307-vortrag-verdachtskuendigungen-als-fortwirken-der-bestandteil-des-faschistischen-arbeitsunrechtes>

15 Vgl. hierzu z. B. https://gegen-br-mobbing.de/images/PDF/Beschluss_B018.pdf und https://www.gegen-br-mobbing.de/images/BR-Mob-Bros-2016_sl.pdf

16 Zitiert nach <https://gegen-br-mobbing.de/konferenz-br-im-visier/307-vortrag-verdachtskuendigungen-als-fortwirkender-bestandteil-des-faschistischen-arbeitsunrechtes>



In seinem Buch *Mellopolis '48 – eine Reportage. Vision einer Gesellschaftsordnung nach der Überwindung des Kapitalismus* umreißt Jakob Schäfer die Vision einer Gesellschaftsordnung nach der Überwindung des Kapitalismus. Anhand einer fiktiven Reportage aus der „Stadt der Zukunft“ (Mellopolis) wird anschaulich, wie sich das gemeinschaftliche Leben in einer egalitären Gesellschaftsordnung abspielen könnte. Damit wird keine Prognose dargelegt und auch kein Plan entwickelt, wie die Mechanismen der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse abzulaufen haben. Die in der „Reportage“ zum Ausdruck kommende Vision vermittelt aber eine Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung, und zwar als eine Möglichkeit, nicht mehr, aber auch nicht weniger. 128 Seiten, 12,90 €; ISBN: 978-3-7003-2312-9

„EINE ARBEITERIN. LEBEN, ALTER UND STERBEN“

Gedanken anlässlich Eribons Buch – Versuch eines Beitrags zur marxistischen Anthropologie

■ Friedrich Voßkuhler

Ich mache mir im Folgenden Gedanken zu Didier Eribons Buch „Eine Arbeiterin. Leben, Alter und Sterben“ (Deutsche Übersetzung bei Suhrkamp, Berlin 2024). Es handelt sich bei meinem Text allerdings nicht im engeren Sinn um eine Rezension, vielmehr möchte ich das von Eribon Gesagte in einen größeren Zusammenhang stellen.

1. Einleitende Überlegungen und zwei rahmende Textstellen aus de Beauvoirs Essay „Das Alter“.

Wiewohl ich von Eribon ausgehe, kritisiere ich ihn an einigen wesentlichen Punkten. Selbstverständlich will ich dabei jedwede Art von Besserwisseri vermeiden. So etwas würde sich über die zweifelsfrei hohe Qualität des freilich zugleich problematischen Textes von Eribon erheben und in der Gefahr stehen, das nicht ernst zu nehmen, was zu bedenken uns durch sein Buch – ob man seinem theoretischen und politischen Zugriff nun zustimmen mag oder nicht – aufgetragen ist. Worin besteht das? Es besteht in der Notwendigkeit, das Schweigen zu durchbrechen, welches „Alter und Sterben“ aus dem öffentlichen Diskurs – dem marxistischen inklusive – ausschließt. Die marxistische Anthropologie, wie man sie meist verstand, und alles, was mit ihr zusammenhing, drehte sich im Wesentlichen um die Kategorie des gesellschaftlichen Fortschritts. Sie war von einem Glauben beseelt, der sich im Marxismus-Leninismus – Stalin brachte dies auf den Punkt – bis zu einer Geschichtstheorie aufspitzelte, die vorgab, eine wissenschaftlich valide

Kenntnis vom Ziel der Geschichte zu besitzen. Gemessen an diesem Ziel galt das Leben des einzelnen Menschen wenig. Der Massenmord begleitete den „Aufbau des Sozialismus“ nicht nur in der UdSSR, sondern auch in China in bestürzender Weise. Die Erfahrungen des „Archipels Gulag“ z.B. lassen sich nicht mehr aus dem kollektiven Gedächtnis der Menschen streichen. Schon von daher ist es angezeigt, sich der Faktizität des „Sterbens“ und des Verreckens – dieser ganzen einst für den „Aufbau des Sozialismus“ für unerlässlich befundenen Geschichte des Menschenopfers – zuzuwenden und nicht so tun, als würde die Zukunft das Leiden vergessen lassen bzw. ihm sogar einen Sinn verleihen können.

Das ist Eribon völlig klar. Er ist von der in Frankreich z.B. durch Sartre vorgenommenen Kritik am Stalinismus geprägt und von der intellektuellen Biografie vieler führender französischer Köpfe, die – meist vom Strukturalismus beeinflusst – wie etwa Foucault zu einer Theoriebildung in expliziter Abkehr von Marx gelangten. Eribon hat nicht zufällig eine bedeutende Foucault-Biografie geschrieben. Hinter der Theoriebildung, die Eribon mit Foucault aufgreift, steht u. a. die detailgenaue Arbeit an einer „Archäologie“ des Wissens, an der Entstehung der Disziplinar- und Kontrollgesellschaft, die den Humanismus destruierte und die Zivilisation jener Barbarei zutrieb, welche in den nationalsozialistischen KZs und im „Archipel Gulag“ zur Realität wurde. Eribon, der in seiner Jugend Trotzki war, ist sich dieses geschichtlichen Verhängnisses selbstverständlich bewusst.

Er, der schon früh u. a. durch sein spezifisches politisches Engagement und sein theoretisches philosophisches Interesse aus der weltanschaulichen und familiären Enge seiner Herkunft in der Arbeiterklasse auszubrechen versuchte und der dann Schritt für Schritt mit seinem Studium in Reims und Paris die Klasse wechselte, indem er sich – wie er es selbst formuliert – dem fortschrittlichen „Bildungsbürgertum“ anschloss, in dessen Mitte er journalistisch reüssierte und eine wissenschaftliche Karriere machte, konfrontierte sich schon 2009 (er wurde 1953 geboren) in seiner „Rückkehr nach Reims“ (Deutsch bei Suhrkamp, Berlin 2016) mit seiner proletarischen Herkunft und sieht sich jetzt durch seine Mutter der Erfahrung des „Alters“ und des „Sterbens“ „einer Arbeiterin“ ausgeliefert. Er, der die Klasse wechselte, kehrt durch das „Sterben“ seiner Mutter sozusagen in die Innenperspektive der Arbeiterklasse zurück und ist gleichzeitig als Intellektueller in der Position der Außenperspektive. Aus dieser Perspektive bringt er das „Leben“, das „Alter“ und das „Sterben“ seiner Mutter, der „Arbeiterin“, zur Sprache. Er bringt damit zur Sprache, was normalerweise zur Sprachlosigkeit verdammt ist. Durch ihn sinkt die Mutter nicht in ihre klassenspezifische Bedeutungslosigkeit ab, in die Bedeutungslosigkeit von Existenzen, deren Leben und deren Sterben niemals etwas gegolten haben. Unter anderem darum dreht sich das Buch Eribons. Und das ist wichtig genug. Allerdings ist für ihn der „Abschied vom Proletariat“ (André Gorz) nicht mehr revidierbar, zumal er der Ansicht ist, dass die Arbeiterklasse von sich selbst „Abschied“ genommen hat und nun in großen Teilen dem Rassemblement National hinterherläuft. Spätestens jetzt stirbt für ihn mit seiner Mutter auch jene Klasse endgültig dahin, aus der er stammt. Auch darum dreht sich das Buch Eribons. Und auch das ist wichtig genug.

Ein wesentlicher Referenzpunkt für Eribon ist der umfangreiche Essay „Das Alter“ (Paris 1970, ins Deutsche übersetzt bei Rowohlt, Hamburg 1977) von Simone de Beauvoir. Ich zitiere nach der 9. Auflage (Hamburg 2023). Die zwei Textstellen aus diesem Essay, die ich nun anführe, dienen meinen Gedanken als Rahmung. *Erste Textstelle:* „Hören wir auf, uns selbst zu belügen: der Sinn unseres Lebens ist in Frage gestellt durch die Zukunft, die uns erwartet; wir wissen nicht, wer wir sind, wenn wir nicht wissen, wer wir sein werden: Erkennen wir uns in diesem alten Mann, in jener alten Frau. Das ist unerlässlich, wenn wir unsere menschliche Situation als Ganzes akzeptieren wollen. Dann werden wir das Unglück des Alters nicht mehr gleichgültig hinnehmen, wir werden uns betroffen

fühlen: Wir sind es. Eklatant liegt das System der Ausbeutung bloß, in dem wir leben. Der Greis, der unfähig ist, selbst für seine Bedürfnisse aufzukommen, stellt immer eine Bürde dar. Aber in Gesellschaften, in denen eine gewisse Gleichheit herrscht – in einer ländlichen Gemeinschaft, bei einigen primitiven Völkern – weiß der reife Mensch, auch wenn er es nicht wahrhaben möchte, dass seine Stellung morgen jene sein wird, die er heute dem Alten zuweist“ (Simone de Beauvoir: *Das Alter*, S. 10). *Zweite Textstelle:* „Und hier liegt das Verbrechen unserer Gesellschaft. Ihre Alterspolitik ist ein Skandal. Skandalöser aber noch ist die Behandlung, die sie der Mehrzahl der Menschen in ihrer Jugend und im Erwachsenenalter angedeihen lässt. Dadurch bereitet sie schon früh die verstümmelten und elenden Lebensbedingungen vor, die das Los dieser Menschen in ihren letzten Jahren ist ... Deshalb sind alle Mittel, die zur Linderung der Not der Alten empfohlen werden, so unzulänglich: Keine davon vermag die systematische Zerstörung, der manche Menschen während ihrer gesamten Existenz ausgesetzt sind, wieder gutzumachen. Auch wenn man sie pflegt, ihre Gesundheit kann man ihnen nicht wieder zurückgeben. Damit, dass man ihnen menschenwürdige Altersheime baut, kann man ihnen nicht die Bildung, die Interessen und die Verantwortung vermitteln, die ihrem Leben einen Sinn gäben. Ich sage nicht, dass es vergeblich wäre, ihre Lebensbedingungen heute verbessern zu wollen; doch trägt dies in keiner Weise zu einer Lösung des eigentlichen Problems bei: Wie müsste eine Gesellschaft beschaffen sein, damit ein Mensch auch im Alter ein Mensch bleiben kann. Die Antwort ist einfach: Er muss immer schon als Mensch behandelt worden sein. Das Schicksal, das sie ihren nicht mehr arbeitsfähigen Mitgliedern bereitet, enthüllt den wahren Charakter der Gesellschaft; sie hat sie immer als Material betrachtet“ (*Das Alter*, S. 710f.). Und weiter: „Wenn man begriffen hat, was die Lebensbedingungen der alten Menschen bedeuten, wird man sich nicht damit begnügen, eine großzügige ‚Alterspolitik‘, eine Erhöhung der Renten, gesunde Wohnungen und Freizeitgestaltung zu fordern. Es geht um das ganze System, und die Forderung kann nur radikal sein: das Leben verändern“ (*Das Alter*, S. 712).

Um die „radikale“ „Forderung“, das „Leben“ zu „verändern“, geht es Eribon nicht. Er stellt nicht „das ganze System“ der „Ausbeutung“ und seiner Folgen in Frage. Er argumentiert nicht im marxistischen Sinn antikapitalistisch. Der Vergleich der letzten Zeilen seines Buches mit Simone de Beauvoir sprechen in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache. Diese letzten Zeilen lauten: „Dies ist

die fundamentale politische Frage: Wer spricht? Wer kann das Wort ergreifen? Und wenn dieser elementare politische Akt so vielen Menschen unzugänglich ist, Menschen, die zu einer der unterdrücktesten, entrechtetsten, verletzlichsten gesellschaftlichen Gruppe gehören, ist es dann nicht Aufgabe von Autorinnen, Künstlern und Intellektuellen, über sie und für sie zu sprechen, sie sichtbar zu machen und die Leute zu ‚zwingen‘, ... ihnen zuzuhören? Wenn alte Menschen keine Stimme haben oder nicht mehr haben oder sogar, im Fall Pflegebedürftiger, nicht mehr haben *können* – sind dann nicht andere aufgerufen, ihnen eine Stimme zu geben?“ (Eine Arbeiterin, S. 271). Nun gut! Aber ändert sich dadurch das Leben, das zu leben sie gezwungen waren? Ändert das etwas an der Mühle der Kapitalverwertung, welche ihr Leben als „Material“ benutzte und verschliss? Selbstverständlich nicht. An dieser Stelle ist Eribon von Grund auf zu korrigieren. Deswegen werde ich nun von de Beauvoir ausgehen und mich etwas genauer mit den aus ihrem Essay aufgenommenen Textstellen beschäftigen. Sie rücken Eribon grade.

2. Alter und Sterben aus der Perspektive der „radikalen“ „Veränderung“ des Lebens

De Beauvoirs Ausführungen kreisen um zwei Punkte. Der *erste Punkt* ist der, dass wir aufhören sollten, „uns selbst zu belügen“, denn stets werde der „Sinn unseres Lebens“ „durch die Zukunft in Frage gestellt“, die jedem von uns bevorstehe. Welche „Zukunft“? Das „Alter“, der Verlust der Fähigkeiten, sein Leben selbständig zu führen, der Zerfall des Körpers zusammen mit der Trübung des Verstandes etc., und zuletzt das „Sterben“, das alles auslöscht, was sich ein Mensch als seinen Lebensentwurf – als seinen „Sinn“ – einst vorgenommen hatte. Diesem unumgänglichen, schicksalhaften Prozess könne kein Mensch als endliches Lebewesen ausweichen. De Beauvoir fordert dazu auf, sich dem illusionslos zu stellen. Für den einzelnen Menschen bedeute sein Sterben das Ende seines je eigenen „Sinns“. Genau das sei seine „Zukunft“ als einzelner Mensch. Eine andere habe er nicht. Dies zu akzeptieren heißt nach de Beauvoir, „die menschliche Situation als Ganzes“ zu „akzeptieren“. Die „Zukunft“ des Lebens des Einzelnen ist das Sterben. Wer das nicht akzeptiert, will mit dem Leben nichts zu tun haben. Das Urteil, welches daraus z.B. für die „kommunistischen“ Parteien zu ziehen ist, die ihre Führer einbalsamierten, kann daher nur vernichtend sein. Ob wir nun unseren Blick hinauf zur „Idee des Guten“ richten sollen wie bei Platon, um dadurch der Wahrheit des Seins im Ganzen ansichtig zu werden, oder

ob wir uns – wenn es auch erhebliche Opfer kostet – um eines zukünftigen Glücks willen auf Erden dem Ziel der Geschichte beugen sollen, jedes Mal spielt der sterbliche Mensch keine Rolle, jedes Mal wird sein Geschick übergegangen, dass seine einzige wirkliche „Zukunft“ das „Alter“ und das „Sterben“ sein werden. Oder anders gesagt: Jedes Mal spielt sein Leben keine Rolle. Jedes Mal wird nicht danach gefragt, ob denn die Menschen während ihres Lebens tatsächlich als Menschen und nicht als „Material“ für eine Zukunft galten, die mit ihnen im Grunde nichts zu tun haben wollte. In dieser Hinsicht sind alle hohen politischen und philosophischen Konzeptionen nicht besser als der Kapitalismus, dem die Menschen ohnehin nur als „Material“ für die „Verwertung des Werts“ dienen. Er ist gegenüber den hohen Konzeptionen allerdings von nicht zu überbietender Deutlichkeit. Er sagt schlicht und einfach, dass es keine Zukunft über ihn hinaus geben könne, dass man sich da nichts vormachen solle, weil er das „Ende der Geschichte“ sei. Dass dies so ist, impft er den Menschen durch das Mittel seiner Selbstfetischisierung ein, dadurch, dass er sie lehrt, die „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ sei ein gleichsam natürlicher Sachverhalt, an dem daher nichts zu ändern sei.

Der *zweite Punkt* bei de Beauvoir ist ihre Forderung der „radikalen“ „Veränderung“ des Lebens. Ohne Zweifel besteht für sie diese „Veränderung“ darin, dass der „menschlichen Situation als Ganzes“ Gerechtigkeit widerfährt, mit anderen Worten, dass das Leben des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt rückt und ihm die Würde eingeräumt wird, als Mensch zu gelten und als Mensch seinem „Alter“ und seinem „Sterben“ entgegenzugehen. Letzteres setzt den Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise voraus, denn ohne diesen Bruch kann es keine gesellschaftliche Lebensweise geben, für die der Mensch als „Wert“ und „Zweck“ „an sich selbst“ (Kant) gilt und nicht mehr als „Material“ für einen fremden Zweck, sprich: den Profit. Die von de Beauvoir geforderte „radikale“ „Veränderung“ des Lebens geht also auf eine kommunistische Lebensweise hinaus. Für sie ist der Kommunismus im Wesentlichen eine Lebensform. Er ist dadurch bestimmt, wie die Menschen miteinander umgehen, wie sie ihre Verhältnisse untereinander und mit der Natur regeln und welchen Stellenwert dabei der „menschlichen Situation als Ganzes“ eingeräumt wird. Man kann ihre Positionierung gegenüber dem Marxismus daher eine existenzialistische nennen. Den Dogmatismus des stalinistischen Marxismus-Leninismus lehnt sie ab, weil durch ihn der existierende leiblich-sinnliche Mensch unter die Räder kommt, der

seinen eigenen Lebensentwurf leben will, ohne dass er in die Zwangsapparatur einer ihm verordneten Sinngebung eingespannt wird. Sartres „Marxismus und Existentialismus“ (Paris 1960. Deutsch bei Rowohlt, Hamburg 1964) sagt dazu das Notwendige.

Ich möchte diesen Punkt im Folgenden etwas vertiefen. Dazu greife ich auf die von Marx in seinen „Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten“ (1844) skizzierte Anthropologie zurück. Aus Platzgründen möchte ich dabei bis auf eine Ausnahme auf die einschlägigen Zitate verzichten, außerdem wähle ich eine Ausdrucksweise, die nicht einfach die Marxschen Termini wiederholt, sondern die seine Anthropologie auf die Ebene der hier zu behandelnden Problematik hebt. Die „menschliche Situation als Ganzes“, die „conditio humana“, ist nicht einfach mit den Mitteln des Existentialismus zu begreifen, sondern sie ist im Wesentlichen dadurch bestimmt, dass der Mensch sich selbst erzeugt, indem er gleichzeitig die Natur in „Zustände“ versetzt, in denen er als „instinktreduziertes“ (Gehlen, Löwith u. a.) und nicht auf eine spezifische Umwelt fixiertes Wesen zu leben vermag. Durch seine Auseinandersetzung mit ihr erfährt die Natur eine „menschliche Geschichte“, in die die die Geschichte des Menschen als die Geschichte seiner Selbsterzeugung durch Arbeit eingebunden ist. Die „menschliche Geschichte der Natur“ (Serge Moscovici) ist also zugleich ein wesentlicher Teil der Geschichte des Menschen. Diesen Zusammenhang drückt Marx mit den Begriffen der Humanisierung der Natur und zugleich der Naturalisierung des Menschen aus. Sicher sind die Sinnesorgane naturgegeben, aber ein Ohr wird erst dadurch ein menschliches Ohr, dass sich seine Eigenschaften den Aufgaben entsprechend, die an es gestellt werden, differenzieren und entwickeln. Bis dahin, dass ihm der Sinn der Sprache offenbar wird und durch Beethoven und andere der Ton als Ton, die Harmonie als Harmonie, der Missklang als Missklang. Beim Auge gilt, dass es ein menschliches Auge wird, wenn ihm die Hand den Gegenstand, den sie ergreift, zu Gesicht bringt, wenn das Auge das von der Hand Ergriffene und zugleich ‚Begriffene‘ sieht und in die Lage versetzt wird, das, was die Dinge an sich selbst sind, zu schauen. Wovon ja nun die ganze Geschichte der Philosophie ihren Ausgang genommen hat. Ohne auf die anderen Sinnesorgane einzugehen, kann man ganz allgemein sagen, dass den Menschen der Sinn dessen, was ist, durch ihre Sinne, an die das Gehirn gekoppelt ist, aufgeht. Indem die Menschen sich durch Arbeit selbst erzeugen – ein Prozess, in den das Menschlichwerden ihrer Sinne eingebunden ist – verleihen sie dem, was ist, Sinn, man

kann auch sagen: eine bis zum wissenschaftlichen Begreifen hinaufreichende Bedeutung. Dieser Sinn ist zugleich ein gemeinschaftlicher. Die Menschen teilen den Sinn desjenigen, was sie als ihre Welt hervorbringen. Das, was sie jeweils als Einzelne sind, können sie nur als Teile des gemeinschaftlichen Sinns realisieren. Indem das Kapital die Welt okkupiert und ihr seinen Sinn (den Profit als leitenden „Zweck“) aufherrscht, beraubt er die Menschen ihres gemeinsamen Sinns. Das betrifft nicht nur die „Gattung“ Mensch, sondern auch jeden Einzelnen, die Mitglieder der Arbeiterklasse in einem ganz besonderen Maß. Darauf reduziert, ihr gesamtes Arbeitsleben ausschließlich der Reproduktion ihrer Arbeitskraft widmen zu müssen, sind sie dem Schicksal der intellektuellen und sinnlichen Verarmung ausgeliefert, sind sie dazu ‚verdammte‘, dass es, wie sich Marx 1844 ausdrückt, zu dem „Resultat“ kommt, „dass der Mensch (der Arbeiter) nur mehr in seinen thierischen Funktionen, Essen, Trinken und Zeugen, höchstens noch Wohnung, Schmuck, etc. sich als freithätig fühlt, und in seinen menschlichen Funktionen nur mehr als Thier. Das Thierische wird das Menschliche und das Menschliche das Thierische“ (Karl Marx: Ökonomisch-Philosophische Manuskripte. Frankfurt 2009, S. 88). Diese „Armut“ ist Ergebnis des Raubs des Sinns der gemeinsam erzeugten Welt, ist das Ergebnis dessen, dass der an Fähigkeiten, Fertigkeiten und differenzierter Sinnlichkeit etc. „reiche Mensch“ (Marx) verhindert wird. Kurz: Sie ist das Ergebnis der Verhinderung des geschichtlich möglich gewordenen „menschlichen Menschen“ (Marx).

Eribons Mutter ist ein Beispiel dafür. Bei immer brüllend laut laufendem Fernseher, die Soaps konsumierend, die ihr etwas anderes vorgaukeln als ihr eigenes Leben in einer kleinen Sozialwohnung – bar der Kontakte im alten Kiez –, vergammelt sie bei lebendigem Leib. Bei all ihrer Arbeit – in der Fabrik und abends als Hausfrau und Mutter von vier Kindern – hat sie niemals ihrer Existenz einen Sinn verleihen können, der über die Reproduktion ihrer eigenen Arbeitskraft, der ihres Mannes und die Sorge um die Kinder hinausging. Gänzlich jeder Bedeutung entblößt, da sie in Rente ist, der Mann starb und ihre Kinder schon längst aus dem Haus sind, ist sie nun endgültig auf das „Thierische“ reduziert. Das ist ihr Alter. Ihr Alter ist also so trostlos wie ihr Leben. Und ihr Sterben wird nicht anders sein als ihr Leben und ihr Alter: ein jeden Sinn auslöschendes Fazit eines Lebens, welches sich allerdings nie einen Sinn zu geben vermochte. Sie hatte nie eine Zukunft bzw. ihre Zukunft war von Anfang an das Sterben. Eribon beschreibt das und nimmt Anteil, aber er begreift es nicht.

Wenn er es begriffen hätte, hätte er sich der Forderung nach der „radikalen“ „Veränderung“ des Lebens angeschlossen.

Was lässt sich aber nun unter dieser „radikalen“ „Veränderung“ verstehen? In ihrer umfassendsten Bedeutung die Aneignung des Sinns ihres gemeinsamen Werks, der Welt, durch die Arbeitenden. Genauer: Die Aneignung sowohl der objektiven materiellen Voraussetzungen des Lebens als auch der subjektiven Lebensmöglichkeiten, die die objektiven Bedingungen bieten. Es geht um beides: um den objektiv gewordenen Sinn der gemeinsamen Welt und den subjektiven Sinn der gemeinsamen Welt für die Lebensführung des Einzelnen. Beides ist der Kern desjenigen, was man landläufig als Vergesellschaftung bezeichnet. Dass die gesellschaftlich relevanten Produktionsmittel zu diesem Zweck in Gemeineigentum übergehen müssen, ist dafür die *conditio sine qua non*. Ohne eine Leben, Produktion und Konsumtion umfassende „Kommunalverfassung“ (Marx), die auf einem Rätssystem basiert, ist das sicherlich nicht möglich.

Alles dies bedeutet in seiner Gänze den „radikalen“ Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise. Wobei die „Selbstorganisation der Produzenten“ sogar die Möglichkeit bietet, den Selbstorganisationsprozessen der Natur gerecht werden zu können und *a la longue* aus der vom Kapitalismus in die Wege geleiteten ökologischen Krise herauszukommen. Das alles stellt schon eine „radikale“ „Veränderung“ größten Ausmaßes dar.

Mit ihr verbunden geht aber eine „radikale“ „Veränderung“ des Lebens selbst einher, nämlich die mühevoll Überwindung der Despotie der „Ware“, die bis dato in die menschlichen Beziehungen hinreichte und auch die Lebensentwürfe der Einzelnen im Griff hatte. Diese „Veränderung“ des Lebens betrifft das Verhältnis der Menschen zu sich selbst und zu einander. Sie stellt die bestehende Geschlechterbeziehung in Frage, das familiäre Zusammenleben in der jetzigen Form, die städtische Lebensweise und vieles mehr. Die Rede von dem „Recht auf Stadt“ untertreibt da noch, da es um die „radikale“ „Veränderung“ des „Alltagsleben“ (Lefbvre) geht, gewissermaßen um seine Neuerfindung. Das reicht u. a. bis in den Wohnungsbau und überhaupt in die Städteplanung hinein. Jakob Schäfers utopischer Entwurf in „Mellopolis '48“ (Wien 2023) zeigt dazu einiges auf, worauf ich jetzt nicht näher eingehen will.

Was folgt daraus für das „Leben“, das „Alter“ und das „Sterben“? Dies, dass das „Alter“, wenn das „Leben“ einen Sinn hatte, da es am gemeinsamen Werk teilhatte, nicht

so erfahren werden muss wie von der Mutter Eribons. Wieso? Weil sie die Chance sinnlicher und intellektueller Differenzierung hatte. Weil sie als Mensch sich einen Sinn verleihen konnte und nicht zur Hölle des Zusammenlebens mit einem Mann verdammt war, den sie nicht liebte. Weil sie an der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft teilnehmen konnte. Weil sie deswegen eine Zukunft hatte und nicht zu einer ewig sich wiederholenden sinnlosen Gegenwart verurteilt war. Weil sie nun die Möglichkeit hat, von denen, mit denen sie den gemeinsamen Sinn teilt, bis ins Alter hinein begleitet zu werden, Wieso? Weil dieser Sinn das Bewusstsein dafür schärft, dass das „Alter“ als Zukunft des Lebens nicht im Widerspruch zum „Leben“ stehen darf, weil sonst am „Leben“ nichts dran war. Der geteilte Sinn darf sich nicht dem „Alter“ verweigern. Das wäre seine Negation.

Und wie steht es mit dem „Sterben“? Es ist selbstverständlich so, wie es de Beauvoir sagt, dass dem Leben des Einzelnen dabei ein absolutes Ende gesetzt wird. Es ist selbstverständlich so, dass auch aller im Leben geteilter gemeinsamer Sinn nicht das Furchtbare verhindert, dass z.B. der Sterbende, der erstickt, weil ihm die Lungen zulaufen, mit den Händen um sich greift, um Hilfe zu erhalten. Es ist selbstverständlich so, dass auch dann, wenn man seine Hände ergreift, alle Hilfe vergeblich ist, weil das, was da passiert, ‚größer‘ und endgültiger ist als alles, womit sich der im Leben Stehende über manches hinweghilft.

Man kann medizinisch das Sterben leichter machen, der Schritt ins Nichts aber kann nicht verhindert werden. Welche Erfahrungen der Sterbende dabei angeblich macht, darüber verfasste Frau Kübler-Ross eine Stufentheorie des Sterbens, die letzterem, wie ich denke, das Furchtbare nehmen wollte. Sie selbst wehrte sich, als es soweit war, mit ‚Händen und Füßen‘ gegen das Sterben. Ich lasse also alle Spekulationen, die dem Sterben den Stachel ziehen wollen, weg und beschränke mich auf die Erfahrung, welche die Hinterbliebenen machen, nämlich die Erfahrung der Endlichkeit des Lebens in seiner letztthinigen und brutalen Form.

Die Erfahrung der Endlichkeit des Lebens, und das ist stets die Erfahrung der Endlichkeit des einzelnen Lebens, ist eine Grundbedingung dafür, sein Leben als absoluten „Wert an sich selbst“ wahrzunehmen. Keine Anthropologie, in Sonderheit keine marxistische, kann ohne die Achtung vor diesem absoluten Wert auskommen. Jede geschichtliche Vision, die diese Achtung nicht kennt, fällt letztlich der Inhumanität anheim, gerade und auch die kommunistische Vision. Sicherlich: Der Mensch bringt sich mit Hilfe der Kräfte der Natur selbst hervor. Aber er stößt

dabei immer an die Grenze seines Tuns, denn das „Sterben“ wirft ihn immerfort auf den Sachverhalt zurück, dass er das Leben in seiner Gänze nicht in der Hand hat und dass er mit ihm nicht machen kann, was er will. Die Voraussetzungen seines Tuns sind die Existenz der Natur und die Endlichkeit seines ihr entstammenden Lebens. Vor beiden hat er sich zu verantworten. Diese doppelte Verantwortung gehört mit Notwendigkeit in die marxistische Anthropologie hinein. Letztere hat sich allerdings nie darum geschert.

3. Klassenbewusstsein, Rechtsruck und kommunistische Aufgabe

Bei den Besuchen in Reims und im Altersheim wird Eribon damit konfrontiert, dass seine Mutter, die stets wie die meisten Arbeiter in ihrem Kiez die KPF wählte, nun Wählerin des Rassemblement National geworden ist. Offensichtlich hat sie politisch die Fronten gewechselt. Aber ist sie nicht nach wie vor eine „Arbeiterin“? Hat sie als „Arbeiterin“ die politischen Fronten gewechselt? Und wenn das nicht verneint werden kann, äußert sich ihr Klassenbewusstsein nun mit der Wahl des Rassemblement National anders? Es sieht so aus. Ist das Rassemblement National vielleicht eine Arbeiterpartei – und wenn das ohne Frage nicht so ist – ist es eine Partei der Arbeiter und Arbeiterinnen geworden wie etwa im Fall von Frau Eribon? Wie konnte dies geschehen? Durch die Auflösung der Arbeiterklasse? Das wohl kaum. Durch eine Umorientierung der Arbeiterklasse? Das wohl eher.

Wieso aber orientierte sich die Arbeiterklasse in nicht geringen Teilen um? Weil sie sich selbst verriet, oder weil ihr die sozioökonomische Entwicklung seit Ende des letzten Jahrhunderts die Identität raubte und ihre ehemaligen Führer nicht in der Lage waren, dieser Entwicklung Paroli zu bieten oder beim Durchmarsch des Neoliberalismus wie die Sozialdemokraten (Sozialisten) sogar nach hilfreich waren? Ich denke, dass viel für diese Annahme spricht. „Das ‚Klassenbewusstsein‘ oder zumindest – denn das ist nicht dasselbe – das Bewusstsein, dass man ein und derselben Klasse angehörte (‚wir Arbeiter‘), weil man unter denselben Arbeitsbedingungen litt und dieselben sich aus diesen Arbeitsbedingungen ergebenden Interessen hatte, beruhte einerseits auf dem materiellen Rahmen der Existenz (der Fabrik, der Nachbarschaft), andererseits auf den Organisationsformen, die diesen sozialen Situationen ihren Sinn gaben: den Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei (die selbst wenn man kein Mitglied war, Bilder und Symbole verbreiteten, die alle kannten, und damit die Selbstwahrnehmung prägten)“ (Eine Arbeiterin, S. 208).

Man muss nicht nach Frankreich reisen. Es reicht z.B. ein Gang durch den ehemaligen „Roten Wedding“ vom Nettelbeckplatz aus an der Panke entlang bis zum Bahnhof Gesundbrunnen, um in Erfahrung zu bringen, dass es die Konzentration der Arbeiterschaft so nicht mehr gibt. Der alte Kiez ist schon lange aufgelöst, die Fabriken gibt es bis auf Schering (jetzt Bayer Pharma) nicht mehr, der Neoliberalismus hat dem allen den Rest gegeben. Durch die Bildungsexpansion, das Entstehen der sogenannten Wissensgesellschaft und die damit zusammenhängende Umorientierung auf die sogenannte „biopolitische Produktion“ ist ein Pluriversum des Proletariats entstanden mit einer „neuen Mittelklasse“ (Reckwitz) als Ergebnis der durchgreifenden Informatisierung der Arbeit. Hand und Kopf sind voneinander getrennt. Der Kopf betreibt das Geschäft des Kapitals und stellt ihm die informationstechnischen Tools zur Verfügung, die es braucht, und darüber hinaus noch die Bilder und Erzählungen, die seine Fetischisierung wasserdicht machen sollen.

Die Kommunistische Partei (KPD) gibt es in Deutschland schon lange nicht mehr, bzw. die, die es noch gibt, die DKP, ist durch die Erfahrung mit der Diktatur der SED desavouiert. Es gibt wie in Frankreich keine „Bilder und Symbole“, die wie vormals die „Selbstwahrnehmung“ der Arbeiterklasse ermöglichten. Und die Gruppen der übrig gebliebenen oder neu formierten revolutionären Linken greifen zwar oft auf die einstigen „Symbole“ zurück, können aber mit ihnen die arbeitenden Menschen nicht mehr erreichen. Die Identität der Arbeiterklasse scheint verloren gegangen zu sein, wiewohl es nach wie vor den gesellschaftlichen „Gesamtarbeiter“ gibt, der auf die Beine stellt, worüber das Kapital verfügt. Der „Bartel“ kann eben nur von dort den Most herholen, wo die Apfelbäume wachsen, die Früchte geerntet werden und die Kelter bedient wird.

Die materielle Basis der Gesellschaft wird nicht vom kapitalistischen Management geschaffen und auch nicht in den Werbeagenturen erzeugt, wo vornehmlich die „neue Mittelklasse“ beschäftigt ist. So sitzt denn Frau Eribon mit ihrem Freund, einem alten Arbeiter und einstigen kommunistische Wähler, der herausposaunt, dass Frankreich einen Hitler benötige, auf der Couch in ihrer Wohnung und hat ihren Sohn zu Besuch, dem ihr Freund mit seinem rechtsradikalen Bekenntnis die Verachtung aller linksbürgerlichen Besserwisserei entgegenschleudert. Es wird deutlich, dass der „Arbeiterin“ und ihrem Freund das intellektuelle Geschwätz derjenigen auf die Nerven geht, die immer alles besser wissen, die die Moral für sich gepachtet haben und permanent die Sentenzen ihrer ‚political

correctness' deklamieren, jedoch mit der um ihre Identität beraubten Arbeiterklasse nichts zu tun haben (wollen), mögen sie auch das Gegenteil behaupten.

Es ist in der Tat so: In dem rechtsradikalen Bekenntnis von Eribons Mutter und ihrem Freund drückt sich das Bewusstsein der Klasse aus, die das Ziel ihrer Zukunft jenseits des Kapitalismus verloren hat. Und woher kommt der Rassismus, der in ihr Platz gegriffen hat? Eribon erklärt sich das im Bezug auf seine Mutter folgendermaßen: „War die soziale Gewalt und Deklassierung, die Erniedrigung, die meine Mutter ihr Leben lang erfahren hatte, im Zuge eines ... sozialpsychologischen Umwandlungsprozesses zu einer unaufhörlichen verbalen Gewalt gegen jene Menschen geworden, auf die herabzublicken sie sich im Recht fühlte? Bourdieu hat dies als ‚Verstetigung sozialer Gewalt‘ beschrieben: Wo Gewalt passiert, entsteht neue Gewalt; wer Opfer von Gewalt geworden ist, reproduziert diese gegenüber anderen. Die Vehemenz, mit der meine Mutter die Menschen, die sie im Fernsehen sah, beschimpfte, hatte meiner Ansicht nach keine andere Bedeutung als diese: Als ewig Abgewertete lebte sie durch die zum Ausdruck gebrachte Verachtung das einzige Überlegenheitsgefühl aus, das man ihr gesellschaftlich zugestand, das Privileg und traurige Distinktionsmerkmal, nicht jener Gruppe zuzugehören, deren Mitglieder so stigmatisiert und stigmatisierbar sind, dass selbst jemand wie meine Mutter sie abwerten und beleidigen konnte. Als könnte sie dadurch, dass sie sich zur Abwechslung einmal selbst in der Lage sah, andere zu erniedrigen – und sei es nur fiktiv, allein vor dem Fernseher – Rache dafür nehmen, dass sie ihr Leben lang zu den Erniedrigten gehört hatte“ (Die Arbeiterin, S. 185f.).

So sitzt denn die Mutter Eribons mit ihrem Freund – ihrer Hoffnung auf eine menschliche Zukunft jenseits des Kapitalismus entblöbt – auf der Couch in ihrer Zweizimmersozialwohnung, schaut sich im Fernsehen die Soaps an, die ihr ein Glück vorgaukeln, welches sie nie hatte, gibt rassistische Kommentare von sich und wählt das Rassemblement National, um dem korrupten Gesindel der herrschenden Elite den Marsch zu blasen. Sie äußert auf diese Weise den Standpunkt ihrer Klasse und liefert dabei gleichzeitig ihr Klasseninteresse denjenigen aus, die einen autoritären Kapitalismus vertreten und ausnutzen, dass der Arbeiterklasse die Zukunft verlorenging.

Um ihr Leben betrogen, mit keiner anderen „Zukunft“ als einem jämmerlichen Verrecken, liefert sie letztlich die Zukunft ihrer Klasse denjenigen aus, die mit dieser Zukunft nichts am Hut haben, sondern sie – wie im Nationalsozialismus – zertreten wollen. Das ist die grausige

Dialektik des Knechtsbewusstseins, von der schon Hegel in seiner „Phänomenologie des Geistes“ (1807) sprach.

Von alledem spricht Eribon nicht. Er spricht auch nicht von der kommunistischen Aufgabe, die sich angesichts der ökologischen Krise mit Nachdruck aufdrängt, nämlich Punkte eines gemeinsamen politischen Agierens zu unterstützen und den Standpunkt stark zu machen, dass es der Zusammenarbeit von Kopf und Hand, Intelligenz und materieller Arbeit bedarf, der Überwindung des Gegensatzes von Stadt und Land, um die ökologische Krise bewältigen zu können.

Sicherlich kann dabei die Vorstellung einer umfassenden „Kommunalverfassung“ gute Dienste leisten, für die das Zusammenwirken von Leben und Produktion, politischer Selbstorganisation und Naturkompatibilität eine wesentliche Zielsetzung ist. Wenn man dafür den Begriff der „sozialen Ökologie“ entlehnt, dann ist ganz sicher sie es, die die Vision einer kommunistischen Zukunft bewahrt und politisch-praktisch konkretisiert.

Den Zusammenhang von „Kommunalverfassung“ und „sozialer Ökologie“ kann ich hier aus Platzgründen allerdings nur andeuten. Ich werde auf ihn in einem gesonderten Artikel zurückkommen. Eribons Buch über das „Leben“, das „Alter“ und das „Sterben“ einer „Arbeiterin“ hat dies alles jedenfalls nicht im Blick. Und so stirbt ihm mit seiner Mutter auch die eigene Zukunft hinweg. Das weiß er aber nicht.

Und das ist das Manko seines Buches, welches uns allerdings vor die Notwendigkeit stellt, die marxistische Anthropologie um den ganzen Komplex des „Alters“ und des „Sterbens“ zu erweitern. Wenigstens das. Weswegen ich meinen Artikel auch als einen Beitrag zur marxistischen Anthropologie verstanden wissen will.



KEINE LÖSUNGEN IM ANGEBOT

Massud Peseschkian wurde auf einer Welle der Ernüchterung gewählt. Die Autorin geht auf die Herausforderungen ein, vor denen der neue Präsident steht.

■ **Yassamine Mather**

Ähnlich wie Keir Starmer hat auch Massud Peseschkian, Irans neu gewählter „reformorientierter“ Präsident, im Wahlkampf nicht viele konkrete Versprechen gemacht. Die 16,4 Millionen Stimmen (55 %), die er erhielt, waren eher gegen Sa'id Dschalili gerichtet, seinen Konkurrenten in der zweiten Runde, als dass sie eine Unterstützung für ihn zum Ausdruck gebracht hätten.

Dschalili galt als Verfechter der Politik unter dem verhassten, erzkonservativen früheren Präsidenten Ebrahim Raisi – er war und ist ein Gegner des Atomdeals, den Teheran 2015 mit den westlichen Großmächten geschlossen hat. Einige Jahre vor dem Abkommen war Dschalili von 2007 bis 2012 Irans oberster Atomverhandlungsführer – eine Zeit, in der Iran in den Verhandlungen eine aggressive und kompromisslose Haltung einnahm. Diese Zeit fiel mit dem ersten Paket der gegen das Land verhängten umfangreichen Sanktionen zusammen.

In den letzten Wochen haben viele Menschen darauf hingewiesen, dass die Sanktionen keineswegs die politischen Führer des Irans treffen, sondern vielen von ihnen und ihren Verwandten sogar die Möglichkeit geben, Multimillionäre – in einigen Fällen sogar Milliardäre – zu werden. Die meisten dieser Personen verschieben ihre illegal erworbenen Gewinne regelmäßig ins Ausland auf Konten von Verwandten oder auf Offshore-Bankkonten, ohne dass sie mit Sanktionen rechnen müssen. Gleichzeitig leidet die einfache Bevölkerung unter den Preissteige-

rungen und grassierender Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung, was ihnen das Leben extrem schwer macht.

Zweite Runde

Am Morgen des 6. Juli, dem Tag nach dem zweiten Wahlgang, schienen die meisten, die den Sieg von Peseschkian feierten, erleichtert darüber zu sein, dass die beiden wichtigsten konservativen Kandidaten und Vertreter einer korrupten Bande von Reaktionären, Sa'id Dschalili und Mohammad Bagher Qalibaf, unterlegen waren. Kurz danach ergingen sich – laut Website Amwadsch – die Fraktionen des konservativen Lagers in gegenseitigen Vorwürfen und beschuldigten ihre Kontrahenten, sich nicht geeinigt zu haben.

Konservative Politiker haben eine bereits im Vorfeld der Wahlen gemutmaßte Intervention des Befehlshabers der Quds-Truppe [internationale Abteilung der iranischen Revolutionsgarden (IRGC)] bestätigt. Esmail Qa'ani [General der Revolutionsgarden] soll versucht haben, Dschalili dazu zu bringen, zugunsten von Qalibaf zurückzutreten – ein Schritt, der dem Militärkommandeur zum Verhängnis werden könnte.

Niemand zweifelt daran, dass Qalibaf der Kandidat des verhassten IRGC war.

Wie ich jedoch letzte Woche schrieb¹ sollte niemand viel von der neuen Regierung erwarten. Die Befürworter der „Reform“-Fraktionen der Islamischen Republik führen aus: Die Tatsache, dass Peseschkian kandidieren durfte –

und dass die Stimmen nicht „manipuliert“ wurden, um einen Sieg der Konservativen herbeizuführen – beweist, dass der *Oberste Führer* Ali Chamenei an einer Einigung mit den USA interessiert ist. Es gibt keinen Zweifel daran, dass Chamenei mit einer „reformerisch“ geführten Regierung Flexibilität in der Außenpolitik demonstrieren kann, ohne sein Gesicht zu verlieren (was unter Raisi schwieriger war).

In seiner Erklärung, in der er Peseschkian zu seinem Wahlerfolg gratulierte, riet der oberste Führer dem gewählten Präsidenten jedoch, „den Weg“ von Raisi weiterzugehen und „die vielfältigen Kapazitäten im Land zu nutzen“. Anschließend kamen die beiden zu einem fünfständigen Treffen zusammen. Wir werden mehr über den Kurs des Irans sagen können, sobald Peseschkian sein Kabinett nominiert hat.

Angesichts der wichtigen Rolle des ehemaligen Außenministers [2013–2019] Mohammad Javad Zarif bei den Präsidentschaftswahlen gibt es reichlich Spekulationen, dass er in dieses Amt zurückkehren könnte. Auf einer Wahlkampfveranstaltung zur Unterstützung von Peseschkian am 3. Juli forderte Zarif die Wähler auf, „diejenigen abzuweisen, die außer Sanktionen, Demütigung und Elend nichts für das Land erreicht haben“. Am Tag nach dem zweiten Wahlgang schrieb Zarif auf Twitter, dass der Iran unter Peseschkian „geenter, entschlossener und besser denn je darauf vorbereitet sein wird, seine Herausforderungen zu bewältigen, seine Beziehungen zu den Nachbarländern zu stärken und seine Rolle in der entstehenden globalen Ordnung zu behaupten“.

Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass Zarif für das iranische Parlament, das weiterhin von den Konservativen unter der Führung von Qalibaf beherrscht wird, akzeptabel ist – es sei denn, der *Oberste Führer* greift ein. Der designierte Präsident traf sich auch mit seinem ehemaligen Rivalen Qalibaf, der Sprecher des Madschles [des iranischen Parlaments] ist, so dass wir davon ausgehen, dass es bei diesem Treffen um die Rolle des Madschles bei der Billigung oder Ablehnung von Ministerkandidaten ging.

Begrenzungen

Peschkian wird bald die Grenzen des höchsten Regierungsamtes in der Islamischen Republik Iran kennenlernen. Die Erfahrungen seiner Vorgänger, der „Reformer“ Mohammad Chatami (1997–2005) und Hassan Rohani (2013–21), belegen dies zur Genüge.

Zunächst steht er vor der Aufgabe, die Hindernisse zu überwinden, die von den konservativeren Fraktionen aufgebaut werden. Während seiner Präsidentschaft sah sich

Chatami regelmäßig mit Protesten und Demonstrationen von Gruppen wie Ansar-e Hisbollah, kuttentragenden Demonstrantinnen und Motorradfahrern der Basidsch (Miliz) konfrontiert, die sich über die Toleranz der Regierung gegenüber „antiislamischem“ Verhalten ärgerten, sowie mit der Verhaftung und Inhaftierung von Journalisten (sogar einiger Unterstützer des Präsidenten sowie Kritiker des Regimes). All dies stellte die Regierung vor große Probleme.

Eine der bedeutendsten Herausforderungen in der Vergangenheit war ein Schreiben von 24 hochrangigen IRGC-Kommandeuren an den seinerzeitigen Präsidenten. Nach einem Zwischenfall an der Teheraner Universität im Juli 1999 warnten sie, dass „unsere Geduld am Ende ist“ und sie Maßnahmen ergreifen würden, wenn die Proteste der Studierenden nicht beendet würden. Dieser Brief war eine kaum versteckte Drohung gegen die zweitmächtigste Person in der Islamischen Republik und wurde von einigen als Anspielung auf einen Staatsstreich verstanden.

Während der Präsidentschaft von Hassan Rohani gab es Probleme und Herausforderungen anderer Art. So genannte „autonome“ Gruppen wurden aktiv. Die Öffentlichkeit erwartete von der „Regierung der Hoffnung“ (Rohani) eine Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen. Die Unfähigkeit der Regierung, die gemachten Versprechungen einzulösen, führte zu den blutigen Protesten von 2017 und 2019 sowie zu einer Reihe von Streiks.

Der wirtschaftliche Misserfolg ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Regierung Rohanis ihre Pläne auf das Atomabkommen stützte. Als dieses nach Trumps Ausstieg aus dem Abkommen scheiterte, verabschiedete das Parlament eine Resolution, die den Weg für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen blockierte.

Wie ich bereits erwähnt habe, hat Peseschkian während seines Wahlkampfes zwar nicht viele Versprechungen gemacht, aber er hat gesagt: „Ich garantiere, dass sich die gesamte Regierung entschieden gegen die Zwangskontrollen, die Rügen ... und den Druck von außen wehren wird“.

Nicht gerade einfach

Viele derjenigen, die für ihn gestimmt haben, sind vermutlich der Meinung, dass Maßnahmen gegen die „Sittenpolizei“ und die Zensur eine Priorität sein sollten. Ein Erfolg auf diesen Gebieten ist allerdings schwer zu erzielen, da beispielsweise das obligatorische Tragen des Hidschabs nach offiziellen Angaben eine „staatliche Verpflichtung“ ist und Chamenei wiederholt betont hat, dass er in dieser

Frage keine Kompromisse eingeht. Anfang 2022 erließ Ebrahim Raisi eine Durchführungsverordnung mit der Bezeichnung „Hijab- und Keuschheitsplan“ für die Exekutiv- und Strafverfolgungsbehörden, und ein Gesetzentwurf mit demselben Namen wurde nach mehreren Runden zwischen dem Parlament und dem Wächterrat angenommen. Seine Umsetzung wurde lediglich durch die Parlamentswahlen im vergangenen Jahr und die jüngste Präsidentschaftswahl verzögert.

Sechs der 13 Mitglieder des Ausschusses, der das „Filtern“ des Internets und der sozialen Medien kontrolliert, werden von der Regierung benannt, doch scheinen die anderen Mitglieder, die von nicht gewählten Stellen ernannt werden, mehr Einfluss zu haben. Am 15. Mai erklärte der damalige Minister für Kommunikation: „Internetbeschränkungen liegen nicht in unserer Hand. Der ‚Filterausschuss‘ ist dafür zuständig, die Sperren von Websites und sozialen Medienplattformen aufzuheben.“ Unter diesen Umständen ist unklar, wie Peseschkian diesen „externen Druck“ in Sachen Zensur überwinden kann.

Was die „Sittenpolizei“ betrifft, so stellt sich die Frage, wie der Präsident reagieren wird, wenn sie weiterhin gegen Frauen vorgeht, die sich weigern, den Hidschab auf der Straße zu tragen. Wird er sein Versprechen einhalten?

Neben den unmittelbaren Herausforderungen steht der neue Präsident auch vor einer langen Liste gravierender politischer und wirtschaftlicher Probleme, von denen einige mit den Außenbeziehungen zusammenhängen. Ganz ähnliche Probleme gab es auch während der Amtszeit von Rohani. Sie blieben bis zum Ende seiner Amtszeit ungelöst.

Vor den Präsidentschaftswahlen bemerkte der Wirtschaftsprofessor Sa'id Laylaz, dass Peseschkian aufgrund seines Potenzials, „die schwerwiegenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Iran zu lösen“, kandidieren durfte. Laylaz führte aus, die Lösung der wirtschaftlichen Probleme erfordere eine Regierung mit größtmöglicher Legitimität. Eine „reformistische“ Regierung würde eine Lösung besser ermöglichen. Während des Wahlkampfes verknüpfte Peseschkian einige seiner wirtschaftlichen Versprechen mit der Verbesserung der Außenbeziehungen: Sein Ziel war ein Wirtschaftswachstum von 8 %, das von der Anwerbung ausländischer Investitionen in Höhe von jährlich 200 Milliarden Dollar abhing.

Obwohl Peseschkian zugesagt hat, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um den Namen des Irans von der schwarzen Liste der Financial Action Task Force (FATF)² zu streichen, gehe ich davon aus, dass dies im Zusammen-

hang mit der finanziellen Unterstützung der Hisbollah durch den Iran steht. Angesichts der derzeitigen Instabilität im Nahen Osten und einer möglichen Eskalation zwischen Israel und der Hisbollah ist es schwer vorstellbar, dass der neue Präsident die finanziellen Zuwendungen des Irans an die schiitische Gruppe reduzieren wird.

Was die Beziehungen zu den USA angeht, so hat Ali Abdolalizadeh, der Leiter der Peseschkian-Kampagne, versprochen, „mit Trump über die Aufhebung der Sanktionen zu verhandeln. Er ist ein Geschäftsmann, und wir verstehen die Sprache des Handels gut“. Es könnte sein, dass der neue Präsident von Chamenei grünes Licht bekommen hat, aber wenn nicht, werden die Auslandsbeziehungen des Irans sehr begrenzt bleiben (auf Länder wie China und Russland).

Der Wirtschaftswissenschaftler Hadi Kahalzadeh erklärte gegenüber BBC Persian, dass eine der größten Schwierigkeiten für Peseschkian darin besteht, dass die Regierung praktisch ihrer politischen Entscheidungsbe-fugnisse in den Bereichen Wirtschaft, Wohlfahrt, Gesundheit und Soziales beraubt wurde, so dass sich der Iran praktisch in einem Zustand der „Nicht-Regierung“ befindet. Kahalzadeh erklärte fest, dass die Fähigkeit der Regierung, Politik zu machen und nationale Probleme zu lösen, daher drastisch eingeschränkt wurde.

Auch die finanziellen Mittel der Regierung sind begrenzt, und ihre Ausgaben sind sehr hoch, so dass sie weiterhin mit einem Haushaltsdefizit konfrontiert ist. Dies hat zu einer Verknappung der Ressourcen geführt. Wird Peseschkian also das tun, was andere iranische Präsidenten bereits getan haben, nämlich sich Geld bei der Zentralbank leihen, was wiederum die Inflation anheizt?

Wie ich bereits mehrfach angemerkt habe, sollten wir zwar nicht mit einem baldigen Zusammenbruch des Regimes rechnen, aber es befindet sich auch nicht gerade in einer sicheren oder stabilen Lage.

Übersetzung: J. S.

1 „Don't expect much!“ vom 4. Juli 2024; [weeklyworker.co.uk/worker/1498/dont-expect-much](https://www.weeklyworker.co.uk/worker/1498/dont-expect-much)

2 Arbeitsgruppe für die Einhaltung internationaler Standards zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung



DOSSIER GAZAKRIEG

Die israelische Regierung bemüht sich mit aller Macht, einen Waffenstillstand zu verhindern und den Krieg immer weiter fortzusetzen oder sogar auf die ganze Region auszuweiten. Sie nimmt dabei weder Rücksicht auf internationale Gerichtsurteile noch auf den Kollaps der eigenen Wirtschaft.

Ein Dossier mit 6 Beiträgen

Recht haben
und Recht
bekommen
SEITE 37

Tribut der Rach-
sucht
SEITE 38

Israels wahrer
Grund für die
Ermordung von
 Hamas- und
 Hisbollah-
 Führern
SEITE 40

Wenn Kinder-
mord zur Bana-
lität wird
SEITE 43

Israels Wirt-
schaft vor dem
Ruin
SEITE 45

Neue Repression
gegen Solidarität
SEITE 47

RECHT HABEN UND RECHT BEKOMMEN ...

Nachdem der Internationale Gerichtshof der UN (IGH) im Mai bereits die israelische Militäroffensive de facto als Völkermord verurteilt hat, erklärt er nunmehr die Besatzung und den Siedlungsbau in Westjordanland als illegale faktische Apartheid-Politik. Doch weder Israel noch seine Verbündeten scheren sich drum. **Katherine Hearst, Imran Mullah**

Das oberste UN-Gericht sagt, dass Israels jahrzehntelange Besatzung der palästinensischen Gebiete „so schnell wie möglich“ beendet werden sollte. In seinem Gutachten vom Freitag stellt es fest, dass diese Besatzung „rechtswidrig“ ist und dass die „fast vollständige Segregation“ der Menschen im besetzten Westjordanland gegen internationales Recht bezüglich „Rassentrennung“ und „Apartheid“ verstößt.

Der Präsident des IGH, Nawaf Salem, erklärte bei der Verkündung des Urteils, dass Israel den Palästinensern Wiedergutmachung für die durch die Besatzung verursachten Schäden leisten muss. Er fügte hinzu, dass der UN-Sicherheitsrat, die Generalversammlung und alle Staaten die Pflicht haben, die israelische Besatzung als unrechtmäßig anzuerkennen.

„Der anhaltende Missbrauch [durch] Israel in seiner Position als Besatzungsmacht durch die Annexion und die Aufrechterhaltung einer permanenten Kontrolle über das besetzte palästinensische Gebiet und die fortgesetzte Vereitelung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung verstoßen gegen grundlegende Prinzipien des Völkerrechts und machen Israels Anwesenheit in den besetzten palästinensischen Gebieten rechtswidrig“, sagte Salem und verlas die Erkenntnisse der 15-köpfigen Jury.

Er fügte hinzu, dass die Politik und die Praktiken Israels im besetzten Westjordanland und in Ostjerusalem der Annexion großer Teile dieser Gebiete gleichkämen und dass das Gericht feststelle, dass Israel die Palästinenser:innen in den besetzten Gebieten systematisch diskriminiere.

„Eine Reihe von Teilnehmern hat argumentiert, dass Israels Politik und Praktiken in den besetzten palästinensischen Gebieten auf Segregation oder Apartheid hinauslaufen, was einen Verstoß gegen Artikel 3 des CERD [Ausschuss gegen Rassendiskriminierung] darstellt“, sagte er.

„Artikel 3 des CERD lautet wie folgt: ‚Die Vertragsstaaten verurteilen insbesondere die Rassentrennung und die Apartheid und verpflichten sich, alle Praktiken dieser Art in den ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten zu verhindern, zu verbieten und zu beseitigen‘. Diese Bestimmung bezieht sich auf zwei besonders schwerwiegende Formen der Rassendiskriminierung: Rassentrennung und Apartheid“, sagte er.

„Das Gericht stellt fest, dass Israels Gesetzgebung und Maßnahmen dazu dienen, im Westjordanland und in Ostjerusalem eine nahezu vollständige Trennung zwischen den Siedler- und den palästinensischen Gemeinschaften aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grund ist das Gericht der Ansicht, dass die israelische Gesetzgebung und die Maßnahmen einen Verstoß gegen Artikel 3 des CERD darstellen“, fügte er hinzu.

Die Entscheidung vom Freitag folgt einem Ersuchen der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom Dezember 2022 an das Gericht, sich zur Politik und zu den Praktiken Israels gegenüber den Palästinensern sowie zum rechtlichen Status der seit 57 Jahren andauernden Besatzung palästinensischen Landes zu äußern.

Unter anderem erklärte er, dass der „Zuzug von Siedlern“ in die besetzten Gebiete gegen die Genfer Konvention verstoße, und fügte hinzu, dass die israelische Okkupation natürlicher Ressourcen „mit dem Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung über die natürlichen Ressourcen unvereinbar“ sei.

Das Gutachten hat keine bindende Wirkung, ist aber von großer rechtlicher und moralischer Bedeutung und könnte den Druck auf Israel wegen seines Angriffs auf den Gazastreifen erhöhen.

Salam sagte in Bezug auf die Einwände, die gegen die Aufforderung an das Gericht erhoben wurden, ein Urteil abzugeben, dass es „keine zwingenden Gründe für eine Ablehnung“ gebe. Er fügte hinzu, dass das Westjordanland, Ostjerusalem und der Gazastreifen nach internationalem Recht als eine Einheit betrachtet werden, und wies die von Israel vorgebrachten Argumente zurück, dass der Gazastreifen aufgrund des Abzugs der Siedler im Jahr 2005 nicht mehr besetzt sei.

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu verurteilte die Entscheidung des Gerichts als „falsch“ und

fügte hinzu, dass das jüdische Volk „sein eigenes Land nicht besetzt hält“. Das israelische Außenministerium wies das Urteil als „grundlegend falsch“ und „realitätsfremd“ zurück. Israels rechtsextremer Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben Gvir, verurteilte das Gericht als „antisemitisch“ und forderte erneut die Annexion des Westjordanlandes.

Der Sprecher des britischen Außenministeriums für Commonwealth und Entwicklung erklärte gegenüber *Middle East Eye*, dass Außenminister David Lammy, der kürzlich Israel und die besetzten Gebiete besuchte, klargestellt habe, „dass das Vereinigte Königreich die Ausweitung illegaler Siedlungen und die zunehmende Siedlergewalt entschieden ablehnt“. „Diese Regierung setzt sich für eine verhandelte Zweistaatenlösung ein, die ein sicheres und geschütztes Israel neben einem lebensfähigen und souveränen palästinensischen Staat ermöglicht“, so der Sprecher weiter.

Ayoub Khan, unabhängiger Abgeordneter für Birmingham Perry Barr, sagte gegenüber *MEE*, die britische Regierung solle die Ergebnisse des IGH respektieren und „Druck in Form von Sanktionen ausüben, wenn Israel sich nicht an die internationale Rechtsstaatlichkeit hält“. Der unabhängige Abgeordnete für Blackburn, Adnan Hussain, sagte, das Gutachten des IGH sei ein „historischer Moment für die internationale Justiz und bestätigt, was die Palästinenser, die Rechtswissenschaftler und die Menschenrechtsgemeinschaft die ganze Zeit gesagt haben“. Er forderte die Regierungen in aller Welt, einschließlich Großbritanniens, auf, sich vom „Handel mit besetzten Gebieten, die nach internationalem Recht als illegal gelten“, zu verabschieden.

Im Februar hörte das Gericht Eingaben von 52 Ländern und drei internationalen Organisationen an, mehr als bei jedem anderen Fall seit der Gründung des IGH im Jahr 1945. Die überwiegende Mehrheit von ihnen vertrat die Auffassung, dass die Besetzung illegal ist, und forderte das Gericht auf, sie als solche zu erklären. Diese Entwicklung fällt mit einer separaten Klage Südafrikas vor dem IGH zusammen, in der Israel beschuldigt wird, in der Enklave einen Völkermord zu begehen.

Im Januar wies der IGH Israel an, völkermörderische Handlungen gegen die Palästinenser im Gazastreifen zu verhindern, mehr humanitäre Hilfe zuzulassen und Beweise für Verstöße zu sichern. Humanitäre Organisationen haben jedoch wiederholt die israelischen Beschränkungen für Hilfslieferungen kritisiert, da in dem Gebiet eine Hungersnot droht.

Seit dem Krieg von 1967 hält Israel das nach internationalem Recht anerkannte palästinensische Gebiet besetzt. Ostjerusalem, das Westjordanland und der Gazastreifen

fallen alle unter diese Kategorie. Die unterschiedlichen Rechtssysteme, der Bau von Siedlungen und die Gewalt gegen palästinensische Einwohner sind allesamt wichtige Faktoren, die bei den Anhörungen berücksichtigt werden.

Dies ist das zweite Gutachten des Weltgerichtshofs seit 2004, als er ein bahnbrechendes Urteil über die Rechtmäßigkeit des israelischen Mauerbaus im besetzten Palästina abgab. Das Gericht entschied, dass die Mauer, die von Palästinensern und Menschenrechtsgruppen oft als „Apartheidmauer“ bezeichnet wird, illegal ist und abgerissen werden sollte.

aus *Middle East Eye* vom 19. Juli 2024

Übersetzung: MiWe

TRIBUT DER RACHSUCHT

Lebt durch den Völkermord in Gaza auch nur ein einziger Mensch in Israel sicherer? Und sind wir sicherer, während wir auf die iranische Reaktion auf Hanijas Ermordung warten? **Orly Noy**

Wir stehen nun vor dem apokalyptischen regionalen Krieg, auf den Benjamin Netanjahu wild entschlossen zusteuerte. Jeder von uns malt sich mit Grausen aus, wie die Reaktion auf die jüngsten Attentate aussehen wird – die unsere Führer als „brillante Leistung“ von Israels ausgeklügelter Kriegsmaschinerie feiern – und fragt sich, ob unsere Kinder das überleben werden. Wir denken jetzt über das Schicksal der Geiseln nach und haben Angst auszusprechen, dass das eintreffen könnte, was wir im Grunde schon wissen.

Vielleicht ist jetzt ein Moment, innezuhalten und sich zu fragen: Gab es wirklich keinen anderen Weg? War dieses Versinken in einer abgrundtiefen Hölle ein unausweichliches Schicksal?

Eine Antwort des Iran auf die Ermordung des Hamas-Führers Ismail Hanija in Teheran wird kommen, ebenso eine Vergeltung der Hisbollah für die Ermordung ihres Kommandeurs Fuad Schukr – auch wenn wir natürlich noch nicht wissen, wie und wie intensiv sie ausfallen wird. Massud Peshchian, der neue iranische Präsident und der gemäßigtere

der Kandidaten der Islamischen Republik, hatte versprochen, die Kriegstreiberei seines Vorgängers nicht fortzuführen und wieder einen Dialog mit dem Westen aufzunehmen.

Doch die Ermordung Hanijas unmittelbar nach seinem Amtsantritt treibt den Präsidenten in die Enge. Er muss nun seine Führungsqualitäten unter Beweis stellen, auf diese eklatante Verletzung der Souveränität seines Landes reagieren und sein Bündnis mit der Hamas festigen.

„Todeswürdig“ – so lautet wahrscheinlich die am häufigsten gebrauchte Formulierung im öffentlichen Diskurs in Israel, um die jüngsten Attentate zu beschreiben. Es ist eine von vielen Rechtfertigungen, die Israel für seine hemmungslose Gewalt in den letzten zehn Monaten gefunden hat. Aber es hat etwas Erschreckendes an sich, dass die Frage, ob jemand als „todeswürdig“ gilt oder nicht, für unser Schicksal hier ausschlaggebender ist als die Frage, ob wir Zivilisten lebenswert sind.

Seit den Massakern vom 7. Oktober hat Israel an jeder Weggabelung den Weg der Gewalt und der Eskalation gewählt. An Rechtfertigungen hat es nie gefehlt: Wir müssen kraftvoll auf die Anschläge reagieren; wir müssen diejenigen verfolgen, die sie initiiert und ausgeführt haben; wir müssen den Druck verstärken, bis sie die Geiseln zurückgeben; wir müssen den Libanon als Reaktion auf die Raketenbeschüsse angreifen; wir müssen dem Iran signalisieren, dass wir seine Unterstützung der Hisbollah nicht hinnehmen werden.

Letztlich ist dieser Automatismus für eine gewaltsame Eskalation jedoch selbstmörderisch und verhindert, dass wir uns grundlegende und existenziell wichtige Fragen stellen: Hat der verbrecherische Völkermord, den wir in Gaza begehen, die Sicherheit auch nur eines einzigen Menschen in Israel erhöht? Sind wir jetzt, während wir auf die Reaktion aus dem Iran warten, sicherer? Steht Israel auf der Weltbühne besser da, als es am 7. Oktober der Fall war?

Die offensichtliche Antwort auf all diese rhetorischen Fragen ist ein klares Nein. Warum also setzen wir diesen zerstörerischen Weg fort, wenn der Preis, den wir dafür zahlen, immer höher wird? Warum feiern vernünftige Menschen Hanijas Tod als eine brillante Operation, wenn wir nicht einmal abschätzen können, welchen Preis wir dafür bezahlen müssen?

Es ist einfach, Netanjahu alles in die Schuhe zu schieben, zu sagen, dass der Krieg seinem politischen Überleben dient und dass er ein Interesse daran hat, ihn auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Das ist zwar richtig, aber letztlich bloß eine bequeme Ausrede. Netanjahu hat sich in der Tat dafür entschieden, das Leben zehntausender Palästinenser:innen in Gaza, das Leben israelischer Geiseln und unsere kollektive

Sicherheit für seinen persönlichen Vorteil zu opfern. Aber die israelische Öffentlichkeit hat von Anfang an mit erschreckender Begeisterung Netanjahus mörderisches Vorgehen mitgetragen.

Es sind nicht nur die Rachegeüste, die nach dem 7. Oktober die israelische Gesellschaft umtrieben und eine bis dahin ungekannte Mordlust entfachten. Es ist auch der Verlust der Fähigkeit, sich etwas anderes als sinnlose Gewalt vorzustellen. Schlimmer noch: Die israelische Öffentlichkeit ist nicht mehr dazu in der Lage, ihre eigenen Interessen zu hinterfragen und zwischen verschiedenen strategischen Handlungsoptionen zu wählen. Denn ihr Repertoire besteht bloß aus einem Hammer – und ein Land, das keine Alternativen kennt, ist ein sehr gefährliches Land für seine Bewohner:innen, und noch mehr für seine besetzten Gebiete.

Zehn Monate nach dem Massaker könnte die israelische Gesellschaft ganz anders dastehen. Etwa im Begriff sein, sich von ihrem schrecklichen Trauma zu erholen, und alle Geiseln wären lebend nach Hause zurückgekehrt. Zehntausende wären nicht aus ihren Häusern im Norden und Süden vertrieben worden, und das Leben so vieler Soldaten wäre verschont geblieben. Der Gazastreifen wäre nicht zum Hiroshima des Nahen Ostens geworden, mit fast zwei Millionen belagerten, umherirrenden und ausgehungerten Palästinenser:innen. Stattdessen haben uns zehn Monate krimineller Entscheidungen an einen sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Abgrund getrieben, den sich nicht einmal die größten Pessimisten unter uns hätten vorstellen können.

Das ist keine Besserwisserie im Nachhinein. Einige von uns, haben von Anfang an vor den Folgen des schrecklichen Weges gewarnt, den Israel gleich zu Beginn eingeschlagen hat, und sich für eine Alternative starkgemacht. Wir wurden jedoch als Defätisten, als Leugner der Massaker und als Hamas-Unterstützer beschimpft.

Auch jetzt, angesichts des Jubels über die Attentate, wiederholen wir: Dies ist ein zerstörerischer, dummer, gefährlicher Weg, und wir können immer noch den Kurs ändern. Aber eine Gesellschaft, die sich keinen gewaltfreien Weg vorstellen kann, ist dem Untergang geweiht. Und es ist erschreckend zu sehen, wie wir immer noch sehenden Auges auf den Abgrund zusteuern.

aus +972 magazine vom 2. August 2024

Übersetzung: MiWe

ISRAELS WAHRER GRUND FÜR DIE ERMORDUNG VON HAMAS- UND HISBOLLAH-FÜHRERN

Die Ermordung von Hamas- und Hisbollah-Führern durch Israel hat nicht zum Ziel, den Widerstand zu schwächen. Das wirkliche Motiv ist die Wiederherstellung des Nimbus der eigenen militärischen und geheimdienstlichen Überlegenheit in den Augen der israelischen Öffentlichkeit. **Abdaljawad Omar**

In der Nacht zum 30. Juli eskalierte Israel seine militärischen Operationen und nahm seine Gegner an mehreren Fronten unter Beschuss, und zwar im Libanon, im Iran und in Palästina. Die israelische Regierung konnte mit der Ermordung eines Hisbollah-Kommandeurs in einem dicht besiedelten Viertel im Süden Beiruts einen bedeutenden Erfolg vorweisen. Gleichzeitig vollführte Israel einen kühnen Schlag inmitten Teherans, bei dem Ismail Hanija, Vorsitzender des Politbüros der Hamas, getötet wurde.

Nach zehn Monaten des allmählichen, aber doch stetigen Verlusts seiner jahrzehntelangen Eskalationsdominanz versucht Israel nun, die Initiative zurückzugewinnen und die Oberhand wiederzuerlangen, indem es innerhalb von 24 Stunden sowohl Beirut als auch Teheran angreift.

Die israelischen Aktionen zielen nicht nur darauf ab, Stärke zu demonstrieren, sondern auch den Druck auf die Achse des Widerstands zu erhöhen. Das strategische Ziel besteht darin, die Einheit dieser Koalition zu brechen, indem Israel seine militärischen Fähigkeiten nutzt, um mit der Perspektive eines totalen Kriegs zu kokettieren – ein Ergebnis, das weder Israel noch die Hisbollah, und in letzter Konsequenz auch nicht der Iran, wirklich wünschen.

Diese kalkulierte Gratwanderung zielt darauf ab, die Gegner zu verunsichern, sie zu veranlassen, ihre einheitliche Haltung zu überdenken, und nach Möglichkeit Zugeständnisse zugunsten Israels zu bewirken.

Israel setzt darauf, dass die Furcht vor einer weiteren Eskalation die Hisbollah und den Iran dazu bewegen, Druck auf die Hamas auszuüben, damit diese bei den Waffenstillstandsverhandlungen einige der israelischen Forderungen erfüllt. Außerdem geht Israel davon aus, dass jede wirkliche Eskalation – auch dann, wenn sie Folgen ihrer eigenen gezielten Aktionen sind – die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten dazu zwingen würde, militärische und diplomatische Unterstützung zu gewähren. Auch wenn Washington nicht an einem größeren Konflikt interessiert ist, so geht Israel doch zuversichtlich davon aus, dass die USA nicht zögern werden, ihm aktiv beizustehen, sollte die Situation eskalieren. Mit anderen Worten: Israel verfolgt eine Politik der Verstrickung und geht dabei ein kalkuliertes Risiko ein, denn es weiß, dass das amerikanische Militär ihm in einem weiteren Krieg im Nahen Osten zu Hilfe eilen wird, wenn die Dinge schief laufen.

Seit einiger Zeit taxiert Israel sehr genau die Reaktionen seiner Gegner, insbesondere die zurückhaltende palästinensische Reaktion auf die Bekanntgabe der Ermordung des militärischen Befehlshabers der Hamas in Gaza, Muhammad al-Deif. Diese Beobachtung hat die israelischen Strategieplaner schließen lassen, dass eine diplomatische Einigung immer noch Priorität hat, dass aber solche gezielten Attentate diese Bemühungen wahrscheinlich nicht zum Scheitern bringen werden.

Israels Kalkül geht offensichtlich davon aus, dass die Hisbollah und der Iran israelische Schläge in Beirut oder Teheran zwar als erhebliche Eskalation betrachten, die nach einer Reaktion verlangt, beide Akteure es wahrscheinlich aber vermeiden werden, in größerem Umfang zu reagieren, was zu einem offenen Krieg führen könnte. Diese Überzeugung unterstreicht das Vertrauen Israels in seine Fähigkeit, gezielte Aktionen durchzuführen, ohne einen breiteren regionalen Konflikt zu provozieren.

Diese Aktivitäten hätten wahrscheinlich auch stattgefunden, wenn es den Vorfall in Madschal Schams nicht gegeben hätte. Die gegenwärtigen Operationen und die Reihe von Eskalationen finden zu einem Zeitpunkt statt, an dem Israel strategische Vorteile erzielt, auch dann, wenn am Ende ein Abkommen unterzeichnet wird. Mit dem Erzielen taktischer Erfolge will Israel seine Eskalationsdominanz in den aktuellen Konflikten mit den Gegnern wiederherstellen. Dieser Ansatz ist Ausdruck seiner

Bemühungen, seine Verhandlungsposition zu stärken und gleichzeitig sicherzustellen, dass es in jeder potenziellen Konfrontation die Oberhand behält. Außerdem versucht die israelische Regierung, ihre Standhaftigkeit und ihren Kampfeswillen unter Beweis zu stellen, obwohl sich der Krieg seit Monaten hinzieht und es erste Brüche in der israelischen Gesellschaft und einen Vertrauensverlust in das Militär gibt. Ausdruck der sich vergrößernden Kluft sind die aufrührerischen Ausschreitungen, mit denen kürzlich vor dem berüchtigten Gefängnis von Sde Teiman gegen die Inhaftierung von israelischen Soldaten protestiert wurde, die der Gruppenvergewaltigung einer palästinensischen Gefangenen beschuldigt werden.

Israels Politik der Ermordung von palästinensischen Führern

Das Konzept der Ermordung [auf hoheitliche Anordnung] hat tiefe Wurzeln in der Geschichte der arabischen Region, auch der Begriff selbst stammt von dort. Zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert, inmitten der Wirren der Kreuzzüge, setzten die Nizari-Ismailiten – allgemein bekannt als die „Haschischin“ – das Attentat als strategisches Mittel ein, um Führer auszuschalten, die sich ihrer Sache widersetzen. Die Bedeutung des Attentats geht in der Region jedoch weit über die bloße Etymologie hinaus. Diese Region, die lange Zeit durch koloniale Übergriffe und künstlich herbeigeführte Uneinigkeit gekennzeichnet war, wurde zu einem Ort, an dem die konventionellen Regeln des Krieges außer Kraft gesetzt werden können. Vor diesem Hintergrund werden politische Akteure, die sich nicht den westlichen Hegemonialinteressen fügen, oft zu Sonderfällen erklärt, die ihre Anführer zu legitimen Zielen machen, was allerdings gegen Regeln und Normen verstößt, die anderswo gelten.

Im letzten Jahrhundert hat Israel die Praxis der gezielten Ermordung, oft in Verbindung mit der Verhaftung wichtiger Führungspersönlichkeiten, verfeinert, um einflussreiche politische und militärische Persönlichkeiten auszuschalten. Bei dieser Strategie geht es nicht nur darum, unmittelbare Bedrohungen zu neutralisieren, sondern auch darum, die Zusammensetzung und den Charakter des Widerstands, mit dem es in der Region konfrontiert ist, zu ändern. Durch diese tödlichen Interventionen versucht Israel, in Palästina und in der übrigen arabischen Welt eine Führungsschicht heranzuziehen, die den Interessen der USA und Israels nähersteht, und so die Dynamik des Widerstands gegen seine Politik der Landnahme, der ethnischen Säuberung und der Kolonisierung in den Griff zu bekommen.

Diese Taktik hat sich als wirksam erwiesen, soweit es darum ging, wichtige palästinensische Führer an kritischen Punkten des Kampfes zu entfernen. So haben beispielsweise in den Jahren vor Oslo die Ermordungen von Schlüsselfiguren wie Jassir Arafats zweitem und drittem Befehlshaber – Abu Iyad (Salah Khalaf) und Abu Jihad (Khalil al-Wazir) – den Weg für die Entwicklung einer nachgiebigeren Führung freigemacht, die schließlich von Mahmud Abbas verkörpert wird.

Während der Zweiten Intifada verhaftete Israel den populären Fatah-Führer Marwan Barghouti und den PFLP-Generalsekretär Ahmad Saadat. Möglicherweise vergiftete Israel auch Jassir Arafat und ermordete den militärischen Befehlshaber der PFLP, Abu Ali Mustafa, sowie Schlüsselfiguren der Hamas wie Abdul Aziz Rantisi und den Hamas-Gründer Ahmad Yassin, um sicherzustellen, dass keine wirkliche Opposition gegen die Verankerung der palästinensischen Kompradoren-Klasse in der palästinensischen Politik die Oberhand gewinnen konnte. Durch solche Operationen versuchte Israel, die Linie der palästinensischen Führung zu ändern, die sich ihm bis dahin widersetzt hatte. Denn wenn die Palästinenser, die Araber oder ihre Führer die Sache aufgäben, dann gäbe es keine Sache mehr, über die es zu sprechen gälte. Die neuen Führer würden nicht nur um ihr Leben fürchten, sondern auch den israelischen Zielen gegenüber aufgeschlossener sein.

In der Vergangenheit hat diese Politik Israel gut gedient, aber sie hat auch unbeabsichtigte Folgen gezeitigt. Heute liegt die palästinensische Uneinigkeit nicht innerhalb einer bestimmten Koalition oder zwischen politischen Gruppen, sondern zwischen der pragmatischen Kompradorenschicht, die das Westjordanland regiert, einerseits und den homogeneren Widerstandsgruppen andererseits, die in Orten wie Gaza operieren. Während die PLO einst verschiedene Strömungen, wie die von Mahmud Abbas, in ihr Organisationsgefüge einbezog, gibt es unter den Widerstandsgruppen weniger Meinungsverschiedenheiten über ihre Strategien gegenüber Israel. Die Unterschiede zwischen den Widerstandsgruppen sind weitgehend taktischer Natur oder hängen mit der Wahl möglicher Bündnispartner zusammen. Mit anderen Worten: Die Ermordung von Ismail Hanija führt nicht automatisch dazu, dass an seiner Stelle eine gefügigere Führung entsteht, denn die Bewegung, aus der Hanija hervorgegangen ist, bleibt geeint auf den Widerstand ausgerichtet.

Darüber hinaus haben Israels Ablehnung und seine Weigerung, palästinensischen Politikern wie Mahmud Abbas entgegenzukommen oder den Palästinensern auch

nur einen Bantustan zuzugestehen, im palästinensischen Bewusstsein die Überzeugung gestärkt, dass nur der Widerstand strategische Veränderungen herbeiführen kann. Diese Haltung wird dadurch verstärkt, dass Verhandlungen mit einer arroganten und überheblichen israelischen Gesellschaft aussichtslos sind, was kürzlich durch die Ausschreitungen bei den Sde Teiman-Protesten für das Recht auf Vergewaltigung palästinensischer Gefangener noch unterstrichen wurde.

Schwindende Effektivität israelischer Attentate

Israels Angst vor Frieden in Verbindung mit seinem Beharren auf der Aufrechterhaltung der Vorherrschaft mittels Gewalt und der nutzlosen Funktion von Mahmud Abbas, der Israels Kolonisierung im Westjordanland ohne Widerstand zulässt, haben Palästinenser:innen und palästinensische Widerstandsgruppen dazu gebracht, jeden ernsthaften Versuch für eine Verhandlungslösung abzulehnen. Diese Entwicklung hat die Überzeugung gestärkt, dass ein sinnvoller Wandel nicht durch einen Dialog mit einem Staat erreicht werden kann, der weiterhin Gewalt und Hegemonie über echte Friedensbemühungen stellt.

Darüber hinaus haben die Palästinenser:innen ihren Widerstand neu definiert und seine Organisationsstrukturen institutionalisiert. Der Charakter dieser Organisationen hat sich weiterentwickelt und ist heute weniger durch Personenkult geprägt oder von tiefen emotionalen Bindungen zu einzelnen Führern abhängig, sondern konzentriert sich mehr auf organisatorische Aufgaben und operative Effizienz. Vorbei sind die Zeiten, in denen Widerstandsgruppen nach dem Verlust einer Schlüsselfigur in sich zusammenbrachen.

In letzter Zeit haben sich die palästinensischen und libanesischen Widerstandsbewegungen an die Tatsache gewöhnt, dass die Ermordung eines prominenten Führers zwar einen taktischen Rückschlag bedeutet, aber nicht zur Beendigung ihrer Aktivitäten führt. Vielmehr haben diese Gruppen in vielen Fällen ihre Widerstandsfähigkeit unter Beweis gestellt. Solche Vorfälle waren dann der Anlass für die weitere Konsolidierung und Stärkung ihres organisatorischen Rahmens. Dieser Wandel ist Ausdruck einer Reifung der Widerstandsbewegungen, bei der Nachhaltigkeit und Kontinuität im Vordergrund stehen und nicht der Einfluss einzelner Anführer oder spezifischer klientelistischer Netzwerke, die sich innerhalb eines bestimmten politischen Zusammenhangs Einfluss verschaffen wollen.

Was bewirken also diese Attentate, abgesehen von den unmittelbaren taktischen Auswirkungen? In einigen Fäl-

len können sie nach hinten losgehen, wie bei der Ermordung des Hisbollah-Führers Abbas Musawi, die den Weg für den Aufstieg von Hasan Nasrallah ebnete. In anderen Fällen können diese Maßnahmen sogar den Aufstieg innovativerer und anpassungsfähigerer Befehlshaber begünstigen und ihnen das Besetzen von Schlüsselpositionen ermöglichen. Durch die Beseitigung einer Führungsperson kann Israel ungewollt die Möglichkeit für die Stärkung einer anderen, oft noch beeindruckenderen Führungspersonlichkeit herbeiführen. Man muss sich nur die Entwicklung der Hamas und der Hisbollah nach verschiedenen Attentaten in verschiedenen Phasen der jüngeren Vergangenheit ansehen, um zu erkennen, dass diese Operationen viel von ihrer Macht eingebüßt haben.

Diese Attentate verstärken die Verbindung zwischen politisch-militärischen Organisationen und der breiteren Gesellschaft, in der sie verwurzelt sind, und machen die Entwicklung einer wirklichen Kluft viel schwieriger. Anstatt ihre Gegner zu schwächen, können solche Taktiken ungewollt die Einheit und Entschlossenheit festigen und die Kluft zwischen militanten Gruppierungen und der breiten Bevölkerung überbrücken. Die Tötung von Hamas-Führern wie Ismail Hanija, der den Gazastreifen verlassen hatte, mildert den internen Dissens.

Der wahre Grund für Israels derzeitige Politik der Attentate liegt eher darin, die eigene Gesellschaft zu mobilisieren, als die politische oder militärische Position des Gegners wirklich zu ändern. Die Wirksamkeit solcher Taktiken bei der Destabilisierung von Israels Feinden hat stark nachgelassen, was den Zweck dieser Operationen ändert. Anstatt die gegnerischen Kräfte zu schwächen, dienen diese gezielten Tötungen heute in erster Linie dem internen Zusammenhalt, der Stärkung der Stimmung im Land und der Demonstration der eigenen geheimdienstlichen und operativen Fähigkeiten. Außerdem kann Israel so behaupten, dass es die Oberhand gewonnen hat, wenn es darum geht, Herr der Eskalationsleiter zu sein.

Letztlich handelt es sich bei diesen Aktionen um die Demonstration taktischer Fähigkeiten, mit denen die Überlegenheit der israelischen Macht unterstrichen werden soll und die vor allem darauf abzielen, die eigene Bevölkerung zu beeindrucken, dies zu einem Zeitpunkt, in dem die Israelis das Gefühl haben, dass ihre Armee und ihr Geheimdienstapparat sie im Stich gelassen haben. Wenn Israel von einem „Verlust an Abschreckung“ spricht, geht es nicht so sehr darum, wie es von seinen Feinden wahrgenommen wird, sondern in erster Linie darum, wie stark oder schwach es im Land selbst wahrgenommen wird.

Bei der Einschätzung der Abschreckungsfähigkeit geht es weniger um äußere Bedrohungen als vielmehr um die Aufrechterhaltung eines inländischen Narrativs der Stärke und Unbesiegbarkeit, das sicherstellt, dass das Bild der israelischen Macht in der kollektiven Psyche der eigenen Gesellschaft unversehrt bleibt.

31. Juli 2024

aus: <https://mondoweiss.net/2024/07/the-real-reason-israel-is-assassinating-amas-and-hezbollah-leaders-and-why-it-wont-stop-the-resistance/>

Übersetzung: J. S.

WENN KINDER- MORD ZUR BANALITÄT WIRD

Es gehört zur grausamen Ironie der Geschichte, dass diejenigen, die im Namen der Opfer des nationalsozialistischen Völkermords zu sprechen behaupten, die Täter der schrecklichsten Vernichtungskampagne in der Geschichte des modernen Siedlerkolonialismus sind. Ihr Vorgehen ist eine Quelle der Inspiration für die extreme Rechte in der heutigen Welt. Sie haben den Völkermord wieder banal gemacht. **Gilbert Achcar**

Der russische Bombenanschlag auf ein Kinderkrankenhaus in der ukrainischen Hauptstadt Kiew in der vergangenen Woche, bei dem Dutzende Menschen¹ ums Leben kamen, hat in den westlichen Hauptstädten verständlicherweise eine massive Welle der Empörung ausgelöst, zumal er am Vorabend des NATO-Gipfels in Washington stattfand. Die meisten westlichen Staats- und Regierungschefs verurteilten die Tat auf das Schärfste, allen voran US-Präsident Joe Biden, der sie als „schrecklichen Beweis für Russlands Brutalität“ bezeichnete, und der neue britische Premierminister Keir Starmer, der sie als „die abscheulichste aller Taten“ bezeichnete. Da diese beiden zu den prominentes-

ten und enthusiastischsten Unterstützern Israels gehören und bekanntlich die schrecklichsten Gräueltaten der zionistischen Armee gerechtfertigt haben, denen eine große Zahl von Kindern zum Opfer gefallen ist, muss jedem, der humanitäre Erwägungen über geopolitische Opportunität stellt, klar sein, dass dies ein erstaunliches Maß an Heuchelei darstellt, bei der mit zweierlei Maß gemessen wird.

Seit Beginn der zionistischen Invasion in den Gazastreifen schlagen nämlich humanitäre Organisationen Alarm, was die Lage der Kinder dort angeht. Am 30. Oktober 2023 veröffentlichte die in Genf ansässige Menschenrechtsorganisation „Euro-Mediterranean Human Rights Monitor“ ein Kommuniqué mit dem Titel „Die Zahl der in weniger als einem Monat getöteten Kinder im Gazastreifen ist zehnmal höher als die der ukrainischen Kinder, die im gesamten ersten Jahr des laufenden russischen Krieges getötet wurden“. In der Erklärung heißt es: „Im Laufe von 24 Tagen wurden durch israelische Luftangriffe und Artilleriebeschuss im Gazastreifen nachweislich 3457 Kinder getötet, und über 1000 weitere werden unter den Trümmern vermisst. Nach Angaben der Vereinten Nationen ist diese Zahl mehr als zehnmal so hoch wie die Zahl der Kinder, die im ersten Jahr des russischen Krieges gegen die Ukraine getötet wurden.“

Nach den neuesten Zahlen des UN-Kinderhilfswerks UNICEF hat die Zahl der im Gazastreifen getöteten Kinder inzwischen 14 000 überschritten. Hinzu kommt die Zahl der Vermissten, Verwundeten, dauerhaft Behinderten und Waisen, die ein Vielfaches beträgt. Die Zahl der betroffenen Kinder in der Ukraine seit Beginn der russischen Invasion im Februar 2022 beläuft sich nach derselben UN-Quelle auf über 600 Tote und 1350 Verletzte. Die Zahl der Kinder, die in den neun Monaten der israelischen Invasion des Gazastreifens getötet wurden, ist also 23-mal höher als die Zahl der Kinder, die in den dreißig Monaten der russischen Invasion in der Ukraine getötet wurden. Die „Brutalität Russlands“, wie Biden sie nannte, erscheint im Vergleich zur Brutalität des zionistischen Staates, die er unterstützt, also eher moderat.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Medien oder eine humanitäre Organisation auf die Gräueltaten hinweisen, die die Zionisten den Palästinenser:innen zufügen, und zwar nicht nur im Gazastreifen, wo die Intensität des Tötens und der Zerstörung alles übertrifft, was es in der jüngeren Geschichte gegeben hat, sondern auch im Westjordanland und in den israelischen Gefängnissen. Palästinensische Gefangene sind weitaus schlimmeren Praktiken ausgesetzt als unter der US-Besatzungsarmee im

irakischen Gefängnis von Abu Ghraib, das 2004 weltweit für Empörung sorgte.

Erst kürzlich lieferte die zionistische Armee ein eklatantes Beispiel für ihre Brutalität beim Angriff auf den Hamas-Militärführer Mohammed Deif in Al-Mawasi, das die israelische Führung zuvor als sichere Zone für die Bevölkerung des Gazastreifens ausgewiesen hatte. Der Angriff forderte das Leben von mehr als neunzig Palästinenser:innen. Der Ablauf dieses Massakers zeigt deutlich, dass die zionistischen Streitkräfte absichtlich die größtmögliche Anzahl von Menschen töteten, ohne zwischen angeblichen Kämpfern und Zivilisten, einschließlich Kindern, zu unterscheiden. Denn die zionistische Armee feuerte eine erste Rakete auf das Gebäude ab, in dem sie Deif vermutete, dann eine zweite auf dasselbe Gebäude, um es vollständig zu zerstören, dann eine dritte in der Nähe des Gebäudes, die auf diejenigen abzielte, die versuchten, die Überlebenden aus den Trümmern zu retten, und dann weitere bunkerbrechende Raketen, um etwaige Tunnel unter dem Zielgebiet zu zerstören.

Dieser unbedingte Vorsatz zum Töten, ungeachtet des Schicksals von Zivilisten – Kindern, älteren Menschen, Frauen und Männern –, hat dazu geführt, dass das Verhältnis von Zivilisten zu Kombattanten in Israels Krieg gegen die so genannten „Terroristen“ in Gaza das Verhältnis in anderen Kriegen, die seit Beginn dieses Jahrhunderts auf verschiedenen Schauplätzen unter dem Siegel des „Kriegs gegen den Terror“ geführt wurden, weit übersteigt. Dies wiederum bringt uns zu einem für das zionistische Denken charakteristischen ideologischen Merkmal, das inzwischen seinen Höhepunkt erreicht hat, nachdem die israelische Gesellschaft jahrzehntelang nach rechts gedriftet ist und aktuell von einer Regierung geführt wird, in der sich Neofaschisten und Neonazis versammeln.

Dieses Merkmal teilt der Zionismus mit allen Formen des Siedlerkolonialismus, die darauf abzielen, sich ein Land anzueignen und damit die Rechte der einheimischen Bevölkerung, einschließlich ihres Rechts auf Leben, zu ignorieren. Die moralische Rechtfertigung für dieses höchst unmoralische Projekt verschafft man sich dadurch, dass man den Menschen, deren Land man begehrt, ihre Menschlichkeit abspricht und sie zu untermenschlichen Wesen degradiert, die es nicht verdienen zu leben. Diese Logik ging schon einmal nach hinten los, als die Nazis im letzten Jahrhundert inmitten von Europa bestimmte Kategorien von Europäern als Untermenschen einstufte und sie schließlich ausrotteten.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Logik des Siedlerkolonialismus wieder in die europäischen Kernländer zurückkehrt nach seinem Rückgang im Gefolge der Niederlage der Nazis und ihres Völkermords, den sie im letzten Jahrhundert begangen hatten, vor allem da die extreme Rechte im gesamten Globalen Norden – im Osten wie im Westen – wieder auf dem Vormarsch ist. Es gehört zur grausamen Ironie der Geschichte, dass diejenigen, die im Namen der Opfer des nationalsozialistischen Völkermords zu sprechen behaupten, die Täter der schrecklichsten Vernichtungskampagne in der Geschichte des heutigen Siedlerkolonialismus sind. Ihr Vorgehen ist eine Quelle der Inspiration für die extreme Rechte in der heutigen Welt. Sie haben den Völkermord wieder banal gemacht, unter der Komplizenschaft der „Liberalen“, die angesichts des anhaltenden völkermörderischen Krieges in Gaza die grundlegendsten menschlichen Werte aufgegeben haben, oft unter dem Vorwand des Mitgefühls für die Opfer des Nazi-Völkermords.

aus: Gilbert Achcars Blog vom 16.7.24 <https://gilbert-achcar.net/murder-of-children-and-banal-ty-of-genocide>

Übersetzung: MiWe

1 Diese Zahlen sind nicht nachvollziehbar. Nach übereinstimmenden Berichten, etwa der Tagesschau, kamen bei dem genannten Angriff „lediglich“ zwei Menschen ums Leben.

INFO

Vor allem Jüdinnen und Juden in den USA sind solidarisch mit den PalästinanenserInnen. Siehe etwa den Artikel *Als Juden wissen wir, dass es sich nicht um einen Krieg handelt. Es ist ein Völkermord*. Von Sasha Friedman, Sig Giordano und Ari Bee. Dies schrieben sie bereits im November! Der Beitrag ist lesenswert und findet sich hier:

<https://www.sicht-vom-hochblauen.de/als-juden-wissen-wir-dass-es-sich-nicht-um-einen-krieg-handelt-es-ist-ein-volkermord-von-sasha-friedman-sig-giordano-und-ari-bee/>
(<https://kurzlinks.de/8544>)

ISRAELS WIRTSCHAFT VOR DEM RUIN

Während Israels völkermörderischer Krieg gegen den Gazastreifen unvermindert anhält, steht die israelische Wirtschaft vor einer Katastrophe. Die physische Zerstörung in Israel durch den Krieg war minimal, aber zerstört wurde seine Zukunft. **Shir Hever**

Es klingt unglaublich, dass die Schlagzeilen der israelischen Tageszeitungen und die Parolen der BDS-Bewegung fast identisch sind. Kein Staat auf der Welt war in der Lage, der israelischen Wirtschaft so viel Schaden zuzufügen wie der Staat Israel selbst. Das Ergebnis sind sich mehrende Anzeichen dafür, dass die israelische Wirtschaft in eine Sackgasse geraten ist und es keinen Ausweg gibt, solange der Staat ein zionistischer Apartheidstaat bleibt, der von der ganzen Welt außer den USA und Deutschland geächtet wird.

Als Israelis auf einer Demonstration gegen die Regierung ein riesiges Schild mit dem BDS-Slogan „From startup nation to shutdown nation“ trugen, war das bloß eine Verletzung des Urheberrechts. Aber das war im Februar 2023. Seit dem 7. Oktober ist alles anders.

Seither hat Israels völkermörderischer Angriff auf den Gazastreifen mehr als 40 000 Palästinenser:innen getötet, darunter mehr als 15 000 Kinder, und könnte dazu führen, dass in den kommenden Monaten über 146 000 weitere Palästinenser:innen aus dem Gazastreifen an den gesundheitlichen Folgen von Verletzungen, Hunger und Krankheiten sterben werden. Der Krieg hat das Leben von 2,3 Millionen Menschen im Gazastreifen und von Tausenden im besetzten Westjordanland ruiniert. Nach Schätzungen der UN wurden 70 % der Häuser zerstört, und es wird 15 Jahre dauern, bis die Trümmer beseitigt sind. Dennoch gibt es kaum Zweifel daran, dass die palästinensischen Überlebenden des Völkermords, auch wenn sie traumatisiert und verarmt sind und um ihre verlorenen Familienmitglieder und Freunde trauern, letztendlich wieder aufstehen und das Land aufbauen werden, wie lange es auch immer dauern mag.

In Israel hingegen sprechen die Indikatoren für nichts weniger als eine wirtschaftliche Katastrophe. Über 46 000 Unternehmen sind in Konkurs gegangen, der Tourismus ist zum Erliegen gekommen, die Kreditwürdigkeit Israels wurde herabgesetzt, israelische Anleihen werden zu Preisen verkauft, die fast dem Niveau von „Schrottanleihen“ entsprechen, und die Auslandsinvestitionen, die im ersten Quartal 2023 bereits um 60 % zurückgegangen sind (als Folge der Politik der rechtsextremen israelischen Regierung vor dem 7. Oktober), zeigen keine Aussichten auf Erholung. Der Großteil der in israelischen Investmentfonds angelegten Gelder wurde in Anlagen im Ausland umgeleitet, weil die Israelis nicht wollen, dass ihre eigenen Renten- und Versicherungsfonds oder ihre eigenen Ersparnisse an das Schicksal des Staates Israel gebunden werden. Dies hat zu einer überraschenden Stabilität des israelischen Aktienmarktes geführt, da die in ausländische Aktien und Anleihen investierten Fonds Gewinne in ausländischer Währung erzielten, die durch den Anstieg des Wechselkurses zwischen ausländischen Währungen und dem israelischen Schekel vervielfacht wurden. Doch dann ließ Intel einen Investitionsplan über 25 Milliarden Dollar in Israel platzen – der bisher größte Sieg der BDS.

Dies sind alles finanzielle Indikatoren. Aber die Krise betrifft tiefer noch die Produktionsmittel der israelischen Wirtschaft. Das israelische Stromnetz, das weitgehend auf Erdgas umgestellt wurde, ist nach wie vor auf Kohle angewiesen, um die Nachfrage zu decken. Der größte Kohlelieferant Israels ist Kolumbien, das angekündigt hat, die Kohlelieferungen nach Israel auszusetzen, solange der Völkermord andauert. Nach Kolumbien sind die beiden nächstgrößten Lieferanten Südafrika und Russland. Ohne eine zuverlässige und kontinuierliche Stromversorgung wird Israel kaum mehr behaupten können, eine entwickelte Wirtschaft zu sein. Serverfarmen funktionieren nicht ohne eine 24-Stunden-Stromversorgung, und niemand weiß, wie viele Stromausfälle der israelische High-Tech-Sektor möglicherweise überleben könnte. Internationale Technologieunternehmen haben bereits damit begonnen, ihre Niederlassungen in Israel zu schließen.

Israels Ruf als „Startup-Nation“ hängt von seinem Technologiesektor ab, der wiederum auf gut ausgebildete Mitarbeiter:innen angewiesen ist. Israelische Akademiker berichten, dass die gemeinsame Forschung mit ausländischen Universitäten dank der Unicamps stark zurückgegangen ist. Die israelischen Zeitungen sind voll von Artikeln über den Exodus der gebildeten Israelis. Prof. Dan Ben David, ein bekannter Wirtschaftswissenschaftler,

argumentierte, dass die israelische Wirtschaft von 300 000 Menschen (den leitenden Angestellten in Universitäten, Technologieunternehmen und Krankenhäusern) zusammengehalten wird. Sobald ein großer Teil dieser Menschen das Land verlässt, „werden wir nicht zu einem Dritte-Welt-Land, wir werden einfach gar nicht mehr sein“, meint er.

Die Daten über die tatsächliche Zahl der Israelis, die das Land verlassen, sind unklar und widersprüchlich. In einer Zeit großer Ungewissheit, in der israelische Zeitungen Desinformationen über eine weltweite Welle des Antisemitismus verbreiten, als ob Juden in Europa oder Nordamerika stärker gefährdet wären als in Israel, entscheiden sich immer noch viele Israelis für die Auswanderung. Familien machen ausgedehnte Urlaube und andere Israelis suchen nach Möglichkeiten für Arbeit und Studium im Ausland. Die Schätzungen über die Zahl der Israelis, die bereits ausgewandert sind, gehen jedoch weit auseinander.

Die beiden einzigen Sektoren der israelischen Wirtschaft, die keinen Absturz zu verzeichnen haben, sind die Rüstungsunternehmen, die hohe Umsätze erzielen (obwohl die meisten von ihnen im Inland erzielt werden und den Völkermord munitionieren), und die „Exits“ – da internationale Unternehmen die Überreste des israelischen Technologiesektors auf der Suche nach Schnäppchen durchstöbern. Sogar Google hat Interesse am Kauf des israelischen Cybersicherheitsunternehmens Wiz bekundet, das von israelischen Geheimdienstoffizieren gegründet wurde, die ihr Unternehmen gerne an Google verkaufen würden, um Israel verlassen zu können.

Israelische Wirtschaftswissenschaftler erwarten von der israelischen Regierung dringend Maßnahmen zur Bewältigung der Krise, zur Beendigung des Krieges, zur Kürzung der öffentlichen Ausgaben, zur Erhöhung der Steuern, zur Wiederherstellung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die öffentlichen Institutionen Israels und zur Wiederherstellung der Außenbeziehungen Israels, insbesondere mit den Ländern, von denen es im Handel abhängig ist – der EU, der Türkei und Kolumbien. Die israelische Regierung setzt stattdessen Pläne zur Zerstörung der palästinensischen Wirtschaft nicht nur im Gazastreifen, sondern auch bei der Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland um. Sie verhält sich gegenüber allen Staaten, die ihre Politik kritisieren, aggressiv und hat in letzter Minute einen unrealistischen Haushalt für 2024 verabschiedet.

Im Zeitalter der Informatik werden die wirtschaftlichen Aussichten von Staaten weder von Rohstoffen noch

von der Qualität der Arbeitskräfte bestimmt. Stattdessen leben wir in einer Ära der „Wirtschaft der Erwartungen“. Von dem Hype um Israels „Startup-Nation“ ist nur noch ein Tweet unter #Shutdownnation geblieben. Zwei hochrangige israelische Wirtschaftswissenschaftler, Jugene Kendel und Ron Tzur, haben einen geheimen Bericht veröffentlicht, in dem sie vorhersagen, dass Israel seinen hundertsten Jahrestag nicht erleben wird. Der Bericht wird geheim gehalten, weil sie nicht wollen, dass er zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung wird, aber sie gaben Interviews darüber. Am 76. Unabhängigkeitstag Israels veröffentlichte *Haaretz* sowohl in der englischen als auch in der hebräischen Ausgabe einen Leitartikel mit der Überschrift: „Wird Israel die 100-Jahr-Feier überleben? Nur wenn Netanjahu zurücktritt“. Die hebräische Ausgabe wurde ohne diese Einschränkung veröffentlicht. Fast vier Monate sind vergangen, und Netanjahu zeigt keine Anzeichen, abzutreten, und sabotiert die Verhandlungen über einen Waffenstillstand, um Wahlen zu verhindern.

Drei israelische Historiker, zwei Zionisten und ein Antizionist, haben erklärt, dass das zionistische Projekt an sein Ende gelangt ist. Wenn eine kritische Masse von Israelis, unabhängig von ihrer politischen Meinung, zu der Überzeugung gelangt, dass die israelische Apartheid unhaltbar geworden ist, werden sie nicht länger bereit sein, Energie und Geld zu investieren und ihr Leben und ihre Familien für das zionistische Projekt zu riskieren. Sie werden nach einer besseren Zukunft für sich selbst suchen, wie es jeder vernünftige Mensch tun würde, indem sie entweder Israel verlassen oder, noch besser, sich für ein neues und demokratisches politisches System in Palästina einsetzen. Eine Person, eine Stimme und eine Zukunft, an der jeder, unabhängig von Religion und ethnischer Zugehörigkeit, teilhaben kann.

aus *Mondoweiss* vom 19.07.2024

Übersetzung: MiWe



NEUE REPRESSION GEGEN SOLIDARITÄT

J. H. Wassermann

Die laufenden Zensur-, Verbots- und Strafmaßnahmen gegen die Palästina-Solidarität von Bund, Ländern und Behörden werden immer grotesker. Jetzt hat man den US-amerikanischen Journalisten und Gründer der Internet-Plattform *Electronic Intifada*, Ali Abunimah, ins Visier genommen. Er war als Referent für die Zoom-Konferenz „Palästina Konferenz im Exil“ eingeladen, die am 25./26.7.24 stattfand und von vielen Tausend verfolgt wurde. Ali Abunimah verfügt über ausgezeichnete Kontakte zu in Gaza verbliebenen (und überlebenden) Journalisten und berichtet immer wieder über das zügellose Massaker der israelischen Armee an der Zivilbevölkerung, aber auch über den hartnäckigen Kampf der palästinensischen Widerstandsorganisationen.

Zwei Stunden vor seinem Auftritt erhielt er durch einen Anwalt einen Ukas des Berliner Landesamts für Einwanderung (!), mit der ihm die Teilnahme an der Konferenz in jeder Form verboten wurde. Ihm wurden bei Zuwiderhandlung eine Geldstrafe und 1 Jahr Gefängnis angedroht. Das Vorgehen schließt nahtlos an die polizeiliche Auflösung der Palästina-Konferenz vom letzten April in Berlin an, die neben palästinensischen Solidaritätsorganisationen u.a. auch von der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost organisiert worden war. Damals wurden mehrere vorgesehene Redner mit Auftrittsverbot belegt, bereits bei der Einreise am Flughafen abgefangen oder die Übertragung gewaltsam unterbrochen. Es betraf v. a. den palästinensischen Chirurgen und Universitätsprofessor Ghassan Abu Sitta, der kurz zuvor in Gaza Kriegsopfer behandelt hatte, sowie den griechischen Politiker Yanis Varoufakis. Die deutschen Behörden wollten sogar ein EU-weites Auftrittsverbot für sie durchsetzen.

Ali Abunimah hielt dennoch seine Rede und erklärte, dass er keine Befehle von einem Regime befolgt, das einen Völkermord unterstützt, und zwar unabhängig davon, dass er US-Bürger ist oder in Deutschland lebt.

Als revolutionäre Marxist:innen wenden wir uns gegen jede Art der Einschränkung der demokratischen Rechte.

Wir verteidigen das Recht der freien Meinungsäußerung und solidarisieren uns mit denen, denen es verweigert werden soll.

Die Staatsgewalt in Deutschland versucht mit immer weitergehenden Unterdrückungsmaßnahmen – die immer absurdere Formen und groteskere Begründungen annehmen – jede andere Auffassung, jede Information, die nicht der angeblichen „deutschen Staatsräson“ entsprechen, auszuradieren und geht gegen alle vor, die sich nicht den Mund und das Denken verbieten lassen wollen. Es ist offensichtlich: Wer den völkermörderischen Krieg Israels und seine vollständige Missachtung aller internationalen Rechtsvorschriften militärisch, finanziell und diplomatisch unterstützt, wendet mehr und mehr undemokratische Mittel an, um Opposition dagegen zu unterdrücken.

27.07.2024

Quelle: <https://intersoz.org/ali-abunimah-im-visier/>



NEU bei ISP



Arne Andersen
unter Mitarbeit von Johannes Feest/
Sebastian Scheerer
**Apartheid in Israel – Tabu
in Deutschland?**
Hardcover, farbig, 499 Seiten
Subskriptionspreis bis zum
31.12.2024 24,80 €
ISBN 978-3-89 900-160-0

Die Autoren legen Grundlagen, um die Auseinandersetzungen in Deutschland um Positionen zum jüdischen Leben, um Israel und Palästina nachvollziehbar zu machen.

Der Palästina-Konflikt wird von seinen Anfängen bis zum aktuellen Gazakrieg facettenreich dargestellt. Zahlreiche Fotos, Schaubilder und Tabellen erleichtern den Zugang zum Thema.

Das Buch erscheint Anfang September 2024.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

NACH DEM ERDRUTSCH: WIDERSTAND UND NEU- AUSRICHTUNG

Erklärung von Anti*Capitalist Resistance zu den Parlamentswahlen: Die Tories wurden vernichtend geschlagen, Labour hat einen Erdrutschsieg erlitten, hinter dem wenig Begeisterung steht, und der Rechtsextremist Farage legt zu. Es gibt eine Opposition von links und zum Gazakrieg müssen wir jetzt den Widerstand organisieren.

■ Anti*Capitalist Resistance

1 Die überwältigende Mehrheit der Menschen wird froh sein über die Demütigung und vernichtende Niederlage der Tories. Sie haben den größten Mandatsverlust ihrer Geschichte erlitten. Konservative Regierungen haben uns 14 Jahre der Misswirtschaft, Korruption und Unehrlichkeit beschert. Die Sparpolitik von Cameron und den Liberaldemokraten hat das Leben von Millionen beendet oder verwüstet. Im Jahr 2010 gab es 35 Tafeln; heute sind es 3572. Unser Gesundheitswesen, unsere Bildung, unsere lokalen Dienstleistungen, unsere Versorgungsunternehmen und vieles andere wurden um lebenswichtige Mittel gebracht oder für private Bereicherung geplündert. Unsere Flüsse und Meere stinken und sind nicht zum Schwimmen geeignet, während die Aktionäre der Wassergesellschaften großzügig belohnt wurden. Johnsons kaltschnäuzige Missachtung der öffentlichen Gesundheit führte zu Tausenden von unnötigen Covid-Todesfällen. Regeln wurden uns auferlegt und von der Regierung selbst nicht befolgt. Seine Tory-Kumpane erhielten Millionen, um ungeeignete persönliche Schutzausrüstungen (PSA) zu beschaffen. Der extrem neoliberale Haushalt von Liz Truss führte dazu, dass Millionen von Menschen unter massiven Zinserhöhungen ihrer Hypotheken litten. Der Brexit hat das Wachstum

hart getroffen und die europäische Freizügigkeit gestoppt. Unter Sunaks Ägide sind die Energiepreise in die Höhe geschossen, und wir haben die schlimmste Explosion der Lebenshaltungskosten seit Jahrzehnten erlebt. Die Dämonisierung von Migrant:innen, Asylsuchenden und Trans-Personen hat zugenommen. Wir können zumindest einen Moment lang die politische Niederlage der Politiker:innen auskosten, die für das Ganze verantwortlich sind. Truss, Shapps, Mordaunt, Gullis, Rees-Mogg, Jenkyns und andere Minister:innen sind alle weg. Dieses Mal ging es Sunak umgekehrt zur Wahl von 2019, diesmal hat die Farage-Partei den Tories geschadet, nicht der Labour-Partei.

2 Starmer's neue Regierung wurde vom Großkapital begrüßt. Der *Economist*, die *Financial Times* und die Murdoch-Presse haben Labour bei dieser Wahl unterstützt. Als Starmer sagte, er habe die Partei verändert, um das Land verändern zu können, war dies die halbe Wahrheit. Ein sicherer Weg, an die Macht zu kommen, besteht darin, jede mögliche linke Bedrohung der Macht der Kapitalistenklasse zu zerstören, die wirklich das Sagen hat. Ja, er hat seine Partei verändert, aber seine neue Partnerschaft mit dem Kapital zur „Schaffung von Wohlstand“

wird das Land für die große Mehrheit nicht verändern. Sie wird dazu beitragen, die Profitmacherei für einige wenige noch weiter zu beschleunigen. Öffentliche Gelder werden an die Wirtschaft verschleudert werden, um „Wachstum“ zu fördern, das angeblich auf magische Weise nach unten durchsickern soll, um die Löhne und Sozialausgaben zu steigern. Vertreter:innen des Kapitals wurden bereits in sein Kabinetteam integriert, um sicherzustellen, dass diese Vision umgesetzt wird.

3 Der große Wahlsieg von Labour folgt auf den böartigen Gegenangriff der Rechten und des Zentrums der Labour Party gegen jeden Anschein einer moderat linken Infragestellung der Macht des Kapitals. Starmer's Kontrolle über die Arbeiterbewegung wurde verstärkt. Jede Wiederaufrechterung einer Corbyn-ähnlichen linken Mehrheit innerhalb der Labour-Partei ist zum Scheitern verurteilt – und wird es auf absehbare Zeit bleiben. Für eine Weile wird die neue Regierung wahrscheinlich eine Zeit der Flitterwochen genießen, in denen Spannungen oder Konflikte mit den Gewerkschaften oder der Linken kaum auftreten werden.

4 Doch dieses Ergebnis ist ein Zusammenbruch der Konservativen ebenso wie ein Sieg der Labour-Partei. Ein Journalist hat es zu Recht als Erdbeben, der keine Begeisterung zum Ausdruck bringt, bezeichnet. Das unfaire Mehrheitswahlssystem verzerrt massiv das Ausmaß des Triumphs von Labour. Gestern erhielt sie 9,6 Millionen Stimmen und damit rund 34 % der Stimmen. Die Labour-Partei unter Corbyn, von dem er behauptete, er verhindere einen Wahlsieg, erhielt 2017 13 Millionen Stimmen und 40 Prozent und 2019 10 Millionen Stimmen und 32 Prozent – und das Ergebnis wurde damals durch den Brexit und die de-facto-Wahlkoalition Johnson/Farage verzerrt. In Cymru [Wales] gab es wenig Begeisterung für Starmer. Obwohl Labour 27 von 32 Sitzen gewann, erhielt sie fast 150 000 Stimmen weniger als 2019, als Jeremy Corbyn an der Spitze stand. In den ärmsten Gemeinden wie Ely und Caerul lag die Wahlbeteiligung bei nur 23 Prozent. Alle haben den Mangel an Begeisterung für das Starmer-Projekt festgestellt. Die Wahlbeteiligung ist im Vergleich zu 2019 um sieben Prozentpunkte niedriger und liegt bei rund 60 Prozent. In diesem Klima, in dem es keine starke Identifizierung mit der Regierung gibt, ist es wahrscheinlicher, dass sich Arbeitskämpfe entwickeln. Die Begeisterung ist geringer als bei Blair 1997. Die neue Regierung hat jedoch bereits angedeutet, dass sie weder den Beschäf-

tigten im öffentlichen Dienst einen anständigen Lohn zahlen noch die Steuern für die Reichen erhöhen wird, um die Ausgaben für Gesundheit, Bildung, Sozialfürsorge oder die Ausgaben der Kommunen zu finanzieren. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Arbeiter:innen gegen diese Regierung streiken werden, und viele andere werden gegen die engen Vorgaben ihres Programms kämpfen. Es ist unwahrscheinlich, dass sie mit dem US-Imperialismus in Bezug auf den israelischen Apartheidstaat brechen wird. Anders als Spanien und Irland wird sie den palästinensischen Staat jetzt nicht anerkennen. Das deutliche Votum für die Labour-Linke zeigt, dass es Potenzial für Widerstand gegen die moderate Regierungspolitik gibt.

5 Wir müssen jeden Kampf oder Widerstand gegen die Politik dieser sozialdemokratisch-liberalen Regierung unterstützen. Wir respektieren keine Flitterwochen. Zunächst fordern wir die sofortige Umsetzung ihres sehr begrenzten Programms ohne weitere Einschnitte – mehr Rechte für Arbeiter:innen ab Tag Eins sowie die angekündigten Steuererhöhungen für Privatschulen und Non-Doms [Steuersparmodell für reiche Ausländer mit Zweitwohnsitz]; Abbruch des Ruanda-Projekts und Nutzung seiner Mittel für Bildung, Gesundheit und Umwelt.

6 Aber das ist nur der erste Schritt für die Arbeiterbewegung, um die Regierung zu viel radikaleren Maßnahmen zu zwingen – die Ausweitung der Arbeitsrechte durch die Abschaffung aller repressiven Gesetze Thatchers; eine Vermögenssteuer und eine erhöhte Kapitalertragssteuer, um unseren NHS [das staatliche Gesundheitswesen], unsere Bildung und unsere lokalen Dienstleistungen zu finanzieren; die Energie- und Versorgungsunternehmen in gesellschaftliches Eigentum überführen und etwaige erwirtschaftete Überschüsse für die Entwicklung eines viel ehrgeizigeren Energiewendepans verwenden, um die Klima- und Umweltkrise so zu bewältigen, dass die Verursacher zur Kasse gebeten werden; die sofortige Abschaffung der Zwei-Kinder-Grenze und anderer Leistungsobergrenzen und die Stärkung des Gleichstellungsgesetzes von 2010, um die Unterdrückten (einschließlich Trans-Menschen) besser zu schützen, sowie die Abschaffung der repressiven Gesetze zur öffentlichen Ordnung. Dies sind nur einige wenige Beispiele, aber solche Initiativen gehen Hand in Hand mit der Mobilisierung der Arbeitenden in diesen Sektoren zur Ausarbeitung von Aktionsplänen. Wir üben nicht nur Druck auf Labour aus, sondern versuchen, in all diesen Fragen eine eigenständige Selbstorganisation zu entwickeln.

7 Die Ergebnisse der gestrigen Parlamentswahlen zeigen, dass bis zu 3 Millionen Menschen links von Labour gestimmt haben, entweder für ein grünes Programm, das radikaler ist als das von Labour, oder für linke Unabhängige oder Kandidaten, die Labour in der Palästina-Frage angreifen. Allein die Grünen erhielten 6,8 % (plus 4 Prozentpunkte), fast 2 Millionen Stimmen, und haben jetzt 4 Abgeordnete. Unabhängige Pro-Gaza-Kandidaten gewannen vier Sitze und lagen knapp vor Labour in Wahlkreisen wie dem von Wes Streeting in Ilford North. Andrew Feinstein erhielt in Starmers Wahlkreis über 8000 Stimmen, Faiza Shaheen in Chingford kam auf 25 Prozent und hätte gewonnen, wenn Labour die Stimmen nicht gegen Duncan Smith aufgesplittert hätte. Corbyn gewann am Ende mit großem Vorsprung. Wir haben noch nie so viele Unabhängige im Parlament gesehen. Innerhalb von Labour gibt es immer noch eine geschwächte Linke wie die Grassroots Alliance, Momentum und die Socialist Campaign Group. Diese Tausenden von Aktivist:innen innerhalb und außerhalb von Labour bilden die Grundlage für ein strukturierteres Netzwerk oder eine Bewegung von Ökosozialist:innen und Klimaaktivist:innen, die bereit sind, sich gegen Starmer zu stellen, wenn er es nicht schafft, den Wandel voranzubringen, den wir brauchen. Die aktivistische Strömung der grünen Bewegung wie Just Stop Oil und Extinction Rebellion besetzt ebenfalls diesen politischen Raum. Der unerwartet hohe Erfolg all dieser Kräfte gibt uns Hoffnung, dass eine triumphierende Starmer-Regierung nicht ohne Widerstand voranzutreiben wird. Zu Beginn des Wahlkampfes wollte Starmer die erste schwarze Abgeordnete Großbritanniens loswerden. Er wurde von einer Basiskampagne gestoppt, die sich mit linken Abgeordneten, Gewerkschaften und der Welt der Kultur verband. Es gibt keinen Grund, warum solche Bündnisse nicht auch zu anderen Themen aufgebaut werden können. Die große Mehrheit könnte es den Abgeordneten erleichtern, sich der Labour-Führung zu widersetzen – ihre Rebellion würde die Regierung nicht stürzen. Jeder Kommentator und jede Umfrage haben sowohl auf den sehr starken Wunsch hingewiesen, die Tories loszuwerden, als auch auf geringe Begeisterung für Starmer und sein Projekt. Die Menschen könnten also bereit sein, die Regierung viel früher anzugreifen, als wir uns das vorstellen können. Selbst der große Erfolg der Liberaldemokraten mit bis zu 71 Sitzen spiegelt teilweise den Wunsch wider, die Gesundheits- und Sozialfürsorge angemessen zu finanzieren, was über die begrenzten Budgetpläne von Labour hinausgeht.

8 Farages rassistische Reformpartei war – nach Starmer – der Überraschungssieger des Abends. Sie gewann 4 Sitze und über 4 Millionen Stimmen. Ihr Stimmenanteil ist über 3 Prozentpunkte besser als ihr bisheriges Rekordergebnis im Jahr 2015. Die Reformpartei kam in Hunderten von Wahlkreisen auf Platz 2, auch bei einigen von Labour gehaltenen. Farages Hauptbotschaft nach der Wahl war, dass er die Tory-Partei überholen und zur wichtigsten Opposition gegen Labour werden wolle. Er ist in der Lage, eine Rolle bei der Neuordnung der rechten Politik zu spielen, entweder durch eine umgekehrte Übernahme der Tory-Partei oder durch eine neue Bewegung, die den traditionellen Toryismus bekämpft und einige von dessen Basis und Abgeordneten gewinnen wird. Dieser Prozess ist bereits im Gange. Er ist auch eine Bedrohung für die Starmer-Regierung. Farage hat gesagt, er wolle die wirkliche Opposition sein, die die Massenproteste anführt. Angesichts der geringen Anzahl seiner Abgeordneten im Verhältnis zu den Millionen von Stimmen ist er in der Lage, die Frustrationen seiner Basis auszunutzen, die sich vom politischen Prozess entfremdet fühlt. Labour griff Farage aus engstirnigen wahltaktischen Überlegungen heraus nicht an und dachte, Farage würde den Tories mehr schaden als Labour. Starmer zog sogar seinen Kandidaten aus dem Kampf in Clacton zurück. Labour trägt ebenso wie die Tories die Verantwortung für den Aufstieg der Reformpartei. Labour hat den rassistischen Rahmen der Debatte über Migrant:innen gesellschaftsfähig gemacht. Es wird an der Linken und der Arbeiterbewegung liegen, gegen eine stärker werdende Farage-Strömung zu kämpfen. Sein Erfolg wird auch die Selbstgewissheit neofaschistischer Straßenbanden unter der Führung von Tommy Robinson und anderen stärken.

9 Ökologische Aspekte fehlten größtenteils im Wahlkampf. Labour hatte sein Großbritannien-Energie-Projekt bereits verwässert und nicht in den Vordergrund gestellt, weil es Angst hatte, dass die Wähler:innen durch die Kosten abgeschreckt werden könnten. Sowohl die Liberaldemokraten, die sogar auf 71 Sitze kamen (mehr als die Nachwahlbefragung vermuten ließ), als auch die Grünen profitierten davon, dass sie die Umwelt auf die Tagesordnung setzten. Die Linke muss aufstehen und eine ökosozialistische Strategie verfolgen. Die andere große Fehlstelle im Wahlkampf war Gaza. Die großen Parteien haben es kaum erwähnt, aber das Auftreten unabhängiger Kandidat:innen hat dies völlig gestört. Wir begrüßen die Arbeit all jener Aktivist:innen, denen es gelungen ist, bei

dieser Wahl der Stimme der Palästinenser:innen Gehör zu verschaffen.

10 Die ACR wird sich in den Dienst des Widerstands gegen den sozialdemokratischen Liberalismus der Labour Party stellen. Wir werden jede Kampagne unterstützen, um Trans-, Frauen- und demokratische Rechte, Palästina, den Lebensstandard der Arbeitenden und öffentliche Dienstleistungen zu verteidigen und auf starke Maßnahmen zur Bewältigung der Klima- und ökologischen Krise sowie auf einen gerechten Übergang zu grünen Arbeitsplätzen zu drängen. Innerhalb der breiten Bewegung werden wir für die Notwendigkeit einer antikapitalistischen ökosozialistischen Strömung eintreten, die die Grundlage für eine strategische Alternative zur Labour-Politik bilden kann.

5. Juli 2024

aus: <https://internationalviewpoint.org/spip.php?article8583>

Übersetzung: Björn Mertens



Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

EIN ÜBERRASCHUNGSSIEG UND EINE KURZE VERSCHNAUFPAUSE

Die Neue Volksfront (NFP) hat soeben [am 7. Juli] 182 Abgeordnetensitze in der Assemblée Nationale (französische Nationalversammlung) errungen.

■ **Léon Crémieux**

Die linken Parteien, die bei den Europawahlen noch zersplittert waren, hatten innerhalb weniger Tage das Wahlbündnis NFP auf die Beine gestellt. Das endgültige Wahlergebnis markiert eine sensationelle Trendumkehr. Drohte bis vor kurzem noch die Gefahr eines rechtsextremen Zugriffs auf den Staatsapparat, konnte die Linke – nicht zuletzt aufgrund ihrer Absage an eine neoliberale Politik – im zweiten Wahlgang eine relative Mehrheit erzielen. Dieser Umschwung lässt sich nur durch die wochenlangen massiven Proteste der aktivsten Kräfte der Arbeiter- und Demokratiebewegung gegen die extreme Rechte erklären. Die Mobilisierungen führten zunächst zur Bildung der Neuen Volksfront mit La France insoumise (LFI), den Grünen (Europe Ecologie Les Verts, EELV), der Sozialistischen (PS) und der Kommunistischen Partei (PCF) sowie anderen linken Parteien wie der NPA (Nouveau Parti anticapitaliste), dann zu einer hohen Wahlbeteiligung und schließlich am Wahltag selbst zu einer enttäuschenden Bilanz für den RN.

Nachdem der Rassemblement National im Anschluss an sein Ergebnis von 31,34 % bei den Europawahlen am 9. Juni im ersten Wahlgang am 30. Juni mehr als 33 % der Stimmen erhalten hatte, deutete alles darauf hin, dass er im zweiten Wahlgang eine erkleckliche Anzahl von Abgeordneten stellen würde, da ihm alle Umfragen weit über 200 Mandate voraussagten und sogar eine absolute Mehrheit von 289 Sitzen für möglich hielten.

Die französischen Abgeordneten werden in den 577 Wahlkreisen des Landes in zwei Durchgängen gewählt. Wenn im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten 50 % der abgegebenen Stimmen erreicht hat, findet am darauffolgenden Sonntag ein zweiter Wahlgang statt, bei dem sich die Kandidaten, die im ersten Wahlgang die Stimmen von mehr als 12,5 % der eingetragenen Wähler erhalten haben, erneut der Wahl stellen können. Sie können jedoch auch innerhalb von zwei Tagen nach dem ersten Durchgang auf ihre Kandidatur verzichten. Nach der ersten Runde standen lediglich 76 Abgeordnete fest. Von den 501 verbliebenen Wahlkreisen kam es nur in 191 Fällen automatisch zu einer Stichwahl zwischen zwei Bewerbern, da die anderen Kandidaten unter die 12,5-Prozent-Hürde fielen. In 310 weiteren Wahlkreisen blieben jedoch drei oder sogar vier Kandidaten im Rennen. Der RN und seine Verbündeten (Teile der Republikaner unter dem Parteivorsitzenden Eric Ciotti) hatten im ersten Wahlgang 39 Sitze errungen und lagen in 260 der noch offenen Wahlkreise in Führung. Die Wahrscheinlichkeit war also hoch, dass der RN im Fall einer Dreierkonstellation eine satte Mehrheit an Mandaten erobern würde.

Noch am Abend des Wahlsonntags kündigte die Neue Volksfront geschlossen an, ihre Kandidaten überall dort zurückzuziehen, wo diese nur den dritten Platz erreicht hatten, um die Wahl von rechtsextremen Kandidaten zu verhindern. Das Lager um Präsident Macron konnte sich

jedoch weder am Sonntagabend noch am Montag zu einer Entscheidung durchringen und weigerte sich ausdrücklich, zu einer gemeinsamen Front gegen den Rassemblement National aufzurufen. Mehrere Persönlichkeiten, wie der ehemalige Premierminister Edouard Philippe oder die Präsidentin der Nationalversammlung Yaël Braun Pivet, bestanden darauf, sich gleichermaßen vom RN und von La France insoumise (LFI) zu distanzieren. Erst am Dienstagabend sahen sich 81 der 95 drittplatzierten Kandidat:innen von Ensemble [dem Wahlbündnis von Präsident Macron] gezwungen, auf ihre Kandidatur zu verzichten, womit sich die Gesamtzahl der taktischen Rückzüge zur Verhinderung des RN auf 221 erhöhte.

Unmittelbar nach dem ersten Wahlgang kam es zu einer bemerkenswerten Zunahme der Aktivitäten der militanten Kräfte, der Gewerkschaften und der Organisationen der Arbeiter- und der Demokratiebewegung, um den Höhenflug des Rassemblement National aufzuhalten und seine Regierungsübernahme zu verhindern. Das äußerte sich in Aufrufen, Demonstrationen und vor allem in den sozialen Netzwerken, wo der wahre Charakter des Rassemblement National in beeindruckender Weise bloßgestellt wurde. Es wurde schlüssig erklärt, dass es sich beim RN um eine rechtsextreme Kraft handelt, die aus faschistischen Strömungen in Frankreich hervorgegangen ist und die – wie ihre europäischen Pendanten der Gruppierung „Identität und Demokratie“¹ – nicht nur eine rassistische Politik verfolgt, sondern auch die sozialen und demokratischen Rechte in Frage stellt.

Die Aktivisten und Funktionäre des RN zeigten zwischen den beiden Wahlgängen etwas zu schnell ihr wahres Gesicht, da sie sich ihres Sieges sicher waren. So begann das seriöse Image, um das sie sich in den Medien monatelang bemüht hatten, zu bröckeln. Rassistische Äußerungen und Übergriffe in Städten und Stadtvierteln häuften sich, und der RN erklärte, er werde umgehend den Kampf gegen französische Staatsbürger mit doppelter Staatsbürgerschaft aufnehmen, da diese keinen Anspruch auf ein politisches Amt hätten. So hätte etwa Najat Vallot-Belkacem, die ehemalige Bildungsministerin von François Hollande, als französisch-marokkanische Staatsbürgerin diese Funktion niemals ausüben dürfen. Aber gleichzeitig haben soziale Netzwerke und unabhängige Medien den Hintergrund von Dutzenden Kandidaten des RN aufgedeckt, die sich in der Öffentlichkeit mit Nazisymbolen zeigten, für gewalttätige Übergriffe verantwortlich waren oder offen rassistische Äußerungen tätigten.

Gabriel Attal, der scheidende Premierminister, war gezwungen, innerhalb weniger Tage eine 180°-Wende

zu vollziehen. Nachdem er die NFP frontal angegriffen und La France insoumise (LFI) als „Antisemiten, die sich weigern, die Hamas als Terroristen zu bezeichnen“, in die Nähe von Kriminellen gerückt hatte, nachdem er vor „Extremisten auf allen Seiten“ gewarnt hatte, musste er nun unmissverständlich dazu aufrufen, der „Bedrohung durch die extreme Rechte“ Einhalt zu gebieten und den Kandidaten des RN im ganzen Land eine Niederlage zuzufügen.

Es konnte also überzeugend nachgewiesen werden, dass der Rassemblement National eine reale Gefahr darstellt, und zwar nicht nur für die Rechte und die Sicherheit der von Rassismus betroffenen Unterschicht, sondern auch für die Rechte und die Sicherheit von Frauen, LGBTQ+-Personen sowie generell für die demokratischen Freiheiten und die Gesamtheit der sozialen Rechte. Der zutiefst antisemitische und antisoziale Charakter des Rassemblement National wurde energisch verurteilt. Damit war Schluss mit dem Klima der Resignation und der wohlwollenden Gleichgültigkeit, zu dessen Verbreitung vor allem die Rund-um-die-Uhr-Nachrichtensender in den Händen einiger französischer Milliardäre beigetragen hatten.

Wären Macron und seine Kandidaten die einzige Alternative zum RN gewesen, hätte es diese überwältigende Welle der Empörung nie gegeben. Macron hatte sich bereits als „heroischer“ Präsident in Stellung gebracht, der einer allfälligen Regierungsübernahme durch den RN die Stirn bietet, obwohl er selbst die Voraussetzungen für dessen Aufstieg geschaffen hatte. Die breite Front gegen den RN konnte ihre Dynamik auch deshalb entfalten, weil sich mit dem Auftreten der NFP eine mögliche Alternative aufgetan hatte. Der NFP wiederum wurde durch die Dynamik der sozialen Bewegungen und insbesondere durch den Gewerkschaftsbund CGT der Rücken gestärkt. Bereits am Abend nach der Ankündigung der vorgezogenen Parlamentswahlen rief Sophie Binet, die Generalsekretärin der CGT, zur Bildung einer Volksfront gegen die extreme Rechte auf. Ein gewerkschaftsübergreifender gemeinsamer Appell von CGT, CFDT, FSU, Solidaires und UNSA, der dazu aufforderte, die extreme Rechte an der Wahlurne zu verhindern, unterstreicht eindrucksvoll die Breite dieser sozialen Bewegung.

Die Wahlbewegung gegen die Kandidaten des RN strafte am 7. Juli alle Prognosen und Umfragen Lügen, da die taktischen Rückzieher keineswegs zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung geführt hatten und die Stimmübertragungen größtenteils zu Lasten des RN gingen. Die extreme Rechte wird also nach wie vor im ganzen Land vehement abgelehnt, denn eine Mehrheit

der Wähler war nicht bereit, sie an die politische Macht kommen zu lassen.

Aber obwohl der Block um den RN letztlich nur 143 Abgeordnete stellen wird, hat er doch mit einem Zuwachs von mehr als 50 Abgeordneten enorm zugelegt. Zudem findet das starke Abschneiden des RN insofern keine parlamentarische Entsprechung, als mit 33 % der Stimmen nur 25 % der Sitze gewonnen werden konnten.

Jedenfalls ist die Neue Volksfront, die zusammen mit verschiedenen anderen Linken rund 190 Sitze stellt, nach diesen Wahlen die größte Fraktion in der Nationalversammlung. Aber noch ist alles offen.

Die NFP erhebt nun den legitimen Anspruch auf das Amt des Premierministers, da der Staatspräsident gemäß den seit 1958 bestehenden institutionellen Gepflogenheiten einen Vertreter der Gruppierung, die als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen hervorgegangen ist, für dieses Amt ernennen muss. Daran gibt es nichts zu rütteln, doch wie immer will Macron seine politischen Misserfolge nicht eingestehen. Er führt ins Treffen, dass die NFP über keine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung verfügt, da die Linke insgesamt nicht mehr als 190 Sitze erhalten hat. Er selbst regiert jedoch seit Juni 2022 mit einer relativen Mehrheit von 250 Mandaten und setzt seine Politik mit Dekreten und mit dem Verfassungsartikel 49.3 durch, um parlamentarische Abstimmungen zu umgehen.

Mit der Behauptung, in Wirklichkeit selbst die Mehrheit zu stellen, möchte das Wahlbündnis um Macron die NFP ausschalten. Man versucht also, eine neue Scheinkoalition mit wechselnden Akteuren aus dem Hut zu zaubern. Dabei liebäugeln die Funktionäre von Ensemble mit verschiedenen Szenarien, etwa mit einem Bündnis zwischen Ensemble (163 Sitze) und der kleinen Fraktion der Republikaner (66 Sitze) oder mit einer Koalition der rechten Mitte und der Linken ohne LFI, also mit denjenigen Sozialisten und Grünen, die mit dem Lager von Macron verbündet sind.

Offensichtlich kann sich Macron gegenüber der Nationalversammlung momentan nicht durchsetzen. Davon abgesehen besteht aber auch eine allgemeine Pattsituation aufgrund der institutionellen Spielregeln der Fünften Republik, wonach parlamentarische Koalitionen zugunsten eines Mehrheitslagers um den Präsidenten praktisch ausgeschlossen sind, was auch durch das französische Wahlrecht begünstigt wird. Seit 1958 hat sich das gaullistische System von parlamentarischen Bündnissen, die in der Vierten Republik noch üblich waren, verabschiedet und setzt stattdessen auf Mehrheiten rund um die Partei des Präsidenten.

Allerdings musste sich das System ab 1986 weiterentwickeln und „Kohabitationen“ zwischen einem linken oder rechten Präsidenten und entgegengesetzten parlamentarischen Mehrheiten zulassen. Koalitionen zwischen mehreren Parteien, die gemeinsam ein Regierungsprogramm aushandeln und so dem Präsidenten der Republik eine Nebenrolle zuweisen würden, waren jedoch nie vorgesehen. Im Übrigen schwebt Macron immer noch vor, eine Pseudomehrheit zustande zu bringen – mit ihm selbst als Chef des Orchesters. Am Montagmorgen hat er Gabriel Attal erneut als Premierminister bestätigt. Trotz eines Verlusts von fast 100 Sitzen, der ohne die Stimmübertragungen der Linken im zweiten Wahlgang noch viel größer ausgefallen wäre, inszeniert sich Macron als der eigentliche Wahlsieger, anstatt seine Niederlage einzugestehen. Man wird sehen, wie sich dieses Kräftemessen in den kommenden Tagen entwickeln wird.

Die Neue Volksfront hält zusammen

Vorerst konnten die Parteien der NFP den Zentrifugalkräften widerstehen, die vor einem Jahr zum Auseinanderbrechen der NUPES (Neue Ökologische und Soziale Volksunion) geführt hatten. Das ist auf den Druck der sozialen Bewegungen und auf die Gefahr, die vom RN ausgeht, zurückzuführen. Trotz aller Bemühungen der Macron ergebenden Medien sprechen die Vertreter der vier Parteien, die den Kern der Koalition bilden, seit zwei Wochen mit einer einzigen Stimme und vermeiden Alleingänge. In den kommenden Tagen wird vermutlich versucht werden, diese Einheitsfront aufzubrechen, indem man die Parteiführer der PS, der Grünen und sogar der PCF sowie Persönlichkeiten aus den Reihen von LFI, wie François Ruffin, gehörig unter Druck setzt.

Aber die Parteiführer der PS und der Grünen haben begriffen, dass ein Nachgeben gegenüber den Verlockungen des „linken“ Neoliberalismus oder zugunsten einer fragwürdigen Vereinbarung mit Macron einem Rückfall in die ausgetretenen Pfade gleichkäme, die den Vormarsch der extremen Rechten begünstigt und auf europäischer Ebene mehrere grüne Parteien in eine Krise gestürzt haben.

Auch die Tatsache, dass François Hollande [Präsident der Republik von Mai 2012 bis Mai 2017] im Département Corrèze für die NFP kandidierte, hat den Charakter des Wahlbündnisses nicht verändert. Obwohl das Parteiprogramm der NFP dem Kapitalismus keine grundsätzliche Absage erteilt, stellt es soziale Anliegen in den Mittelpunkt, insbesondere was Renten, Löhne, Preise und öffentliche Dienstleistungen betrifft. Damit reagiert

das Programm auf die Proteste der letzten Jahre, greift die Forderungen der sozialen Bewegungen auf und kommt den Bedürfnissen der einfachen Bevölkerung entgegen, die unter dem Diktat des neoliberalen Kapitalismus leidet. Das hat im Übrigen auch die überwiegende Mehrheit der verschiedenen, sogar der radikalsten, Strömungen der sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen begriffen. Aus diesem Grund hat sich auch die Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA) mit der Kandidatur von Philippe Poutou im Département Aude der NFP angeschlossen. Andere Gruppierungen, wie Lutte ouvrière, POID (Parti ouvrier indépendant démocratique), Révolution permanente oder NPA-R [NPA-Révolutionnaire] haben sich in den letzten Wochen von der Wahlbewegung distanziert, um ihre eigene politische Identität zu wahren. Diese Position entsprach jedoch nicht der in Aktivistenkreisen verbreiteten Haltung, wo man die Dringlichkeit erkannt hatte und daher die unterschiedlichen Phasen [im politischen Kampf] auseinanderhalten wollte. Das gilt etwa auch für die Position der Union der Libertären Kommunisten (UCL).

Die NFP kündigte an, dass sie, falls sie mit der Regierungsbildung beauftragt wird, umgehend eine Anhebung des Mindestlohns (SMIC) von 1400 auf 1600 Euro netto, eine Erhöhung der Beamtengehälter um 10 %, eine Anpassung der Löhne an die Preise, die Aufhebung der Rentenreform (die Macron vor einem Jahr mit einer Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 64 Jahre durchgeboxt hatte), die Einführung eines Preisstopps für die wichtigsten Lebenshaltungskosten und eine Erhöhung der Wohnbeihilfe um 10 % in Angriff nehmen würde. All diese Maßnahmen wären zweifellos zu begrüßen.

Aber derzeit kann niemand voraussagen, was die kommenden Wochen in Bezug auf die Regierungsbildung bringen werden oder ob es noch zu überraschenden Wendungen kommen wird.

Unabhängig davon gilt es, einige wichtige Aspekte zu beachten. Es geht zunächst darum, den Fortbestand der Neuen Volksfront im Sinn eines gemeinsamen politischen Projekts auf der Grundlage eines antikapitalistischen Programms zu sichern, auch wenn das aktuelle Programm gewisse Mängel aufweist, da es das System als solches nicht in Frage stellt. (So fehlen beispielsweise Aussagen über die öffentliche Aneignung der Schlüsselsektoren der Wirtschaft.) Sollte es die NFP nicht schaffen, über die Wahlen hinaus als geeinte politische Kraft in den Städten und Stadtvierteln Fuß zu fassen, insbesondere dort, wo es dem RN gelungen ist, die Bevölkerung mit Versprechungen, für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einzu-

treten, zu täuschen, wird es langfristig keinen sozialen Fortschritt und keinen erfolgreichen Widerstand gegen die neoliberalen Kräfte geben.

Die sozialen Bewegungen müssen also weiterhin aktiv in das politische Geschehen eingreifen und zum Aufbau einer gemeinsamen Front aller [fortschrittlichen] politischen und sozialen Kräfte beitragen, um den Vormarsch des RN aufzuhalten. Zwar wurde ein Sieg der RN bei den Wahlen vorerst vereitelt, aber sein gesellschaftlicher Einfluss hat sich dadurch nicht verringert. Antifaschistische Aktionen, antirassistische Mobilisierungen und die Entlarvung des tatsächlichen Charakters des RN sind in den kommenden Monaten von größter Bedeutung, aber um die Verankerung des RN in der Bevölkerung aufzubrechen, muss ein politisches und soziales Projekt, das bei den sozialen Bedürfnissen ansetzt, entwickelt, verbreitet und umgesetzt werden. Nur so lässt sich die Ideologie des neoliberalen Kapitalismus mit seiner repressiven und rassistischen Sicherheitspolitik bekämpfen, die den Nährboden für die extreme Rechte in Frankreich und Europa bereitet. Wenn eine antikapitalistische Alternative unter der einfachen Bevölkerung kein Gehör findet, wird der Rassemblement National auf Dauer nicht zu Fall gebracht werden können.

9. Juli 2024

aus: <http://alencontre.org/laune/france-une-victoire-surprise-et-un-sursis-face-au-rassemblement-national.html>

Übersetzung: E. F.

1 Am 8. Juli trat der Rassemblement National – der über 30 Europaabgeordnete verfügt und damit die erste Delegation gewählter Vertreter in Straßburg ist – der Fraktion „Patrioten für Europa“ bei, die sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt: der Fidesz des ungarischen Premierministers Viktor Orban, der rechtsextremen österreichischen Partei FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs), der niederländischen PVV (Partij voor de Vrijheid – Partei für die Freiheit) von Geert Wilders, der ANO (Akce nespokojenych obcanu – Aktion der unzufriedenen Bürger) des ehemaligen tschechischen Ministerpräsidenten Andrej Babis (das Akronym ANO bedeutet auf Tschechisch Ja), Vox (Spanien) von Santiago Abascal, Chega (Portugal) von André Ventura, der Dänischen Volkspartei (Dansk Folkeparti), der flämischen Unabhängigkeitspartei Vlaams Belang und der italienischen Lega von Matteo Salvini. Vorsitzender der Patrioten für Europa ist Jordan Bardella vom Rassemblement National. Die Fraktion umfasst 84 Europaabgeordnete; die Europäische Volkspartei (EVP) verfügt über 188 und die Sozialdemokratische Fraktion über 136 Abgeordnete. (Red. von *A l'encontre*)

NACH DEN PARLAMENTSWAHLEN IN FRANKREICH

Die Neue antikapitalistische Partei (NPA) hatte sich Ende 2022 gespalten. Neben der NPA-L'Anticapitaliste (siehe den Artikel von Léon Crémieux in diesem Heft) gibt es die NPA-Révolutionnaires, deren Resolution wir hier in Auszügen wiedergeben.

■ NPA-Révolutionnaires

I Republikanische Front versus Klassenkampf

Der Rassemblement National (RN) hat schlussendlich nicht die Mehrheit im Parlament erzielt, zu der er die Wähler:innen aufgerufen hatte und die angesichts seines Ergebnisses im ersten Wahlgang und des verzerrenden Systems der Persönlichkeitswahl zu befürchten war. Allerdings ist es nicht so, dass der RN zwischen den beiden Wahlgängen Stimmen verloren hätte, er hat vielmehr in den Wahlkreisen, um die es ging, Stimmen dazugewonnen.

Es liegt am Rückzug der Drittplatzierten von der Stichwahl (was von der Linken großzügiger gehandhabt wurde als von der Rechten), dass das Ergebnis quasi auf den Kopf gestellt wurde durch einen Wahlmodus, der eigentlich der Partei mit den meisten Stimmen einen Vorteil (gegebenfalls die Mehrheit) verschaffen soll. Auch wenn es sicherlich viele Wähler:innen gibt, die nicht unbedingt die geringste Illusion in diejenigen hatten, die auf der Linken die Empfehlung gaben, Macronisten zu wählen, oder umgekehrt, so wollten sie doch einfach ihre Ablehnung der extremen Rechten und ihres Rassismus mit allen Mitteln zum Ausdruck bringen. Im ersten Wahlgang hatten der RN und seine Verbündeten vom Ciotto-Flügel der LR, die zusammen mit 33,15 % der Stimmen an der Spitze lagen, am Ende [nach dem zweiten Wahlgang] nur 24,8 % der Abgeordnetensitze erzielt. Die NFP [Neue Volksfront] erreichte mit 28 % der Wähler 31,5 % der Sitze und die

Macronisten mit mageren 20 % der Stimmen in der ersten Runde 29,1 % der Sitze.

Der RN hat es noch nicht an die Macht geschafft. Das ist für alle eine Erleichterung. Aber sein Einfluss ist immer noch da, vor dem sich alle anderen Parteien, die an die Regierung drängen, möglicherweise auch weiter beugen werden, indem sie ihre Politik immer weiter nach rechts ausrichten. Dies läuft unter dem Vorwand, dem RN den Wind aus den Segeln zu nehmen, und vor allem, um die unternehmerfreundliche Politik gegen die Interessen der Arbeiter fortzuführen, die wir jeden Tag erleben und die den politischen Nährboden für den RN gebildet hat.

Um herauszufinden, wer die Verantwortung für das Amt des Premierministers übernehmen wird, mit all seinen Vorteilen, aber auch seinen Nachteilen (da das Amt die Kandidaten für 2027 kompromittieren kann) schiebt jeder seine Figuren vor und stellt entsprechende Rechnungen auf.

Zwar gibt es Stimmen in der PS (Sozialistische Partei) oder der PCF (Kommunistische Partei), die eine „große Koalition“ nach deutschem Vorbild mit einer stärkeren Rolle des Parlaments in Betracht ziehen, doch bleiben sie aufgrund des überraschenden ersten Platzes der NFP im Wahl-Terzett vorerst in der Minderheit.

Jean-Luc Mélenchons Credo, wonach „das ganze Programm und sonst nichts“ umgesetzt werden müsse, wird bereits von seinen gestrigen Verbündeten kritisiert.

Was für ein unerträglicher „Linksradikalismus“! Freilich geht dieses „Programm“ nicht sehr weit. Die einzige (eher zaghafte) Forderung von Bedeutung, der Mindestlohn von 1600 Euro, gehe bereits zu weit: Dafür wäre eine Gesetzesnovelle erforderlich, erklärt die Vorsitzende der Grünen. Und natürlich bräuchte es dann im Gegenzug ein Votum für die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen, um eine wirtschaftliche „Katastrophe“ zu verhindern. Was die Aufhebung der asozialen Rentenreform betrifft, merkt man inzwischen, dass sie nicht per Dekret erfolgen kann, sondern ein Gesetz erfordern würde ... also monatelanges parlamentarisches Palaver im Kriechgang! [...]

II Wahlerfolge der extremen Rechten in der Arbeiterklasse

Die Revolutionäre sind in intensiven Auseinandersetzungen mit RN-Wähler:innen in den Betrieben. [...] Besonders heiß waren die Debatten, bevor die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs bekannt wurden.

In den Diskussionen legten die Genoss:innen den Schwerpunkt auf die Entzauberung der RN-Politik und erklärten das Arbeiterfeindliche und Rassistische an den Positionen des RN. Dabei erläuterten sie auch die Ähnlichkeit des RN mit der Politik von Macron und der Linken [als diese an der Regierung war] und hoben die Bedeutung kollektiver Kämpfe hervor, mit der sich die Arbeiter:innen gegen die Bosse zur Wehr setzen. Doch all dies hat nichts an der Stimmabgabe für den RN geändert. Überzeugte RN-Anhänger blieben eher schweigsam, einige bezeichneten sich gar als „unpolitisch“. Bei der Verteilung von Flugblättern „gegen die extreme Rechte und Macron“ auf Baustellen der SNCF (Staatl. Eisenbahngesellschaft Frankreichs) in Regionen mit hoher RN-Anhängerschaft kam es zu sehr angespannten Diskussionen. PCF-Wähler:innen gaben an, dass sie noch nicht entschlossen seien, den RN zu wählen. Aufmerksame und grinsende junge Menschen kamen jedoch zu dem Schluss, dass sie den RN wählen würden.

Es ist anzumerken, dass die Diskussionen selten spontan waren. Die RN-Gegner konnten als erste sprechen, aber sie wollten die Stimmung nicht verderben. Die RN-Wähler:innen hingegen sprachen bereitwillig über ihre Absicht, den RN wieder zu wählen, während diejenigen, die die extreme Rechte nicht mögen, dies nur flüsterten.

Was mit den Äußerungen der RN-Anhänger:innen zum Ausdruck kam, war sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite war es Klassenhass, der sich gegen Macron und

die seinerzeit regierende Linke richtet, aber auch gegen die Gewerkschaftsführungen, die in früheren Streiks direkt in die Niederlage geführt haben. Hier äußerte sich der Groll derjenigen, die gestreikt haben, aber keinen Erfolg errungen haben. Die mannigfaltige Verantwortung der Linken ist spürbar. Auf der anderen Seite ist die Unterstützung des RN auch eine Zustimmung zu reaktionären Thesen, mit vielen Phantastereien über diejenigen, die von Sozialhilfe leben, ohne zu arbeiten, oder auch über die Unsicherheit und die Notwendigkeit, die Ordnung wiederherzustellen. Es gibt auch Kritik an Frauenrechten oder auch am Wokismus und der Bevorzugung von Minderheiten auf Kosten anderer ... Dies war Ausdruck von viel Demoralisierung, basierend auf der Einschätzung, dass man nichts ausrichten könne, sowie der Überzeugung, dass man den Reichen nichts anhaben könne, einschließlich der Position, mit Lohnerhöhungen vergraulen man die Unternehmer.

Hier und da war der Ton jedoch aufmunternder, die Hoffnungen (oder Illusionen!) in die Linke war präsenter und die Diskussionen änderten sich, wenn Kolleginnen und Kollegen afrikanischer Herkunft daran teilnahmen. Die Zunahme rassistischer Angriffe und die Entfesselung von Hass in den sozialen Netzwerken waren ihnen nicht entgangen. Eine echte Angst im Hinblick auf den Abend des 30. Juni, falls der RN gewinnen sollte.

III Erleichterung und Trendwende am Tag nach dem zweiten Wahlgang

Soweit wir das jetzt, nur wenige Tage nach dem zweiten Wahlgang, beurteilen können, gibt es nun häufigere und kollektive Diskussionen, und zwar nicht nur leere Phrasen, sondern manchmal auch hartnäckige Interventionen von Kolleg:innen: Manche äußern sich zufrieden und haben hohe Erwartungen an die NFP, andere sind skeptischer, wollen aber trotzdem schauen, was rauskommt. Die meisten sind erleichtert über den Stupser, den der RN bekommen hat, Dinge also, die sie in der Zeit zwischen den beiden Wahlgängen nicht zu äußern wagten. Die Zeit ist reif für eine Umkehrung der Lage, man wird dies verfolgen müssen. Zwar bleiben die gleichen Probleme bestehen, aber es sind nicht mehr die gleichen Personen, die den Mund aufmachen [...].

VI Einige Punkte zu unserer Politik in den kommenden Wochen.

1. Seit Jahren untergräbt die Offensive der Unternehmer vor dem Hintergrund interimperalistischer Spannungen die politische Stabilität. Die Auflösung des Parlaments hat

die politische Krise vertieft. Das Ergebnis der Parlamentswahlen hat sie nicht gelöst, ganz im Gegenteil, es ist in dieser Hinsicht eine Niederlage für Macron. Eine solche Krise bei denen „da oben“ kann zu Revolten „da unten“ führen. Die Bourgeoisie weiß das, sie hat kein Interesse daran, diese Krise zu verlängern, schon gar nicht in einem angespannten internationalen Kontext. Aber bisweilen steht ihr keine Alternative zur Verfügung.

Seit dem 9. Juni haben wir festgestellt, dass diese Krise, – auch wenn sie gegenwärtig bloß auf Wahl- und Parlamentsebene besteht –, zu täglichen Diskussionen in allen Kreisen führt, selbst in Kreisen von Lohnabhängigen, die der Politik normalerweise gleichgültig gegenüberstehen. Die Verlängerung der institutionellen Krise kann zusätzliche Schichten politisieren und sogar zu Aktionen motivieren. In diesem Sinne müssen wir diese Krise für unsere Aktivitäten nutzen, vor allem als eine Gelegenheit, unsere Perspektiven bekannt zu machen und die allgemeine Organisation zu befördern.

2. Die drei Wahltermine [die Europawahl und die beiden Wahlgänge zur Parlamentswahl] waren durch den Aufschwung des RN geprägt, der seinen Aufstieg seit 2007 fortsetzt. Die Möglichkeit, dass der RN an die Macht kommt, wurde nur vorübergehend verhindert. Auf Dauer kann es sehr wohl dazu kommen, denn der Aufschwung des RN im ersten Wahlgang war eine Folge davon, dass er bei der jeweils vorangegangenen Wahl im zweiten Wahlgang durch den republikanischen Damm blockiert worden war.

Unser Hauptproblem ist die Wahlunterstützung für den RN und die Verbreitung eines Teils der Ideen, die er in unsere Klasse trägt. Kämpfe sind die Momente, die wirkliche politische Umschwünge ermöglichen – vorausgesetzt, sie werden nicht von denjenigen geführt, die sie verraten. Aber wir müssen unsere täglichen Argumente schärfen: Wir müssen weiterhin zeigen, dass der RN eine Partei für Unternehmerinteressen ist – auch wenn die meisten ihrer Wähler:innen sie gutheißen. Das ist das zentrale Argument, um zu zeigen, dass er nicht antisystemisch ist.

3. Der RN befördert rassistische Vorurteile, die auf dem Nährboden der Resignation nach sozialen Niederlagen wachsen. Aus diesem Grund reicht das Argument eines „bürgerlichen“ RN nicht aus. Wir müssen rassistische Ideologien (gegen Migrant:innen und Sozialhilfebezieher:innen, für härtere Sicherheitspolitik und mit einer pseudo-antireligiösen Einstellung) bekämpfen, indem wir sie mit den Klassenkämpfen in Verbin-

dung setzen, deren Einheit diese spaltenden Operationen hinwegfegen muss.

Zur Abwehr gegen rassistische Äußerungen oder Angriffe verlassen wir uns dort, wo wir sind, nicht auf die Justiz oder die Polizei. Wir geben uns nicht mit Grundsatzklärungen zufrieden, sondern versuchen, die betroffenen Kreise (in den Unternehmen, an der Uni oder im Stadtviertel) zu organisieren, um einen erfolgreichen Gegenruck auszuüben, der die Rassist:innen zum Schweigen bringt und sie daran hindert, Schaden anzurichten.

4. Der Aufstieg der extremen Rechten kann einige Nazigruppen dazu ermuntern, sich weiter aufzubauen und aktiv zu werden. Es gibt Anzeichen dafür, dass dies geschieht. Aber das ist nicht das Hauptmerkmal der Situation, auch wenn sich das schnell ändern kann. Im gegenwärtigen Stadium liegt der Aufstieg des RN in Wahlerfolgen und auf der institutionellen Ebene. Sein Ziel ist es, mehr institutionelle Respektabilität zu erreichen. Der Kampf gegen die extreme Rechte ist also nicht in erster Linie „Antifa“ im Sinne von Straßenschlachten und physischer Konfrontation, sondern führt über den Klassenkampf und die Entwicklung unserer kommunistischen Perspektiven.

5. Die Parteien, aus denen sich die NFP zusammensetzt, sind in Bewegung, in dem Sinne, dass sie ihre Ellenbogen ausfahren, um sich in der politischen Situation durchzusetzen. Natürlich sind wir – aus guten politischen Gründen – nicht dabei. Die durch die Parlamentskrise ausgelöste Politisierung wird diese linken Organisationen stärken, und vielleicht auch die wenigen linksradikalen Organisationen, die sich dafür entschieden haben, sich dort einzufügen, wie die POI [Parti Ouvrier Indépendent] oder die NPA-L'Anticapitaliste. Aber wir können ebenfalls von gegenwärtigen Politisierung profitieren, die nicht völlig polarisiert ist, weder durch den RN (der immer noch keine Partei von Aktiven ist) noch durch die linken Organisationen (die ebenfalls immer weniger aktivistische Parteien sind, wenn sie es denn jemals waren, so z. B. die LFI [La France Insoumise]; sie sind eher Wahlmaschinen, auch wenn sie gewerkschaftliche Unterstützung finden, aber sie sind nicht die einzigen, die der Wut einen politischen Ausdruck verleihen).

Die LFI nimmt eine Sonderstellung ein: Sie ist die größte linke Parlamentsfraktion, die aktivste und linkeste und erscheint aufgrund der Verleumdungsversuche ihrer Konkurrenten und Gegner in den Augen der meisten Menschen sogar als linksextrem. Dies kann einen rebellischen Teil der Jugend anziehen.

Es geht nicht darum, mit der Prognose zu überzeugen, dass sie in mehr oder weniger naher Zukunft Verrat begehen werden. Es geht vielmehr darum, in jeder konkreten Phase der Krise aufzuzeigen, was ihre Politik ist. Sie haben mit einer NFP, die die PS wieder in den Sattel gehoben hat, eine Alternative zu Macron versprochen. Sie haben den RN blockiert, indem sie Macron bei der Wahl vor dem Ertrinken bewahrt haben. Heute erheben sie Anspruch auf den Posten des Premierministers, indem sie die Kohabitati-on mit Macron als selbstverständlich hinnehmen. In keiner Phase haben sie ernsthaft überlegt, wie sie in dieser Krise außerhalb der Institutionen kämpfen könnten. Sie reden darüber, organisieren diese Kämpfe aber nie konkret, weil sie sie nicht wollen.

Unsere Kritik an ihrem Programm für die Lohnabh-ängigen ist natürlich ein Beitrag zur Politisierung, aber es geht nicht nur darum, zu behaupten, dass mehr gefordert werden muss (auch wenn 1600 Euro [für den Mindestlohn] nicht viel sind!); es geht darum, Fortschritte beim Aufbau der Mittel zu erreichen, mit denen Maßnahmen durchge-setzt werden können, die sich für die Arbeiter auswirken, wie die Rücknahme der Rentenreform oder die Anpassung der Löhne an die Inflation. Wir müssen deutlich machen, dass es darauf ankommt, unsere kollektive Stärke durch Streiks und Demonstrationen zur Geltung zu bringen. Die absolute Mehrheit: Das sind die Lohnabhängigen und die Jugend, aber sie müssen sich auch in Bewegung setzen. Nach unserer Ansicht muss das Programm der NFP nicht das Programm der künftigen Kämpfe sein, aber einige Maßnahmen dieses Programms, die das Potential haben, die Menschen zu überzeugen, könnten die Arbeiter abseits der parlamentarischen Illusionen zu Aktionen motivieren. Denken wir also darüber nach, wie wir dafür unsere So-fortforderungen popularisieren können.

Schließlich stellen diese ganzen Ereignisse die Frage der Macht, zwar auf parlamentarische, aber gleichzeitig sehr kon-krete Weise. Deshalb sollten wir die Möglichkeit im Auge behalten, dass Macrons Ernennung (oder Nicht-Ernennung) einer Regierung als ein unerträglicher Machtstreich aufge-fasst wird. Wer weiß das schon? Und lasst uns unsere politi-schen Perspektiven einer Arbeitermacht, einer Arbeiterre-gierung bekannt machen, die nur aus den Kämpfen und der Organisierung der Arbeitswelt hervorgehen kann.

6. Die gesamte Situation verlangt nach einer Bündelung der revolutionären Kräfte. Die Zeit ist geprägt von aktu-ellen und zukünftigen sozialen Auseinandersetzungen, denn die extreme Linke ist immer mehr zersplittert und

die aktuelle politische Krise macht es notwendig, sich zusammenzuschließen, um Einfluss zu nehmen. Wir ha-ben im Rahmen unserer Möglichkeiten unser politisches Programm bekannt gemacht, indem wir von einem „Pol der Revolutionäre“ gesprochen haben, auch öffentlich in unseren Wahlkampagnen und in unseren Video-Clips. Abgesehen von der wichtigen politischen Positionierung haben uns diese Bemühungen – zugegebenermaßen müh-sam – die Aufrechterhaltung eines Diskussionsrahmens mit LO garantiert, was nicht von vornherein gegeben war.

Unser schwaches Wahlergebnis ist eine Folge der Tatsache, dass die extreme Linke aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht in der Lage war oder ist, in der latenten Krisensituation, die wir seit Jahren erleben, Einfluss zu neh-men. Dennoch ermöglichen uns unsere Wahlauftritte und unsere aktivistische Präsenz – die von Lutte Ouvrière und unsere eigene –, revolutionäre Ideen bei Arbeiter:innen und Jugendlichen, die sich politisieren, breit bekannt zu ma-chen. Es gibt eine revolutionäre kommunistische Strömung in Frankreich, die ihre Unabhängigkeit nicht aufgegeben hat, und wir müssen sie aufbauen und stärken.

In diesem Sinne setzen wir unsere Bemühungen fort, immer in dem Verständnis, dass wir diese Perspektive eines Pols der Revolutionäre nur deshalb verteidigen können, weil wir nach der Spaltung und der vorherseh-baren Auflösung von Poutous Freund:innen [der NPA-L'Anticapitaliste] in der institutionellen Linken eine revolutionäre Organisation aufrechterhalten können. Wir bauen also weiterhin die NPA-Revolutionäre auf, als Werkzeug, um Revolutionäre zusammenzuführen und zum Aufbau einer kommunistischen, revolutionären und internationalistischen Partei beizutragen. Unsere Re-volutionären Sommertreffen (RER)² sind ein wichtiger Termin für Debatten und Aufbauarbeit, den wir unserem gesamten Umfeld anbieten. Es ist ein unverzichtbarer Mo-ment, um sich über die Situation und unsere Aufgaben auf nationaler Ebene auszutauschen. [...]

Politische Resolution des CPN der NPA-Révolutionnaires vom 13. und 14. Juli 2024.

Übersetzung: J. S.

1 Diese Resolution enthält die Artikel aus der Ausgabe 17 der Zeitschrift *Révolutionnaires*, ergänzt durch praktische Schlussfolgerungen: <https://npa-revolutionnaires.org/revolutionnaires-numero-17-paru-le-12-juillet-2024/>

2 <https://npa-revolutionnaires.org/rer2024/>

WENN DIE JUGEND DIE MACHT HERAUSFORDERT

Es ist eine herrliche Überraschung, eine so plötzliche und massenhafte Mobilisierung der Jugend zu sehen, die viele für desinteressiert und resigniert hielten.

■ Paul Martial

■ In Kenia spricht man sogar von der dritten Befreiung des Landes, nach dem Kampf für die 1963 durchgesetzte Unabhängigkeit und dem Kampf für ein Mehrparteiensystem in den 1990er Jahren. In allen großen Städten gab es Mobilisierungen gegen den Haushaltsentwurf für 2024, der darauf abzielt, die Armen und die Schichten mit mittlerem Einkommen für die Krise zahlen zu lassen.

Eine Wirtschaftskrise, die besonders die Bevölkerung trifft

Im Verlauf eines Jahres stieg die Inflation bei Grundnahrungsmitteln auf Rekordwerte: 32 % beim Zucker, 50 % beim Gemüse und 100 % beim Maismehl. Fast 73 % der Kenianer:innen gaben an, sich in großen Schwierigkeiten zu befinden.

Die Staatsverschuldung beträgt heute 79 Milliarden Euro, der Schuldenstand liegt bei 68 % des BIP. Damit gibt das Land mehr Geld für den Schuldendienst aus als für alle anderen Posten Haushalts.

Die Abwertung der Landeswährung, des Schillings, betrug im Verlauf der letzten zwei Jahre 22 %. Die Regierung von William Ruto hat zwar versucht, gegenzusteuern, indem sie vornehmlich die Dollarreserven wahrte und zu diesem Zweck den Unternehmen die Verfügbarkeit von Dollar einschränkte. Diese Maßnahme erwies sich aber nicht nur als unwirksam, sondern verschlimmerte die Lage

noch, denn sie blockierte die in harter Währung zahlbaren Auslandskäufe kenianischer Unternehmen.

Die Regierung wurde dadurch in die Enge getrieben und bat den IWF um einen neuen Kredit. Dieser machte seine Hilfe davon abhängig, dass genau solche Maßnahmen, die er bereits in den 1980er Jahren im Rahmen der katastrophalen Strukturanpassungspolitik in Kenia gefordert hatte, ergriffen würden, Maßnahmen also, die seinerzeit schon dazu führten, dass ein großer Teil der abhängigen Beschäftigung zugunsten der informellen Beschäftigung vernichtet wurde.

Sozial ungerechte Steuern

Mit dem Haushaltsgesetz 2024 will die Regierung Finanzierungsquellen in der Bevölkerung finden. So sind auf eine Vielzahl von Produkten Steuern vorgesehen. Auf den Brotpreis, auf Geldüberweisungen per Mobiltelefon (was u. a. von Menschen in prekären Situationen ohne Bankkonto häufig genutzt wird), auf andere Produkte wie Damenbinden, Speiseöl usw. oder auch beim Geldwechseln. Außerdem war eine Miete für diejenigen vorgesehen, die auf dem Land der Vorfahren leben, das laut Verfassung jedoch als absolutes Eigentum gilt, zusätzlich zu einer bereits bestehenden Steuer auf die Produktion von Obst, Gemüse oder Vieh.

Ziel ist es, fast 2,7 Milliarden US-Dollar für die Begleichung der Auslandsschulden einzutreiben. Diese

Maßnahmen sind umso unerträglicher, als 67 % der kenianischen Jugend arbeitslos sind. Die einzige Maßnahme, die die Regierung von Präsident William Ruto eingefallen ist, besteht im Abschluss von Abkommen mit den reichen Ländern des Nahen Ostens, um die Jugendlichen als Reinigungskräfte oder Fahrer dorthin zu schicken. Vorhaben, die als inakzeptabel gelten, wenn man die sklavenerähnlichen Arbeitsbedingungen kennt, die afrikanische Arbeiter:innen in diesen Ländern erdulden müssen.

Die vielfältigen Ursachen der Volksmobilisierungen

Auslöser der Kämpfe ist der Entwurf des Haushaltsgesetzes 2024, mit dem die als Strafsteuern bewerteten Abgaben (siehe den Slogan „#RejectFinanceBill2024“ [Haushaltsgesetz 2024 zurückweisen]) eingeführt werden. Doch diese Kämpfe finden in einem besonderen politischen Kontext statt. Als Präsident Uhuru Kenyatta 2017 an der Macht war, hatte er für die Wahlen im Jahr 2022 zugesagt, seinen Vizepräsidenten William Ruto zu unterstützen. Es kam anders, Kenyatta entschied sich um und unterstützte seinen Hauptgegner Raila Odinga. So wurde der Oppositionspolitiker zum Kandidaten des Präsidentenlagers und der Vizepräsident zum Kandidaten der Opposition. Diese neuartige Konstellation half Ruto tatsächlich, die Präsidentschaftswahlen 2022 bereits im ersten Wahlgang zu gewinnen.

Er konnte sich von Kenyattas wenig schmeichelhafter Bilanz distanzieren und eine stark populistisch geprägte Kampagne führen, die auf dem Konzept der „Hustler“, der „findigen Köpfe“, basierte – also derjenigen, die wie er in der Lage sind, sich selbst zu helfen (so liest sich seine Selbstdarstellung). In Wirklichkeit war Ruto ein loyaler Unterstützer des Diktators Moi und war 1992 einer der Führer der Jugendorganisation der Präsidentenpartei KANU (Kenya African National Union). Diese Jugendorganisation war eher eine Miliz, die nicht davor zurückschreckte, Mitglieder der Kikuyu-Gemeinschaft, die als Gegner Präsident Moisis eingeschätzt wurden, zu bedrohen und anzugreifen. In diesem Zusammenhang konnte er beträchtlichen Reichtum anhäufen. Er nutzte die interethnische Gewalt im Jahr 2007 aus und eignete sich eine 40 Hektar große Farm an, die er schließlich nach einer Entscheidung der kenianischen Justiz mit einer Entschädigung an den Besitzer zurückgeben musste. Während des Wahlkampfes 2022 griff er die Dynastie der Reichen an und beschuldigte die Familie Kenyatta, mit ihrem Milchunternehmen Brookside die Viehzüchter zu ruinieren. Er inszenierte die

Vergabe von Spenden an verschiedene Kirchen, um seine große Frömmigkeit herauszustreichen.

Meistens begannen seine Versammlungen mit einem Zitat aus der Bibel, insbesondere aus Psalm 113,7–8, in dem er beschreibt, wie der Herr die Armen erhöht und sie an den Tisch der Mächtigen lädt: „7: Den Geringen richtet er auf aus dem Staub, aus dem Schmutz erhebt er den Armen, 8: um ihn wohnen zu lassen bei den Fürsten, bei den Fürsten seines Volks.“

Als er dann an der Macht war, war jedoch keine Rede mehr davon, die Armen zu heben, sondern nur noch davon, sie zu besteuern. Dies löste ein Gefühl des Verrats aus, zumal ein Teil der Jugend seine Kandidatur befördert hatte. Ruto profitierte von der Unterstützung der nachwachsenden Generation, die in Afrika häufig Jugendliche sind, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, da der Großteil des Familienvermögens an die ältesten Geschwister geht.

Ein zurückgewiesenes politisches Spiel

Das Gefühl der Revolte der Jugend wird durch die im Land üblichen politischen Spiele noch verstärkt. Grob zusammengefasst kann man sagen, dass man mit Geld die Möglichkeit hat, in wichtige politische Ämter aufzusteigen, die es einem erlauben, sich noch mehr zu bereichern. Die Presse enthüllt immer wieder die Verschwendung von öffentlichen Geldern. Ein Minister wird beschuldigt, falschen Dünger an Landwirte verkauft zu haben, ein anderer wird in Dubai mit Bargeld im Wert von 1,5 Millionen Euro festgenommen, ohne dass er behelligt wird. Abgeordnete leben in Saus und Braus und werden mit neuen Luxusautos ausgestattet. Die Korruption grassiert auf allen Ebenen der Verwaltung.

Die Jugend wendet sich vor allem gegen die Abgeordneten, die wie ein Mann für den Haushaltsentwurf stimmten, obwohl die meisten ihn nicht einmal gelesen hatten. Einige beschuldigten die Jugendlichen, privilegiert zu sein, mit dem Taxi zu den Demos zu fahren und das neueste iPhone zu besitzen. Die Wirklichkeit ist eine andere: Die Gehälter der Abgeordneten sind zwischen 2017 und 2022 um 33 % von 532 500 auf 710 000 Schilling gestiegen, während der Mindestlohn bei 15 200 Schilling liegt.

Andere, wie der Abgeordnete des Wahlkreises Kapsaret in Uasin Gishu County, Oscar Sudi, der dem Lager des Präsidenten angehörte, erklärte, dass die jungen Leute den Gesetzentwurf nicht verstanden hätten, während er selbst nur mit großer Mühe seinen Text zur Amtseinführung auf sagte, den jeder Abgeordnete zu Beginn seiner Amtszeit

vorlesen muss. Die Oppositionspolitiker sind kaum besser. Sie zögerten nicht, einen Gesetzentwurf zu entschärfen, der Beamten und Staatsdienern verbieten sollte, von öffentlichen Ausschreibungen zu profitieren. Diese Verachtung der Abgeordneten und die Korruption sind der Grund, weshalb am 25. Juni junge Demonstrant:innen in das Parlament eindrangen und die luxuriösen Salons des angeblich dem Volk gehörenden Hauses verwüsteten.

Gewalt durch die Polizei

Zu Beginn der Mobilisierungen tat William Ruto das, was alle Präsidenten tun: Er setzte Gewalt ein, um die Protestierenden abzuschrecken. Nach neuesten Zählungen gab es mit dem harten Vorgehen der Polizei etwa 50 Tote. Die meisten wurden im Kopf oder im Rücken getroffen, was darauf schließen lässt, dass die Jugendlichen flohen und keine Bedrohung darstellten. Die Polizei griff auch die medizinischen Teams an und erschoss einen Arzt. Es ist Absicht, wenn man tötet, um die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen. Dieser Terror wurde bis in die Arbeiterviertel getragen, wo Militärtruppen Jugendliche entführten, von denen einige noch immer nicht gefunden wurden und andere mit Folterspuren starben.

Die kenianische Polizei ist bekannt für ihre systematischen Menschenrechtsverletzungen und die Erpressung von Bürger:innen. Das geht so weit, dass für diese Institution Straflosigkeit herrscht. Dies ist auch der Grund weshalb Haitianer:innen große Sorgen haben, denn diese Polizeikontingente kommen in ihr Land, um angeblich Banden zu bekämpfen.

Mobilisierung der Jugend

Die Repression war nicht in der Lage, den Kampf der Jugend zu stoppen. Die Kämpfe wurden über soziale Netzwerke organisiert, wobei auf Demokratie geachtet wurde: Jeder und jede konnte auf den verschiedenen Diskussionsplattformen seine/ihre Meinung und Vorschläge äußern. Sie bezeichneten sich selbst als Generation Z und charakterisierten sich mit der Losung „ohne Stamm, ohne Partei, ohne Führer und ohne Angst“. Der Erfolg dieser Mobilisierung beruht vor allem auf ihrer Fähigkeit zur Selbstorganisation. Sie breitete sich im ganzen Land aus und ließ die Behörden völlig ratlos zurück, denn es gab keine Führungspersönlichkeiten, die sie entweder unterdrücken oder bestechen konnten, und sie konnten auch nicht wie üblich auf die Karte der ethnischen Spaltungen setzen. Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 2024 wurde in die lokalen Sprachen übersetzt, damit alle über die geplanten Maß-

nahmen informiert werden konnten, was die Sympathie für diesen Kampf erhöhte.

Bei den Demonstrationen nutzten die Jugendlichen häufig Handy-Apps wie Zello, das wie ein Walkie-Talkie funktioniert und es ihnen ermöglicht, Informationen über von der Polizei besetzte und möglicherweise gefährliche Orte auszutauschen.

Nachdem er zunächst die Jugendlichen hatte bestechen wollen, versuchte William Ruto vergeblich, neue Entwürfe seines Haushaltsgesetzes für 2024 vorzulegen. Er zog das Gesetz in der Hoffnung auf eine Beruhigung zurück. Er startete mehrere Kommunikationsversuche, indem er die protestierenden Jugendlichen zu einer Debatte in den sozialen Netzwerken einlud, was diese jedoch ablehnten. Mit der Entlassung seiner Minister und der Bekanntgabe einer Regierung der nationalen Einheit versuchte das Präsidialamt, den Eindruck zu erwecken, im Land finde ein Wandel statt. Doch die neue Regierung sieht der alten zum Verwechseln ähnlich, abgesehen von einigen Unbekannten, die als Vertreter der Zivilgesellschaft vorgestellt wurden.

Wenn die Mobilisierung weitergeht, dann deshalb, weil sie einen Grad politischer Reife erreicht hat. Unter dem neuen Slogan „#Rutomustgo“ wird seit kurzem Rutos Rücktritt gefordert und ein ganzes politisches System infrage gestellt. Viele wissen, dass die Aufhebung des Haushaltsgesetzes 2024 nicht das Ende der antisozialen Politik bedeutet. Die Bewegung knüpft auch an die Geschichte älterer Kämpfe an. So wurde am 7. Juli in Nairobi ein Konzert zum Gedenken an die Opfer der Repression der Moi-Diktatur veranstaltet, die sich 1990 gegen die Saba-Saba-Proteste (was so viel bedeutet wie der siebte Tag des siebten Monats) richtete. Bei dieser Musikveranstaltung stimmte die Menge in Gidi Gidi Maji Majis Lied „Unbwogable“ („Du kannst mir keine Angst machen“) ein, das im Wahlkampf von 2002 verwendet wurde.

Die aktuelle Herausforderung ist dreifach. Erstens muss die Bewegung strukturiert werden, wobei ihr eigener Rhythmus und ihre interne Demokratie respektiert werden müssen. Zweitens muss die Fähigkeit ausgebaut werden, die Bewegung auf die arbeitende Bevölkerung auszuweiten, und zwar im formellen wie im informellen Sektor. Und drittens muss eine Alternative zur Politik der Eliten und des IWF entwickelt werden, indem die Bewegung mit den anderen militanten Strukturen im Land zusammenarbeitet.

Übersetzung: J. S.



ZUR BELOHNUNG DARF GEPLÜNDERT WERDEN

Russische Söldner und ruandische Soldaten schützen die autoritäre Macht in der Zentralafrikanischen Republik. Im Gegenzug reißen sie sich die Reichtümer des Landes unter den Nagel.

■ Paul Martial

Gestern erlitten die verschiedenen bewaffneten Gruppen, die das Land verheeren, vor den Toren von Bangui, der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik (ZAR), eine Teilniederlage. Vorausgegangen war eine konzertierte Aktion von Wagner-Söldnern, der UN-Mission Minusca und ruandischen Spezialkräften.

Politik der Verbrannten Erde

Diese Gegenoffensive erstreckte sich auf die wichtigsten Städte des Landes, wurde jedoch von zahlreichen Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung begleitet, die von Wagner-Söldnern begangen wurden. Ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht und die russische Soldateska forderte weit mehr Opfer als alle bewaffneten Rebellengruppen zusammen.

Für Wagner (die Söldnertruppe heißt jetzt „Afrikakorps“) geht es nicht nur darum, den Präsidenten der Republik, Faustin-Archange Touadéra, an der Macht zu halten, sondern auch darum, den Zugriff auf die Diamanten- und Goldminen zu bekommen, die zuvor von den bewaffneten Milizen ausgebeutet wurden. Obwohl die Milizen geschwächt sind, bleiben sie in den ländlichen Gebieten des Landes präsent.

Zwar haben die russischen Behörden nach dem Tod von Jewgeni Prigoschin, dem Gründer von Wagner, die Kontrolle über deren Aktivitäten in der Zentralafrikanischen Republik übernommen, doch die Söldner agieren weitgehend autonom und betreiben weiterhin lukrative Geschäfte durch diversifizierte Anlagen in den Export von Baumrinde und im Brauwesen.

Doch die Russen sind nicht mehr allein und müssen nun mit den Ruandern kooperieren. Bisher halten sich alle an einen *modus covivendi*.

Eigennützige Hilfe

Das ruandische Kontingent macht 20 % der 14 000 Soldaten der Minusca aus, die von Valentine Rugwabiza, einer ruandischen Geschäftsfrau und Diplomatin, geleitet wird. Auch an anderen lokalen UN-Organisationen wie dem Entwicklungsprogramm (UNDP) oder dem Ernährungsprogramm (WFP), aber auch an Strukturen wie der Weltbank sind Ruander in führender Position beteiligt. Parallel dazu wurden rund 850 Soldaten der Sondereinheiten, die direkt der ruandischen Regierung unterstellt sind, eingesetzt.

Die ruandischen Streitkräfte haben bei der Zivilbevölkerung einen weitaus besseren Ruf als die Wagner-Söldner. Doch auch sie werden häufig eingesetzt, um die Geschäfte der Bergbauunternehmen zu sichern, die zur Holdinggesellschaft Crystal Ventures gehören, die wiederum von der RPF, der Regierungspartei von Paul Kagame, kontrolliert wird. In diesen Minen werden seltene Erden abgebaut, insbesondere Tantal, das in der Elektronikindustrie verwendet wird, und Niobium zur Herstellung von Stahllegierungen. Neben den Steuerbefreiungen für die zahlreichen neu gegründeten Unternehmen kritisiert die Opposition den Landraub von über 40 000 Hektar Ackerland, auf denen große ruandische Farmen angesiedelt sind.

Diese Streitkräfte aus völlig undemokratischen Ländern wie Russland oder Ruanda tragen dazu bei, die autoritäre Macht Touaderas zu stärken. Zu ihrer Absicherung wurde per Verfassungsreferendum die Begrenzung der Anzahl der Mandate aufgehoben. Dadurch und quasi als Belohnung können sie die natürlichen Ressourcen des Landes völlig ungestraft plündern.

aus *l'Anticapitaliste* vom 11.7.2024

Übersetzung: MiWe

Broschüre

Faschismus bekämpfen Grundrechte verteidigen Widerstand organisieren

Texte gegen Faschismus von Ernest Mandel, Leo Trotzki und anderen

Aus dem Inhalt:

- Ernest Mandel: Troztkis Faschismustheorie
- Wolfgang Alles: Troztkis Faschismusanalyse
- Georg Jungclas: 1.Mai 1933 – Kapitulation der Gewerkschaften
- Leo Trotzki: Porträt des Nationalsozialismus
- Helmut Dahmer: 100 Jahre „Faschismus“ (1922–2022)
- Ernest Mandel: Der sozioökonomische Hintergrund für das Wiederaufleben von Faschismus und Rassismus

Die zunehmende Bedrohung durch faschistische und rassistische Parteien und Organisationen hierzulande und international ist unbestreitbar. Sie wird genährt durch den „Extremismus der Mitte“ und dessen zynisches „Management“ der vielfältigen Krisen des

Kapitalismus einerseits (...) und durch die politische Schwäche der Gewerkschaften, der Linken und der sozialen Bewegungen andererseits.

Für die Stärkung des antifaschistischen (und antikapitalistischen!) Widerstands halten wir die Beschäftigung mit der Analyse des historischen und des aktuellen Faschismus deshalb für dringend geboten. Mit den Texten unserer Broschüre wollen wir dazu einen kleinen Beitrag leisten. *(aus dem Vorwort von H. Born und H. Neuhaus, für die AG Antifaschismus der ISO)*

Die Broschüre kann bei Mitgliedern der ISO für 2 € erworben werden.

Versand von Einzelexemplaren im Inland: 3 €; Kosten ab 5 Exemplaren: 2 € pro Stück

Bestellungen an: iso@intersoz.org